Magazin der Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

Dezember 2023
21. Jahrgang - Ausgabe 115
Einzelpreis: 4,50€
ISSN 1612-7366

Schwerpunkt: Medien

PR-Arbeit für die Ukraine
Sozioökonomie des Journalismus
Erkenntnisse aus der Propagandaforschung
Kein Frieden mit der AfD!
Alternative Sicherheitsarchitektur

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Inhalt

Schwerpunkt

Editorial - **Pablo Flock** und **Christoph Marischka** - 3
Erkenntnisse aus der Propagandaforschung: Betrachtungen zum Krieg in der Ukraine - **Sabine Schiffer** - 5
Verzerrte Berichterstattung und Meinungsbildung - **Christoph Marischka** - 11
Diskussion über die deutsche Medienberichterstattung zum Ukrainekrieg - **Pablo Flock** - 15
Das Ende der Meinungspluralität - **Jürgen Wagner** - 22
PR-Arbeit für die Ukraine: So inszeniert sich Kiew im Krieg - **Jörg Becker** - 23
Die Sozioökonomie des Journalismus. Ein Essay - **Alieren Renkliöz** - 25
Faktenchecks: Der Anspruch der Wahrheit - **Pablo Flock** - 29
Feindbild China: Eine Bestandsaufnahme - **Renate Dillmann** - 34
Im Fadenkreuz der „Zeitenwende“: Zivilklauseln als Schranken gegen Militarismus - **Chris Hüppmeier** - 37

Magazin

Deutschland und die Bundeswehr

Kein Frieden mit der AfD! Warum die AfD keine Friedenspartei ist - **Alexander Kleiß** - 39
„Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime“: Die Verteidigungspolitischen Richtlinien - **Jürgen Wagner** - 42
Meinungsmache vs. Verfassungsrecht - **Bernhard Klaus** - 46

Rüstung

Bundeswehr im Funkloch: Digitalisierung als nächstes Beschaffungsdesaster - **Jürgen Wagner** - 48
Netzwerke aus Wissenschaft, Militär und Digitalwirtschaft in den USA - **Christoph Marischka** - 52

Weltordnung

Eine alternative Sicherheitsarchitektur nach dem Ukrainekrieg - **Malte Lühmann** - 57

Naher Osten

Ukraine und der „Nahe Osten“: Die Entlarvung der „regelbasierten Ordnung“ - **Bernhard Klaus** - 62

Editorial

Eine Momentaufnahme zur Einleitung

von Pablo Flock und Christoph Marischka

Es ist Ende November, heute Nacht fiel hier der erste Schnee. Mittlerweile und ziemlich plötzlich wird die „Frühjahrsoffensive“ der ukrainischen Streitkräfte allgemein als gescheitert angesehen. Plötzlich ist auch in vielen Leitmedien von „Kriegsmüdigkeit“ die Rede, und zwar auch im Hinblick auf die ukrainische Bevölkerung, quer durch alle Kanäle. Wieder schreiben alle voneinander ab. „Wenig Konkretes für die Ukraine“ betitelt die Tagesschau ihren Beitrag über das Treffen der NATO-Außenminister,[1] „Kriegsmüde, leere Munitionsdepots“ die taz den ihren. Darin heißt es einleitend und zusammenfassend, der NATO-Generalsekretär Stoltenberg habe appelliert, „über den Nahostkonflikt den Ukraine-Krieg nicht zu vernachlässigen“.[2] Eine bemerkenswerte Formulierung. Als wäre der Krieg ein Kind, um das man sich kümmern müsste.

Wenige Tage zuvor sendete der Deutschlandfunk prominent einen Kommentar, wonach sich die Ukraine wohl mit Gebietsverlusten abfinden müsse.[3] Peter Nowak schreibt dazu bei Telepolis treffend: „Für ähnliche Positionen waren noch vor einigen Monaten Politiker, Publizisten medial massiv angegriffen worden“.[4] Im Kommentar beim Deutschlandfunk ist auch die Rede davon, wie sich die Soldatenfriedhöfe in der Ukraine in den letzten Monaten gefüllt hätten, es kursieren auch zunehmend Schätzungen zur Zahl der ukrainischen Verluste insgesamt.

Zumindest aktuell, wenn vielleicht auch nur kurzfristig, zeichnet sich ein Wendepunkt in der Berichterstattung über den Krieg ab. Die Ukraine, die über Monate nur als einheitliche, heldenhafte Nation gedacht wurde, mit der man uneingeschränkt solidarisch sein müsse, zerfällt in eine (leidende) Bevölkerung, eine Regierung (die an der Macht bleiben will) und ein Militär (das in Teilen kämpferisch und in Teilen resigniert dargestellt wird). Von verschiedenen Seiten, auch hochrangigen Persönlichkeiten aus den USA, wird über die Notwendigkeit von Verhandlungen sinniert – ohne einen Sturm der Entrüstung auszulösen. Der Meinungskorridor weitet sich.

Vieles, was in diesem Schwerpunkt zu „Medien im Krieg“ dargestellt wird, scheint sich gegenwärtig zu relativieren oder auf den Gaza-Konflikt zu verschieben und wird sich in Zukunft vielleicht im Hinblick auf die Ukraine nicht mehr so eindeutig beobachten lassen. Eigentlich ein guter Zeitpunkt, um diesen Schwerpunkt fertigzustellen und ihm eine Momentaufnahme voranzustellen. Denn auch wenn die Berichterstattung zum Krieg in der Ukraine in Zukunft wieder etwas ausgeglichener und vielseitiger wird, dürfen wir nicht vergessen, wie zugespitzt, teilweise hetzerisch, geradezu kriegsbesoffen sie auf den bisherigen Höhepunkten der Krise war.

Im Mai 2000 sprach die damalige Leiterin des ARD-Studios in Paris, Sonia Mikich, auf einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zu „Medien im Konflikt“ kurz nach dem Kosovokrieg „Über die Diskussion post festum“:[5] „Die Selbstkritik gleicht sich: Wie wir Journalisten zu viel Schwarz-Weiß-Malerei betrieben haben, wie wir unbedacht das Vokabular der Militärs übernahmen, wie wir uns von Jamie Shea [damals Pressesprecher der NATO] oder Joschka Fischer oder Rudolf Scharping haben einwickeln lassen. Parallel zur Selbstkritik und Medienschelte kommt die Wahrheit über den Krieg langsam zu Tage. Gräueltaten, Massaker – sie werden erst jetzt in ihrem Kontext gezeigt, manchmal relativiert, manchmal als Propagandamärchen entlarvt. Wir zweifeln dann noch mehr an der Möglichkeit, je eine angemessene Krisenberichterstattung leisten zu können, und ich fürchte, nach dem nächsten Medienkrieg wird es wieder so sein“.

Sonia Mikichs Prognose scheint sich auch jetzt wieder, fast ein Vierteljahrhundert später, bewahrheitet zu haben. Ob allerdings heute noch eine Bereitschaft zu Selbstkritik und Zweifel existiert, wird sich zeigen.

Es ist Ende November, heute Nacht fiel hier der erste Schnee. Im Bekanntenkreis geht wieder Corona um – sicherlich in einer Variante mit viel weniger schwerem Verlauf. An Weihnachten werden Geimpfte und Ungeimpfte wieder beisammen sitzen und vielleicht feststel-

len, dass beide Seiten ein wenig Recht hatten und in vielen Punkten auch übers Ziel hinausgeschossen sind. Eine Debatte darüber, wie die Medien auch hier zur Spaltung beigetragen und einer autoritäre Krisenbearbeitung das Wort geredet haben, findet jedoch zumindest in der Öffentlichkeit nicht statt. Eine politische Aufarbeitung dieser Krisenbearbeitung wird fast ausschließlich von rechten Kräften eingefordert und vorangetrieben. Diesen haben die linken Bewegungen in den vergangenen Jahren auch weitgehend das Feld der Medienkritik überlassen. Das muss sich ändern. Eine Erklärung für die hier dargestellten Tendenzen der Medien in Krisenzeiten – in diesem Falle v.a. dem Krieg in der Ukraine – bleiben wir weitgehend schuldig. Als Bestandsaufnahme und Dokumentation mag sie einer sich hoffentlich herausbildenden linken Analyse und Kritik vielleicht dienlich sein.

Anmerkungen

1 Sabrina Fritz: Wenig Konkretes für die Ukraine, tagesschau.de (28.11.2023).

2 Eric Bonse: Kriegsmüde, leere Munitionsdepots, taz.de (28.11.2023).

3 Moritz Gathmann: Kommentar zum Kriegsverlauf in der Ukraine - Wenig Bewegung, viel Abnutzung, DLF Kommentare und Themen der Woche, deutschlandfunk.de (25.11.2023).

4 Peter Nowak: Anti-Kriegs-Demo - Die Angst hat abgenommen, telepolis.de (26.11.2023).

5 Friedrich-Ebert-Stiftung: Medien im Konflikt – Mittäter oder Mediatoren?, Dokumentation einer Konferenz vom 11. Mai 2000 in Berlin, library.fes.de.

Lebenslange Haft für die Veröffentlichung von Kriegsverbrechen?

Julian Assange, australischer Journalist und Publizist, befindet sich seit April 2019 in einem Hochsicherheitsgefängnis in London, da die USA seine Auslieferung fordern, um ihn wegen seiner Veröffentlichungen vor Gericht zu stellen. Es liegt kein Urteil gegen ihn vor, seine Verfahrensrechte wurden verletzt und er zeigt Symptome psychischer Folter. Die Anklage gegen ihn kriminalisiert die Grundlagen journalistischer Tätigkeit, weshalb die Zustimmung zu seiner Auslieferung einen Präzedenzfall gegen die Pressefreiheit darstellen würde.

Freiheit für Julian Assange!
www.freeassange.eu

Erkenntnisse aus der Propagandaforschung

Betrachtungen zum Krieg in der Ukraine

von Sabine Schiffer

Medien hätten die Aufgabe, Faktenräume auszuleuchten, statt sich zu positionieren. Leisten sie das nicht, so entstehen polarisierte Diskurse, die nicht der Aufklärung, sondern der (Kriegs)Propaganda dienen – bewusst oder unbewusst. Das wird den Menschen vor Ort, die unter dem Krieg leiden, sowie den Soldaten, die in die Kriege geschickt werden, nicht gerecht. Es mag polemisch klingen, aber auch die folgende Erkenntnis hat sich als zeitlose Wahrheit erwiesen: „Die Waffen liefern die Reichen, die Armen die Leichen."

Nicht erst im Krieg stirbt die Wahrheit, sondern schon lange vorher. An dieser Stelle ist Lord Arthur Ponsonby zu widersprechen, dem die Aussage „Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst!" zugeschrieben wird. Dessen 1928 publizierte Grundsätze der Kriegspropaganda, die von der belgischen Historikerin Anne Morelli zu zehn Thesen zusammengestellt wurden, können hingegen zeitlos Gültigkeit beanspruchen:

- Wir wollen den Krieg nicht
- Das gegnerische Lager trägt die Verantwortung
- Der Führer des Gegners ist ein Teufel
- Wir kämpfen für eine gute Sache
- Der Gegner kämpft mit unerlaubten Waffen
- Der Gegner begeht mit Absicht Grausamkeiten, wir nur versehentlich
- Unsere Verluste sind gering, die des Gegners enorm
- Künstler und Intellektuelle unterstützen unsere Sache
- Unsere Mission ist »heilig«
- Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.[1]

So wie man es sich beim Angriff russischer Truppen auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 nicht vorstellen konnte, so wird es auch in Bezug auf den Schrecken des Hamas-Überfalls auf Israel am 7. Oktober 2023 und den daraus folgenden Krieg sein: Die Grundregeln Ponsonbys überdauern den Moment des Erschreckens und erweisen sich als beständig. So war es bezüglich des Kosovo-Krieges 1999, so ist es mit Blick auf den massiv geschädigten Nahen Osten oder auch auf Konfliktzonen in Afrika. Dass bereits seit 2014 im Osten der Ukraine Krieg herrschte, wurde – da kein Medienthema – weitestgehend ignoriert, die über 10.000 Toten auch.[2]

Medien und Propaganda in Krieg und Krise

Aus der Forschung ist bekannt, dass Krisen – besonders in ihren Anfängen – sich durch einen Tunnelblick auszeichnen. Die Korridore, die man zur Erklärung und möglichen Lösung einer Krise wahrnimmt, verengen sich.[3] Dabei handelt es sich um eine strukturelle Verschlechterung der Voraussetzungen zur Bearbeitung der Krise, weil nicht alle kreativen Lösungsmöglichkeiten gleichwertig erörtert werden. Gerade in einer solchen Situation setzen sich etablierte Machtstrukturen durch.

Hier würde idealtypisch die Rolle der Medien ansetzen, die ja als Kontrolleur von Macht gedacht und zum großen Teil auch ausgestattet sind – womit sie dem Idealtypus einer vierten Gewalt entsprechen könnten. Aber auch in Medien arbeiten Menschen, die Angst haben und auch Medienmachende sind manipulierbar. Tatsächlich ist der Anspruch der meisten im Journalismus Tätigen selbst, mit kühlem Kopf die Sachlage zu klären.[4] Auch Slogans wie „Alles von Relevanz - Informationen, Hintergründe, Analysen aus Politik und Kultur" (DLF) oder „Keine Angst vor der Wahrheit!" (Spiegel) setzen Maßstäbe jenseits medienethischer Kodizes wie dem Pressekodex, und dem verpflichtenden Grundgesetz das wiederum Menschen- und Völkerrecht einschließt. Dem Transparenzhinweis, dass sich „Angaben nicht unabhängig überprüfen lassen" – ein Fortschritt in der Berichterstattung – gehört noch der Hinweis hinzugefügt, dass alle Parteien es zu verhindern wussten, dass unabhängige Journalisten in die umkämpften Gebiete der Ukraine reisen durften.[5] Wer es nach dem 24. Februar 2022 durfte, war „eingebettet" (embedded) unterwegs – auch dies gehört als Transparenzhinweis kenntlich gemacht.

In der Richtlinie 1 des deutschen Pressekodex geht es um die Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit. Das Stre-

ben nach neutraler und möglichst objektiver Berichterstattung kann die eigenen Vorstellungen herausfordern. Dass dies gerade in Krieg und Krise besonders schlecht gelingt, ist eine Binse. Wenn der Zustand aber über den Moment des Schreckens hinaus anhält, dann ist Propaganda im Spiel, die daran arbeitet, emotionale Schlagseiten zu erzeugen und aufrecht zu erhalten. Die Forschungen zum „News-Bias“ geben hierüber Auskunft. Ebenso die Kognitionsforschung, denn jedes ergänzte Fakt differenziert das Bild weiter aus und verändert die Einschätzung der Lage. Damit würde undifferenziertes Feindbild-Denken erschwert und die investigative Neugier gestärkt. Allerdings lehrt die Kognitionsforschung auch, dass einmal akzeptierte Vorstellungen Rahmen für die weitere Wahrnehmung setzen – also Rahmungen (Framing) bereits die Auswahl von Fakten wie auch die Produktion von Darstellungen bestimmen. Propaganda zielt also nicht nur darauf ab, Falschmeldungen zu verbreiten, sondern auch darauf, Aufmerksamkeit zu steuern.

Auch in Demokratien kann sich der Journalismus also nicht darauf ausruhen, zu glauben, man sei vor Desinformation gefeit, nur weil man in einer seriösen Redaktion arbeitet. Der Mythos vom Gegensatzpärchen von Fake-News im Internet und der reinen Aufklärung in den etablierten Medien wurde zudem längst widerlegt; das umgekehrte Märchen von Freiheit und Wahrheit aus dem Internet gegen „den Medien-Mainstream“ auch.[6]

Kriegsanlasslügen[7] und Übertreibungen – Gräuelpropaganda für mehr Krieg

Man darf an dieser Stelle verallgemeinern, dass alle Kriege mit Lügen beginnen. Diese können False-Flag-Operationen sein, wie der sog. Tonkin-Zwischenfall 1964 oder der Angriff auf den Sender Gleiwitz am 1. September 1939. Zu den echten Kriegsanlasslügen gehört prominent die Brutkasten-Story der PR-Agentur Hill & Knowlton, eine erfundene Gräuelgeschichte über Baby-meuchelnde irakische Soldaten 1991. Dazu gehören auch – weniger bekannt – falsche Massaker-Bilder im Kosovo-Krieg 1999, die zur ersten Teilnahme der Bundeswehr an einem sog. robusten Auslandseinsatz und zudem völkerrechtswidrigen NATO-Krieg genutzt wurden.

Neben echten Kriegsanlasslügen gibt es auch die Überhöhung und Ausnutzung einer kritikwürdigen Situation, wie etwa Putins Begründung eines hehren Kampfes gegen den Faschismus in der Ukraine. Nicht ohne Grund unterscheiden Historiker zwischen Grund und Anlass. Warum gerade ein Großteil der Osteuropaforschung sich mit Blick auf den Krieg in der Ukraine dieses Ansatzes verweigert, bleibt ihr Geheimnis.[8] Auch das Aufbauschen von realen Problemen zu bestimmten Zeitpunkten kann Propagandazwecke erfüllen – die Medienwissenschaft nennt dies „instrumentelle Aktualisierung“, wozu etwa das Cover des Time-Magazins 2010 mit Bibi Aisha, der Afghanin mit der abgeschlagenen Nase, zählt. Dieses zum Zeitpunkt der Veröffentlichung ein Jahr alte Foto hat dazu beigetragen, den Afghanistan-Krieg um weitere zehn Jahre zu verlängern.[9]

Das Potential historischer (Propaganda-)Forschung

Mehr Kontext hilft dabei, die geopolitischen Zusammenhänge zu klären und realistische Einschätzungen der Lage zu ermöglichen. Zur Kriegspropaganda gehört es darum, jegliche Analysen mit Kontextklärung als „Relativierung“ (einer herausragend schrecklichen Tat ohne Zusammenhang) zu diffamieren. Wenn die Verurteilung eines Völkerrechtsbruchs, einmal abgesehen von der jeweiligen Vehemenz (Russland-Ukraine vs. USA-Irak) im konkreten Fall, zu einer Parteinahme für eine Kriegspartei führt, dann verlassen Medien ihre idealtypische Rolle als vierte Gewalt. Wenn die Standards des humanitären Völkerrechts nur selektiv gelten sollen, dann verlieren wichtige Normen ihren Wert.[10]

Ed Herman und Noam Chomsky beschreiben das Phänomen im Kapitel „wertvolle und wertlose Opfer“ in Ihrem Buch-Klassiker „Die Konsensfabrik“.[11] Es gibt demnach strukturelle und weitere Faktoren, die die Verbreitung von Herrschaftsdiskursen und Propaganda begünstigen – ganz entgegen einem idealisierten Selbstbild einer die Mächtigen kontrollierenden Instanz. Diese strukturelle Vorgabe lässt zudem wichtige Akteure übersehen, die Mittel für die Diskursbeeinflussung im Informationskrieg einsetzen – wie sie etwa eine Analyse des Quincy-Institutes in den USA für den Kriegs-Lobbyismus rund um den Ukraine-Krieg darstellt.[12]

Wenn mit dem Schicksal von Frauen und Kindern, mit Bildern der Gräuelpropaganda für Krieg geworben wird, wie es etwa ein CIA-Szenario[13] erörtert, schlüge eigentlich die Stunde des Investigativ-Journalismus; nämlich zu prüfen, wo – bei vergleichbarer Sachlage – diese Fakten (instrumentell) aktualisiert werden und wo sie nicht auf den Tisch kommen, wo also vermutlich andere Interessen vorliegen als die in den Vordergrund gehobenen. Der Blick hinter die Kulissen erfordert also einiges an Aufwand und dieser wird am besten vor dem Krieg investiert, jenseits der Aufmerksamkeitsökonomie. Von den vielen verpassten Diplomatie-Chancen von allen relevanten Seiten im Vorfeld des Krieges in der Ukraine berichtet der Beitrag der Historikerin Sandra Kostner im Buch „Ukrainekrieg. Warum wir eine neue Entspannungspolitik brauchen“.[14] In den meisten Medien sucht man derlei Auseinandersetzungen derzeit vergebens.[15]

Propaganda machen nicht nur die anderen

„Desinformation“ ist als „Falschinformation + Intention“ kürzest möglich zu definieren und weder ein Spezifikum Russlands noch auf das Internet als Hort von Fake-News zu projizieren.[16] Die gewichtigeren Falschmeldungen sind immer noch die, die von besonders glaubwürdigen Stellen verbreitet werden. Und das sind in Deutschland angesehene Persönlichkeiten und journalistisch arbeitende Medien, bei denen man von einer sorgfältigen Prüfung der Sachverhalte ausgeht. Das widerspricht allen Kenntnissen, die die Propagandaforschung in Bezug auf subtile Soft-Power-Techniken und graue PR hervorgebracht hat.[17] Wenn es gelingt, dass (freie) Medien die Botschaften strategischer Kommunikation verbreiten, hat das den Vorteil, dass unkritische Geister die Quelle nicht erkennen und die Botschaft als journalistische aufgewertet wird. Der Journalismus ist genau darum im besonderen Fokus von PR. Dafür fehlt noch vielfach das Bewusstsein.

Der staatlichen Repression auf russischer Seite steht eine zunehmende Repression von Medien auch in der Ukraine gegenüber, während sich in Deutschland und Europa ganz subtil eine Sprache der Kriegslogik und Militarisierung durchsetzt. Wer vor der Kriegslogik und einer Eskalationsspirale warnt, gilt in diesem Diskurs schnell als „Putintroll“ oder „Hamas-Verharmloser“, sprich: Verräter. So entsteht ein kohärentes System der Kriegspropaganda.[18]

So erklärt sich, dass man russische Staatsmedien und Trollfabriken kritisiert und gleichzeitig Diktaturen wie Saudi-Arabien als „Stabilitätsfaktor im Nahen Osten“ schönredet, eigene Kriegseinsätze als „Stabilisierungsmission“ verharmlost oder gar die angegriffene Ukraine, die vor dem Kriegsende noch einen führenden Platz in diversen Korruptionsrankings hatte, nun als freiheitliche Demokratie idealisiert.

Dabei ließen sich die Erkenntnisse der Propagandaforschung nutzen, um aktuelle Propaganda schneller zu erkennen. Grausame Bilder, die nur schwer verifiziert werden können oder deren Aussagekraft als Momentaufnahme begrenzt ist, können genutzt werden, um von Krieg abzuschrecken oder aber zu mehr Hass und Krieg anzustacheln. Umgekehrt lassen sich mittels besonders niedlicher Bildmotive die dargestellten Personen als menschlich und empathisch rahmen – so fielen zu Beginn des Ukraine-Kriegs besonders Inszenierungen mit Katzenbildern auf.[19] Fotos rund um die Eröffnung der Oper in Odessa aus dem Frühsommer 2022 – in der taz unter dem Titel „Hochkultur in Odessa: Sinfonien und Sirenen“ vom 27. Juni 2022 veröffentlicht – könnten an eine Kampagne Kroatiens im Jugoslawienkrieg erinnern, wo mittels Kulturmarketing das Land in positivem Licht erscheinen sollte. Der Kommunikationswissenschaftler Jörg Becker schilderte im Interview mit der Autorin dazu Folgendes: „Als die kroatische Regierung die große Kraina-Offensive gegen Serbien führte, wurden auf Empfehlung einer US-amerikanischen PR-Agentur zeitgleich – während die Offensive stattfand – die Symphoniker aus Zagreb auf eine Konzerttour in die USA geschickt. Was war die Botschaft? Die Botschaft war: Seht, Kroatien ist ein zivilisiertes Land, mit Interesse, mit Geschmack und Liebe für alte Barockmusik. Gleichzeitig donnerten die tödlichen Geschütze in der Kraina-Offensive. Genauso funktioniert Public Relations.“[20]

Desinformation gegen Desinformation: Die Stunde von ThinkTanks und Lobbyisten[21]

Jenseits von Faktenchecks (ernsthaften und tendenziösen), Berichterstattung und Kommentierung, manipulativen Wordings und Framings gibt es einige wohlklingende Initiativen, die über die Kriegsberichterstattung hinaus von Bedeutung sind. Dazu gehören mindestens die Trusted News Initiative der EU und News Guard.[22] Sie vergeben Labels, welchem Medium man Glauben schenken soll und welchem nicht. Das ist gerade in Demokratien, die Medien- und Meinungsfreiheit in ihren Verfassungen verankert haben, nicht unproblematisch.

Ehemalige Bundestags- oder EU-Abgeordnete sowie hochrangige Funktionäre gründen eigene Think-Tanks und lobbyieren für mehr von dem, wofür sie sich schon politisch eingesetzt haben. Ein Beispiel auf EU-Ebene bietet Rasmussen Global, der Think-Tank des ehemaligen NATO-Generalsekretärs Fogh Anders Rasmussen, der in seiner Zeit als Ministerpräsident Dänemarks nicht unwesentlich an dem beteiligt war, was als „Karikaturenstreit“ verkürzt in die Geschichtsbücher eingegangen ist.[23] In Deutschland sticht besonders das Zentrum Liberale Moderne (LibMod)[24] des Grünen-Funktionärs-Ehepaars Ralf Fücks und Marie-Luise Beck hervor, das sich als „Nichtregierungsorganisation“ bezeichnet, aber nachweislich von Fördermitteln des Bundes sowie dem Bundespresseamt direkt alimentiert wird.[25] Seine Ausrichtung ist instrumentell „pro-ukrainisch“ und primär anti-russisch, was sich in starkem Lobbying für mehr Waffen und Krieg in der Ukraine niederschlägt.

EU und NATO kooperieren strategisch – auch in der Kommunikation. Jonas Tögel hat kürzlich eine lesenswerte Abhandlung über die Strategien der NATO zur kognitiven Kriegsführung vorgelegt.[26] Darin kommt die East StratCom Task Force etwas zu kurz, nur deren Blog EUvsDisinfo wird erwähnt. Diese Stabsstelle strategischer Kommunikation verdient aber besondere Aufmerksamkeit, weil sie ein kaum bekanntes, seit 2015 bereits etabliertes Joint-Venture zwischen EU-Kommission und dem Militärbündnis NATO darstellt – beide ohne Mandat[27] und nennenswerte Bekanntheit. Dabei trägt die East StratCom Task Force einen ehrlichen Namen, der das Element „strategische Kommunikation“ enthält. Diese Initiative des Europäischen Auswärtigen Dienstes EAD wurde im Nachgang zur Ukraine-Krise 2014 gegründet und richtete sich zu-nächst gegen Desinformation von Islamisten, Russland und China. Derzeit liegt der Fokus jedoch auf Russland. Viele Journalisten, die sich von der East StratCom im Erkennen russischer Desinformation briefen ließen, halten diese Stelle für ein Schulungsprojekt der EU und rahmen den Pressesprecher Lutz Güllner gerne als „EU-Experten für Desinformation“.[28] Während sich die EU berechtigterweise um das Mediensystem sorgt, jedoch dennoch das Prinzip „Medien als Markt“ vorantreibt und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Störfaktor behandelt, darf in Frage gestellt werden, ob ein Militärbündnis mit eigenen Interessen in Osteuropa sich einmischen sollte in Journalistenbriefings zur Sicht auf Russland. Zumal es an transparenten Kriterien und Methoden zur genauen Bestimmung von Desinformation fehlt, wie Eric Bonse, freier Korrespondent in Brüssel, für das Institut für Medienverantwortung (IMV) ermittelte.[29]

Die eigene Medienbeobachtung (das sog. Clipping) auf dem besagten Blog der East StratCom[30] stellt nur einen Teil des Medienerfolgs der Stabsstelle dar. Presseaussendungen, Blogeinträge und Journalistenbriefings schlagen sich regelmäßig in europaweiter Berichterstattung nieder – durchaus mit Verweis auf diese (einzige) Quelle. In Deutschland erschien etwa im Spiegel vom 08. März 2021 ein entsprechender Artikel unter dem Titel „Darum ist Deutschland das Topziel für russische Fake News".[31] Am gleichen Tag erschienen in fast allen großen Medien ähnliche Beiträge, die sich bei genauer Betrachtung als Fake News bzw. aufgebauschte Marginalfälle entpuppten.

Auf der Website werden auch „Argumentationen" vermeintlicher oder tatsächlicher „Putintrolle" entlarvt. Demnach würden Behauptungen wie etwa „Die NATO-Osterweiterung stellt eine ernsthafte Bedrohung für Russland dar", „Westliche Sanktionen führen zu Nahrungsmittelkrisen und Preisanstiegen", „Die EU-Sanktionen schaden Europa mehr als Russland" oder gar „Die USA profitieren von der Nordstream-Sabotage" nun keine Diskussionsbeiträge zu einer möglichen Sachklärung mehr darstellen, sondern automatisch als russische Propaganda gewertet. So werden Hinterfragende als „Kreml-Propagandisten" oder neuerdings nach ukrainischer Lesart gar als „Informationsterroristen" abgestempelt.

Die neueste Spielart westlicher Propaganda stellen nun tatsächlich auch Trolle dar, die sogenannten NAFO-Fellas, die offiziell nur gegen Propaganda Moskaus vorgehen wollen.[32] Diese zumeist anonymen, vom ZDF[33] positiv als „Aktivisten" gegen Kreml-Propaganda geframten Social-Media Accounts mit Hunde-Konterfei stürzen sich mit Schmäh-Posts auf alles, was mit einigermaßen Reichweite etwa auf Twitter/X aus dem klaren Feindbild-Schema ausschert. Auffällig ist, dass sie nicht nur gegen Russland und für mehr Krieg in der Ukraine lobbyieren, sondern nun auch in Solidarität mit Israel spammen und agitieren. Nach eigener Erfahrung mit diesen Trollen lässt sich feststellen, dass einige echte Personen – „mutige Anonyme", wie ich sie nenne – dabei sind und viele Bots. Erstaunlich ist die Infantilisierung von Kriegspropaganda, wobei gezielt von jeglichen vernünftigen Inhalten abgelenkt und auf die Diffamierung der Person abgezielt wird. Dafür greift man zu verbalen Mitteln von Falschbehauptungen über bösartige Unterstellungen bis hin zu sexualisierten Anspielungen und Bildmontagen, die darauf abzielen, die angegriffene Person lächerlich zu machen. Interessant ist in dem Kontext noch, dass diese NAFO-Fellas, die ein ähnliches Logo wie die NATO im Account tragen, gemeinnützig sind. Und mit dieser Organisation arbeiten auch Osteuropa-Wissenschaftler zusammen, die sich aktivistisch zur Ukraine positionieren. Eine Aktion, die zu Spenden auffordert, nennt sich beispielsweise „Basteln für die Ukraine", wo man gelb-blauen Modeschmuck erwerben kann – von Wissenschaftlerinnen gebastelt.

Fazit und Ausblick

Die Nachordnung des Krieges in der Ukraine hinter den wieder aufflammenden Nahost-Konflikt steht gerade sinnbildlich für die Versäumnisse der Logik im Mediensystem. Die Aufmerksamkeit gilt dem Negativen und der Eskalation, nicht den stillen Entwicklungen, die zum Verständnis von Sachverhalten wichtig wären. Und sie gilt schon gar nicht den konstruktiven und kooperativen Gruppen, die zeigen würden, dass eine Überwindung von Feindbild-Konstellationen möglich ist bzw. war. Wer die Reden hiesiger Politiker zu den beiden Konflikten miteinander vergleicht, stellt viele Widersprüche fest – das wären Ansatzpunkte für einen kritischen Journalismus, um nachzufragen und Nicht-Konsistenz zu kritisieren. Schließlich ist man kein Verlautbarungsorgan politisch-strategischer Kommunikation. Und vielleicht stellt sich in beiden Konflikten nicht mehr primär die Frage nach Schuld und wer angefangen hat – was wiederum infantilisierend das Sterben der Menschen im Krieg übergeht – sondern danach, wer als erster in der Lage ist, aus der fatalen Kriegslogik auszusteigen. Medien käme dabei die Rolle der Aufklärung statt der Agitation zu.

Anmerkungen

1 Morelli, Anne (2004): Die Prinzipien der Kriegspropaganda. Springe: zu Klampen Verlag.

2 Eine anschauliche Aufarbeitung des Krieges vor 2022 liefert u.a. der „Visual Explainer" der International Crisis Group, einer keineswegs pro-russischen Organisation: https://www.crisisgroup.org/content/conflict-ukraines-donbas-visual-explainer. – Zu den Versäumnissen der Medien vgl. exemplarisch das Protokoll des ARD Programmbeirats vom Juni 2014.

3 Vgl. Schiffer, Sabine (2022): „Zensur macht nur die Sowjetunion, wir selbst haben freie Medien" - Interview mit Jörg Becker, in: Telepolis (24.6.2022), telepolis.de.

4 Vgl. Schiffer, Sabine (2022): Bewährungsprobe für den Journalismus: Von der edlen Lüge zu guten Fake News? Warum für die Medien auch in Kriegszeiten die Grundregeln der Wahrheitsprüfung gelten müssen. Ein Blick zurück in die Historie, in: Berliner Tagesspiegel, (21.4.2022), tagesspiegel.de.

5 Z.B. Jessen, Jan (2022): „So fühlt sich Krieg an" (im Podcast-Gespräch mit der Autorin), in: WAZ (15.6.2022), waz.de; Vgl. auch Baab, Patrik (2023): Auf beiden Seiten der Front. Frankfurt: Westend-Verlag.

6 Vgl. Schiffer, Sabine (2021): Medienanalyse – ein kriti-

sches Lehrbuch. Frankfurt: Westend-Verlag.

7 Vgl. Hardinghaus, Christian (2023): Kriegspropaganda und Medienmanipulation. München: Europa-Verlag.

8 Der Historiker Herfried Münkler zeigt, dass sich nicht alle Forscher dieser Zunft der Einnahme langfristiger Perspektiven bei der tieferen Ursachenforschung verweigern: s. Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften: Mittagssalon vom 5.10.2022 „Der Ukrainekrieg, seine Folgen für Europa und die globale Ordnung“, youtube.com.

9 Schiffer, Sabine: Wie deutsche Medien die Bundesregierung am Hindukusch verteidigten, in: Telepolis (20.3.2022), telepolis.de.

10 Schiffer, Sabine: Gute Kriege, schlechte Kriege?, in: Telepolis (26.2.2023), telepolis.de.

11 Herman, Ed & Chomsky. Noam (2023): Die Konsensfabrik. Frankfurt: Westend-Verlag: S. 194ff).

12 Freeman, Ben: Defense Contractor Funded Think Tanks Dominate Ukraine Debate, Quincy Brief No.41 (1.6.2022), quincyinst.org.

13 Wikileaks: „Red Cell Memorandum“, wired.com; mehr hierzu siehe FN 10.

14 Kostner, Sandra (2023): Verspielte historische Chancen, in: Luft, Stefan & Kostner, Sandra (Hg.): Ukrainekrieg. Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht. Frankfurt: Westend-Verlag (S. 55-93).

15 Eine löbliche Ausnahme bildet die Monatszeitschrift Le Monde diplomatique; Vgl. dazu vorliegende Studien zum Abdriften von Medien in Richtung Propaganda: z.B. Prinzing, Marlis: Medien und die Ukraine: Grenzen zum Kriegsaktivismus scheinen fließend.“ In: Meedia (17.6.2022); Eddy, Kirsten & Fletscher, Richard: Perceptions of media coverage of the war in Ukraine, Reuters Institute for the Study of Journalism (15.6.2022), reutersinstitute.politics.ox.ac.uk; Maurer, Marcus u.a.: Die Qualität der Medienberichterstattung über den Ukrainekrieg, Forschungsbericht der Otto-Brenner-Stiftung (31.1.2023), otto-brenner-stiftung.de.

16 Kohring, Matthias & Zimmermann, Fabian: Fake News als aktuelle Desinformation, Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) (2.5.2019), bpb.de.

17 Nye, Joseph (2005): Soft Power. The Means to Success in World’s Politics. New York:PublicAffairs.

18 Schiffer, Sabine (2022): „Von Solidaritätsmythen und Kriegslogiken Medien im Fokus politischer Medienstrategien.“ In: Journalistik 2/2022, journalistik.online.

19 „Krieg mit Katzenbildern“, in: Orf.at (8.5.2022), orf.at.

20 Vgl. Schiffer, Sabine (2022): „Zensur macht nur die Sowjetunion, wir selbst haben freie Medien“ - Interview mit Jörg Becker, in: Telepolis (24.6.2022), telepolis.de; vgl. auch: Becker, Jörg (2016): Medien im Krieg – Krieg in den Medien. Wiesbaden: Springer VS; Becker, Jörg & Beham, Mira (2008): Operation Balkan. Werbung für Krieg und Tod. Baden-Baden: Nomos-Verlag.

21 Gute Vorarbeit hat Uwe Krüger mit der Netzwerkanalyse in seiner Dissertation geleistet. Neben der Einbindung von Journalisten direkt in Think Tanks gibt es solche, die offen oder verdeckt als Lobbyisten tätig sind; vgl. Krüger, Uwe (2014): Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten - eine kritische Netzwerkanalyse. Köln: Herbert von Halem Verlag.

22 Vgl: de.ejo-online.eu/tag/trusted-news-initiative; www.newsguardtech.com/de/solutions/newsguard-ratings.

23 Schiffer, Sabine & Gleißner, Xenia (2008): Das Bild des Propheten. Der Streit um die Mohammed-Karikaturen, in: Gerhard Paul (Hrsg.): Das Jahrhundert der Bilder. 1949 bis heute. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

24 Vgl. libmod.de. Die besondere Freundschaft zur Ukraine als Gegenpol zu Russland drückt sich u.a. in einigen Projekten des Think Tanks aus, wie der Website zu entnehmen ist. Sie reichen von „Ukraine verstehen“, „Russland verstehen“, „Ostklick“ über das Programm „Östliche Partnerschaft Plus“ bis hin zu den Themen „Ökologische Moderne“ und „Liberale Demokratie“. Die letzten beiden Projekte fehlen auf der englischsprachigen Website, was den Fokus gen Osteuropa noch einmal betont.

25 Vgl. Küppersbusch TV (2022): Staatsknete für die richtige Meinung, youtube.de; Lübberding, Frank (2022): Wenn der Aktivismus zur Bekämpfung politischer Gegner staatlich subventioniert wird, in: Welt (24.11.2022), welt.de; Jung & Naiv (2022): Ralf Fücks (im Interview) – Zentrum Liberale Moderne, Folge 607, youtube.com; Appel, Roland (2022): Lügen für ½ Millionen Euro jährlich, in: Beueler Extradienst (26.4.2022), extradienst.net.

26 Tögel, Jonas (2023): Kognitive Kriegsführung. Frankfurt: Westend-Verlag.

27 Bonse, Eric (2021): Wie EU und NATO gegen Desinformation vorgehen, in: medien-meinungen.de (7.10.2022), medien-meinungen.de.

28 Z.B. Deutschlandfunk (2021): EU-Experte zu russischer Desinformation. „Zu Beginn der Coronakrise haben wir fast abstruse Falschmeldungen gesehen“ deutschlandfunk.de (25.3.2021)

29 Bonse, Eric (2021): Wie EU und NATO gegen Desinformation vorgehen, in: medien-meinungen.de (7.10.2022), medien-meinungen.de.

30 Vgl. https://euvsdisinfo.eu/de/in-den-medien.

31 Vgl. Bonse, Eric (2021): Nicht Deutsche sind das Ziel, sondern Russen, in: LostInEU.eu (9.3.2021), https://lostineu.eu.

32 Fess, Philipp (2023): North Atlantic Fella Organization (Nafo) - Hybride Kriegsführung trifft Internet-Kultur, in: Telepolis (20.1.2023), telepolis.de.

33 Dudek, Thomas (2023): Zwischen Engagement und Geschmacklosigkeit, in: ZDF (28.7.2023), zdf.de.

Verzerrte Berichterstattung und Meinungsbildung

von Christoph Marischka

Meine These ist, dass die meisten Menschen in Deutschland relativ schlecht über den Verlauf des Krieges in der Ukraine informiert sind, obwohl sie nahezu täglich Berichterstattung über den Krieg verfolgen oder aufgetischt bekommen. Das Angebot der öffentlich-rechtlichen Sender wurde nach dem russischen Einmarsch sehr schnell massiv ausgeweitet: „Liveblogs“ im Internet, eigene, ganz oben gelistete Sonderrubriken in den Mediatheken, kaum eine Sendung in den ersten Monaten im Deutschlandfunk, die nicht irgendwie Russland und die Ukraine zum Thema hatte und dabei unterschwellig Freund-Feind-Schemata reproduzierte. Offenbar tut man sich angesichts des Krieges auch im Bereich von Wissenschaft, Kultur oder Religion schwer, irgendetwas Gutes über Russland oder irgendetwas Schlechtes über die Ukraine zu sagen oder zu schreiben. Alltäglich wurden Erfolgsmeldungen der einen und manchmal auch der anderen Seite wiedergegeben, gelegentlich mit dem Hinweis, diese könnten nicht bestätigt werden. Als eine Art Schiedsrichter wird häufig der britische Geheimdienst zitiert, der mit seinen täglichen, knappen Berichten Agenda-Setting in Reinform betreibt. Ähnliches gilt für verschiedene regierungsnahe westliche Thinktanks und auch für einige Wissenschaftler*innen. Vermittelt werden einige Informationen, v.a. aber Emotionen und Siegesgewissheit.

Selbstzensur

Dabei lässt sich seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine ein Ausmaß an Selbstzensur der Leitmedien beobachten, das in einer demokratischen Gesellschaft mit freien Medien schwer nachzuvollziehen ist. Besonders drastisch ist dies etwa im Hinblick auf die Opferzahlen, v.a. im ukrainischen Militär. Die ukrainische Regierung hat die Veröffentlichung entsprechender Schätzungen untersagt – und die hiesigen Medien verzichten freiwillig darauf. Wie aber sollen Verlauf und Aussichten eines Krieges – eines Abnutzungskrieges insbesondere – eingeschätzt werden, wenn es kaum valide Einschätzungen über die Verluste auf beiden Seiten gibt? Etwas subtiler zeigt sich die Selbstzensur an ausbleibenden Berichten über Vorteile oder „Erfolge“ der russischen Truppen. Sofern es diese überhaupt gibt, werden sie stets relativiert. Einer der Momente im Kriegsverlauf, der hierzulande am meisten Aufmerksamkeit erhalten hat, war die monatelange und verlustreiche Schlacht um Bachmut. Diese hat letztlich das russische Militär mit umfangreicher Unterstützung der Wagner Gruppe – wie hierzulande jede*r weiß – für sich entschieden. Vergleichbar intensiv wie die Rolle von Wagner wurde in Deutschland jedoch kommuniziert, dass Bachmut strategisch weitgehend unbedeutend sei und die Verluste auf russischer Seite in keinem Verhältnis zur Eroberung der Stadt standen. Während der monatelang angekündigten und mit absurden Erwartungen aufgeladenen Frühjahrsoffensive – die dann eher eine gescheiterte Sommeroffensive war – wurde über jede einzelne von ukrainischen Truppen eingenommene oder befreite Siedlung berichtet, ohne dass deren strategische Lage oder die damit verbundenen Verluste in Frage gestellt wurden. Über das Ende – vielleicht gar Scheitern – dieser Offensive und seine Folgen wurde lange nicht diskutiert; stattdessen wurden gleich wieder Erwartungen an die nächste ukrainische Großoffensive aufgebaut.

Zweifellos wurden mittlerweile auch einige Waffensysteme durch Russland zerstört, welche die NATO-Verbündeten geliefert haben und die bereits im Vorfeld als vermeintliche Game-Changer aufgebaut wurden. Das gilt u.a. für die Leopard-Panzer, bei denen schon vor der Lieferung darüber gesprochen wurde, wie Russland mit den Bildern ihrer Zerstörung Propaganda betreiben werde. Entsprechend wurden diese Bilder auch nicht gesendet und – anders als in der US-Presse – auch fast nur dann berichtet, wenn es sich offenbar um Fälschungen handelte. Monatelang wurde zuvor über die ein- bis zweistelligen Zahlen von Leopard-Panzern aus diesem oder jenem Land geschrieben und gestritten, Militärexpert*innen träumten davon, wie sie den

ukrainischen Durchbruch zum Asowschen Meer beflügeln könnten. Eine ehrliche Bilanz darüber, wie sich die Panzer bewährt haben und wie viele noch einsatzfähig sind, sucht man in der Presse hingegen vergeblich.

Die freiwillige Selbstverpflichtung führender Medien, keine Informationen zu veröffentlichen, die „Putins Propaganda in die Hände spielen“, führt freilich zu einem verzerrten Bild des Kriegsverlaufs und erschwert es der Öffentlichkeit, sich ein Bild über die Sinnhaftigkeit und Ziele der westlichen Unterstützung zu machen. Sie umfasst allerdings bemerkenswerterweise nicht alle Themen. Ein Bereich, in dem sie deutlich weniger stattfand, war die Rekrutierung ukrainischer Männer und deren Versuche, sich zu entziehen. So wurde bei tagesschau.de unter anderem über einen Telegram-Kanal berichtet, mit dem sich Wehrpflichtige über die Präsenz von Soldaten informierten, die im öffentlichen Raum Männer kontrollieren und einziehen. Später wurde dort u.a. auch berichtet, dass die Ukraine Drohnen einsetze, um die Grenzen zu überwachen und dass auch Menschen bei dem Versuch ums Leben kamen, heimlich vor dem Militärdienst ins Ausland zu fliehen.

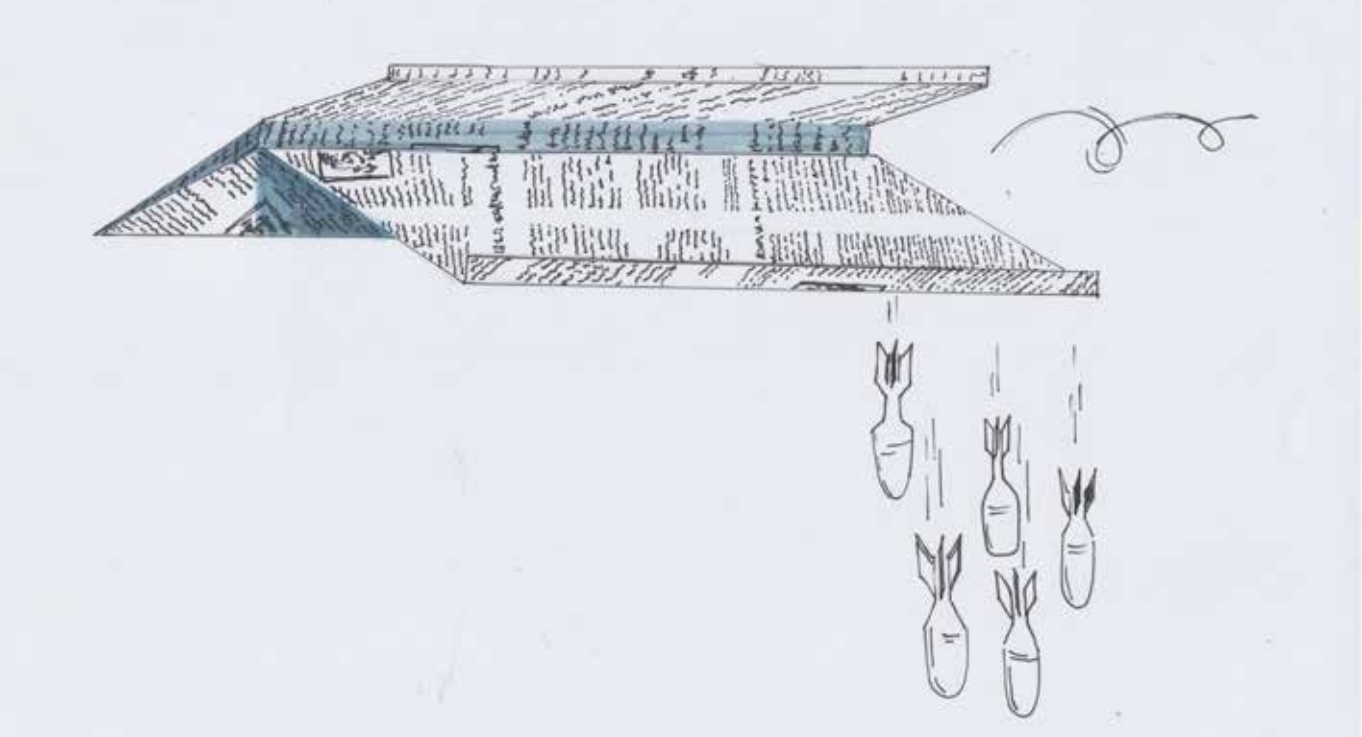
Einseitiges Hinterfragen

Während russische Angaben – ganz zurecht – und vermeintliche „pro-russische Narrative“ nicht nur hinterfragt, sondern häufig penibel überprüft und oft bemüht widerlegt werden, fand dies für Darstellungen und Narrative der ukrainischen Regierung oder deutscher Politiker sehr selten statt. Schwer erklärbar ist etwa, wie z.B. Marie-Agnes Strack-Zimmermann in ihrer Rolle als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und „Verteidigungsexpertin“ der FDP politisch überleben konnte, nachdem sie über Monate wiederholt davor warnte, dass die russische Armee bald „vor Berlin“ stehe, wenn man ihr nicht in der Ukraine Paroli biete. Beflügelt vom ausbleibenden Widerspruch zu hanebüchenen Aussagen zur besten Sendezeit ließ sie sich später sogar dazu hinreißen, zu behaupten, es sei kein Zufall, dass das Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 ausgerechnet an Putins Geburtstag stattgefunden habe. Wer solche Leute interviewt und zu Talkshows einlädt, ohne sie vorzuführen, muss wissen, dass er oder sie sich damit an der Verbreitung von Fake-News und Verschwörungserzählungen beteiligt.

Der fehlende Widerspruch gegen Aussagen von Politiker*innen ist hier Ausdruck einer fehlenden Ausdifferenzierung der Funktionen von Politik, Medien und auch der Wissenschaft, wenn es um eine gemeinsame Sache geht, in diesem Falle die „Solidarität mit der Ukraine“. Für führende Außenpolitiker*innen mag es legitim oder völkerrechtlich fast schon geboten sein, sich zur territorialen Integrität der Ukraine zu bekennen und die Rückeroberung der Krim als wünschenswert, vielleicht sogar als realistisch darzustellen. Wenn dann jedoch Medien und die Wissenschaft (in Form vermeintlicher, selektiv ausgewählter Expert*innen) nicht darauf hinweisen, wie unwahrscheinlich solche Vorstellungen sind und welches Eskalationspotential damit verbunden sein kann, entsteht eine allgemeine Erwartungshaltung, welche schwer mit der Realität vereinbar und damit hochgefährlich ist. Im Gegenteil haben die Medien hier massiv dazu beigetragen, entsprechende Positionen wie auch die Warnung vor einer militärischen Eskalation zu tabuisieren und ihre Träger*innen zu diffamieren. Mehr noch als die Rückeroberung der Krim wurde das Lippenbekenntnis, dass nur „die Ukraine“ (gemeint war natürlich die amtierende Regierung) darüber entscheide, wann Verhandlungen geführt und der Krieg enden solle, zur unhinterfragten Wahrheit. Auch hier spielten die Leitmedien tw. eine aktive Rolle dabei, jene anzuklagen, die das Offensichtliche aussprachen: Die Rolle der USA und ihrer NATO-Verbündeten.

Die „Solidarität mit der Ukraine“ führte auch dazu, dass Darstellungen und Berichte der ukrainischen Regierung zwar gelegentlich mit dem Hinweis versehen wurden, sie seien nicht überprüfbar, dies aber auch gar nicht erst versucht wurde. In Wahrheit wären etwa die täglichen Berichte über russische Angriffe auf (vermeintlich) zivile Ziele und zivile Opfer zumindest in Einzelfällen durchaus überprüfbar. In einigen Fällen gab es durchaus Hinweise, dass die Angriffe militärisch genutzten Zielen gegolten und diese auch getroffen haben. Die fehlende Plausibilität der Annahme, dass Russland lieber Schulen als Militärdepots mit Distanzwaffen angreift, mag der Öffentlichkeit zunächst durchaus bewusst gewesen sein, weicht aber durch die tägliche, unhinterfragte Kommunikation entsprechender Meldungen der oft genau so formulierten Wahrnehmung, „dass die russischen Truppen gezielt Zivilisten angreifen“. Das mag in vielen Fällen zutreffen, als Gesamtstrategie erscheint es wenig plausibel. Die Frage aber nach Plausibilität wurde in den Medien ohnehin wenig gestellt und durch die Verknüpfung zweier Annahmen ausgehebelt: Dass einerseits Putin persönlich und von der Spitze alles anordne und Putin persönlich schlicht irrational handle. Das gilt auch für Großereignisse wie die Sprengung der Nord Stream Pipelines und die Zerstörung des Staudamms bei Cherson. In vielen Fällen stand die Intensität der Berichterstattung und die Bestimmtheit der frühen Schuldzuweisungen in keinem Verhältnis zum anschließenden Interesse an einer Aufklärung.

Auch beim einseitigen Hinterfragen gab es einige Bereiche, die nicht oder weniger betroffen waren. Dies



gilt u.a. für die Relevanz extrem rechter und faschistischer Kräfte in der ukrainischen Politik und dem Militär. Obwohl der „Nazismus“ der Ukraine ein zentrales Element der russischen Propaganda darstellt, schafften es entsprechende Berichte und vereinzelt auch eigene Recherchen teilweise in die Schlagzeilen und Nachrichtensendungen. Wenn sie auch insgesamt relativierend ausfielen und nicht verhinderten, dass der Bandera-Anhänger Melnyk zum Medienliebling wurde, so ist das doch eine bemerkenswerte Ausnahme angesichts der ansonsten fast vollständigen Zurückhaltung mit Kritik an der ukrainischen Führung und ihrem Militär.

Eigene Agenda bei Waffenlieferungen

Während in einigen Bereichen die funktionelle Ausdifferenzierung zwischen Politik und Medien ausblieb, ließ sie sich in anderen Bereichen durchaus beobachten, wenn auch vielleicht anders, als erwartet. Bei der Frage der eskalierenden Waffenlieferungen, welche ebenfalls über Monate nahezu täglich Thema der Berichterstattung war und die Anfang Oktober 2023 unerklärlich abrupt endete, schienen die Medien weniger als unkritischer Vermittler der Bundesregierung, denn als aktiver Verstärker der ukrainischen Forderungen nach immer mehr und immer schwereren Waffen zu fungieren. Entsprechende Forderungen aus der Ukraine, von Vertreter*innen der Opposition und auch der Regierung wurden in den Berichterstattungen und Talkshows massiv verstärkt und vorangetrieben. Politiker*innen auch aus der dritten Reihe konnten sich sicher sein, es in die Nachrichten zu schaffen, wenn sie mit ihren Forderungen noch einen Schritt weiter gingen oder besonders vehement die vermeintliche Zurückhaltung der Bundesregierung, insbesondere des Bundeskanzlers, kritisierten. Diese Forderungen, die oft von dezidiert fachfremdem Personal erhoben wurden, waren mitunter, insbesondere im Hinblick auf Verfügbarkeit und Geschwindigkeit in der Umsetzung, völlig unrealistisch. Jedes Zögern und Prüfen, jede Erwägung möglicher Konsequenzen wurde in den Leitartikeln und Talkshows in großen Worten als Hinhalten und Unentschlossenheit verurteilt, als Verrat an der „Solidarität mit der Ukraine“, oft unwidersprochen als Infragestellung des „Selbstverteidigungsrechtes der Ukraine“ – eine völlig bodenlose Verdrehung eines völkerrechtlichen Begriffs, hieraus eine Verpflichtung zu Waffenlieferungen ableiten zu wollen.

Erstaunlich war die Gleichzeitigkeit dieses Diskurses mit der ebenfalls vehementen Verstärkung der Behauptung, dass die Bundeswehr angeblich „blank“ dastehe und nur „bedingt verteidigungsfähig“ sei. In Kombination mit der anhaltenden Kritik daran, dass die Waffenkäufe aus dem Sondervermögen zu langsam umgesetzt würden, lassen sie sich zusammengenommen allerdings mit einem sehr grundlegenden Unverständnis für Rüstungs- und Militärfragen begründen. Das zeigt sich auch in der weitgehenden Ignoranz gegenüber Fragen der Planung, Ausbildung und Betriebssicherheit bezüglich der Waffenlieferungen. Aber Sachkenntnis ist im Aufrüstungswahn offensichtlich weniger gefragt als laute Töne und harsche Worte.

Die selektive Verstärkung jener, die mehr Waffen fordern und liefern, ließ sich auch sehr gut an der Berichterstattung über die Verbündeten beobachten.

Immer wieder kam der Vorwurf auf, Deutschland würde sich international isolieren, wenn es nicht auch dieses oder jenes Waffensystem liefere. Dann wurden andere Staaten, die vielleicht insgesamt viel weniger lieferten, hervorgehoben, wenn sie das entsprechende Waffensystem bereitstellten, während Regierungen, die gar nichts oder weniger lieferten, insgesamt zurückhaltender agierten, aus der Wahrnehmung verschwanden. Das galt auch für den vermeintlich engsten Partner Deutschlands in der EU. Die zwischenzeitliche Zurückhaltung Frankreichs wurde hier kaum kommuniziert, während jede Ankündigung Macrons von weiteren Waffenlieferungen eine Schlagzeile wert war. Als er Anfang Januar 2023 die Lieferung von Spähpanzern an die Ukraine zusagte, titelten verschiedene ARD-Medien übereinstimmend „Frankreich legt vor“ und zitierten verschiedene Politiker*innen, welche nun einen Zugzwang zur Lieferung von Leopard-Panzern behaupteten und damit produzierten. Mit dabei war natürlich Strack-Zimmermann, der als Vorsitzende des Verteidigungsausschusses die Unterschiede zwischen den betreffenden leichten Radpanzern Frankreichs und den geforderten schweren Kampfpanzern aus Deutschland durchaus bewusst sein dürften.

Die Positionierung und tw. aktive Rolle der Leitmedien in der Diskussion um Waffenlieferungen ließ sich zuletzt in der Debatte um die Marschflugkörper Taurus nachvollziehen. Hier wurde wiederholt und meist unwidersprochen behauptet, Frankreich und Großbritannien hätten mit Storm Shadow bzw. Scalp ohne Bedenken Waffen mit denselben Fähigkeiten geliefert. Allerdings unterscheidet sich deren grundsätzliche Reichweite bereits und vieles spricht dafür, dass auch Frankreich und Großbritannien Varianten mit verringerter Reichweite geliefert haben – eine Überlegung, für die Scholz hierzulande heftig kritisiert wurde. Was für Varianten Frankreich und Großbritannien tatsächlich geliefert haben, lässt sich der Presse und den anderen Qualitätsmedien nicht entnehmen. In der Berichterstattung zählt eben mehr das schnelle Argument als Recherche und sachliche Richtigkeit. Noch etwas lässt sich an der Taurus-Debatte gut nachvollziehen: Offenbar hat sich die Regierung später bemüht, jede Äußerung in dieser Sache mit der (zutreffenden) Aussage zu verbinden, dass Deutschland in absoluten Zahlen nach den USA „zweitgrößter Unterstützer der Ukraine weltweit“ sei. Viele Medien zitierten das – manchmal spürbar widerwillig – um gleich darauf wieder mit Hinweis auf Frankreich und Großbritannien einen Zugzwang zu konstruieren.

Differenzierung in der Kritik

Natürlich gibt es zu fast allem hier beschriebenen Ausnahmen in einer nun seit über anderthalb Jahren lebhaft, aber nicht besonders vielseitig geführten Debatte. Nach meinem persönlichen Eindruck jedoch finden sich Ausnahmen vor allem in den Randzonen der Leitmedien, der lokalen Berichterstattung und klassischen Medien mit geringerer Reichweite, den sogenannten „Käseblättern“. So waren die Mantelteile der Zeitungen während der Ostermärsche 2022 von den Diffamierungen der Spitzenpolitiker*innen auf Bundes- und Landesebene und entsprechenden Leitartikeln und Kommentaren geprägt, während im Lokalteil oft sachlich und teilweise fast euphorisch über die konkreten Ostermärsche berichtet wurde. Jenseits der Redaktionen für Außenpolitik erschienen im Lokalteil auch ansonsten oft wohlwollende Berichte über Veranstaltungen der Friedensbewegung mit ganz anderen Inhalten und Sichtweisen oder aber Berichte über Geflüchtete aus der Ukraine, die einfach nur hofften, dass der Krieg bald zu Ende ist. Da konnte auch mal gesagt werden, dass die Krim wahrscheinlich für die Ukraine verloren ist und da durfte auch mal jemand seine Angst vor einem Atomkrieg äußern. Das Problem ist also ganz offensichtlich nicht im Berufsstand der Journalist*innen zu suchen, sondern irgendwo anders im Gesamtsystem der (Leit-)Medien. Dieses Gesamtsystem allerdings hat einen Krieg befeuert, in dem zehntausende Menschen schon gestorben sind. Denn Waffen töten Menschen – das ging in den vergangenen Monaten oft unter.

Der Spiegel der Gesellschaft?

Über die deutsche Medienberichterstattung zum Ukrainekrieg

von Pablo Flock

Damit hatten sie laut einhelligen Medienberichten den großen Coup gemacht, sich ins Zentrum der öffentlichen Debatte katapultiert und sich Sendezeit in Talkshows, Interviews mit großen Medien und bestimmt einiges an gut dotierten Vorträgen gesichert: Der Philosoph Richard David Precht und der Sozialpsychologe Harald Welzer klagen in ihrem Buch „Die Vierte Gewalt“[1] an, eine Mehrheit der Medienmachenden würde im Bezug auf den Ukrainekrieg einseitig informieren und die Bundesregierung in Bezug auf Waffenlieferungen vor sich hertreiben – und das obwohl sich diese scheinbar einhellige oder überwiegende Medienmeinung nicht mit der Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung decke. Journalist*innen deutscher Leitmedien nähmen es sich zur Aufgabe, die Bevölkerung von ihrer Meinung überzeugen zu wollen – und verfehlten dabei ihre Aufgabe als vierte Gewalt in der Demokratie.

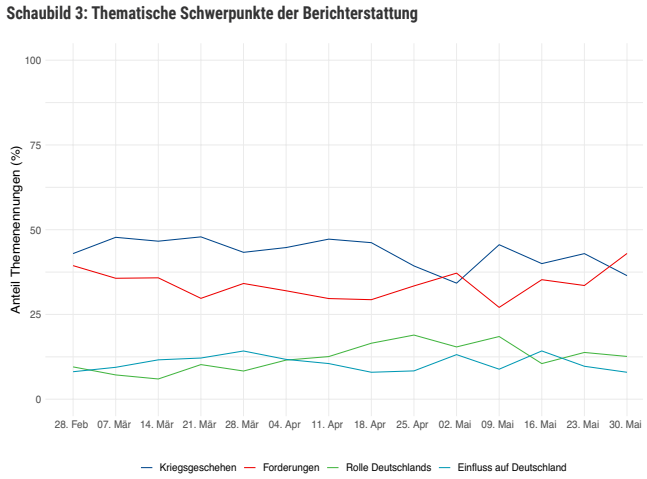
Passend zu dieser These war das Buch mit dem Untertitel „Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist“ versehen. In der Talkshow von Markus Lanz im ZDF durften die beiden dann die Kernthesen ihres Buchs vorstellen und gegen zwei Journalisten verteidigen. „Die Medien“, oder zumindest einige von ihnen, stellten sich also dieser Kritik – wobei sie sich diese freilich nicht zu eigen machten und die beiden Autoren im Kreuzfeuer der Kritik standen. Bemängelt wurde unter anderem, dass das Buch, so gar nicht wissenschaftlich, komplett ohne eigene quantitative Forschungsergebnisse geschrieben wurde. Diese Untersuchung, versprachen sie jedoch damals, sei schon in Arbeit und wurde dann im Mai 2023 unter dem Titel „Die veröffentlichte Meinung“ publiziert.[2]

Jedoch erschien zuvor eine von der gewerkschaftsnahen Otto-Brenner Stiftung (OBS) finanzierte Studie dreier Wissenschaftler der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, auf die sich die beiden Autoren schon berufen hatten, als hätten sie bereits im Vorfeld Einblick in die Ergebnisse gehabt. Doch, so zumindest der Tenor in vielen Medien, hätten die Studienergebnisse die Behauptungen Welzers und Prechts eher entkräftet. Aber stimmt das? Oder suchen sich hier wieder einige sehr von sich selbst überzeugte Medienmacher*innen nicht die Kirschen heraus, die ihre Positionen scheinbar unterfüttern?

Die Studienergebnisse von Maurer, Jost & Haßler

Die von Prof. Marcus Maurer, Dr. Pablo Jost und Dr. Jörg Haßler durchgeführte Studie betrachtet die Medienberichterstattung zum Ukrainekrieg in acht Leitmedien (FAZ, SZ, Bild, Spiegel und Zeit, sowie den Hauptnachrichtensendungen von ARD, ZDF und RTL) im Zeitraum vom 24. Februar bis zum 31. Mai 2022. Im Zeitraum sind anhand von inhaltlichen Textmerkmalen, die kennzeichneten, dass sie sich mit Inhalten der betreffenden Thematik befassen, 4.292 Beiträge identifiziert worden. Diese wurden von einem Codierteam der Ludwig-Maximilians-Universität nach der Methode der quantitativen Inhaltsanalyse codiert. Die abgefragten inhaltlichen und Bewertungs-Kategorien spiegeln folgende Forschungsfragen wieder: welche Akteure in der Berichterstattung vorkommen und wie diese bewertet werden; welche Maßnahmen zur Lösung des Konflikts in den untersuchten Medien thematisiert werden und wie diese bewertet werden; welche thematischen Schwerpunkte die Berichterstattung hatte; ob sich die untersuchten Medien in ihrer Berichterstattung unterscheiden und ob die untersuchten Medien die Position der Bundesregierung widerspiegeln und wohl auch wie abweichende Positionen dargestellt werden (obwohl hierfür keine Ergebnisse präsentiert wurden). Die Ergebnisse wurden u.a. in einem vorläufigen und einem abschließenden Forschungsbericht am 15. Dezember 2022 und am 31. Januar 2023 öffentlich zugänglich gemacht.[3]

Nach zuerst wenig überraschenden Ergebnissen über die Anzahl der Beiträge geht der Bericht auf die Schwerpunkte der Berichterstattung ein. Die Themen wurden hierfür in vier Gruppen zusammengefasst. Berichte über das Kriegsgeschehen und über Forde-



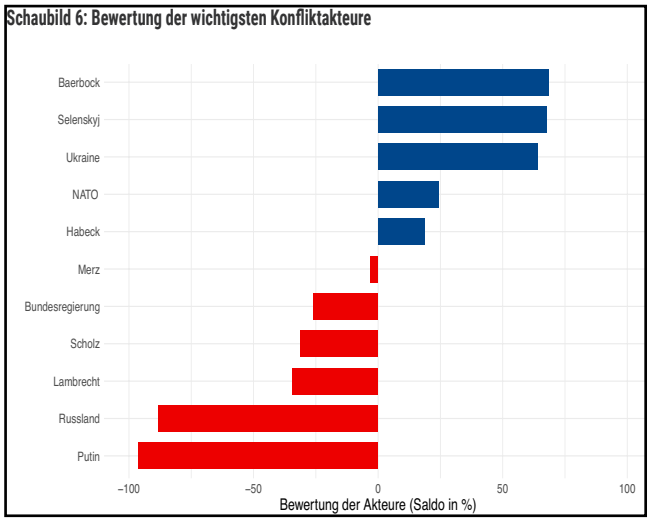
Grafik 1: Gewichtung zwischen „Kriegsgeschehen“, „Forderungen“, „Rolle Deutschlands“, „Einfluss auf Deutschland“ im Zeitraum von Februar bis Mai 2022. OBS-Bericht, S. 6.

rungen zur Beendigung des Krieges dominierten hier und wurden in 30% bis 50% der Artikel und respektive 25% bis 40% der Artikel thematisiert, wie in Grafik 1 zu sehen ist. In 10% bis 20% der Artikel thematisiert wurden der Einfluss des Kriegs auf Deutschland und der Rolle Deutschlands im Krieg; wobei die Rolle Deutschlands besonders während der Debatte um die Lieferung schwerer Waffen im April 2022 über den weniger werdenden Berichten über Auswirkungen des Kriegs auf Deutschland lag. Die Forderungen zum Ende des Krieges gipfelten dann auch mit der Entscheidung zur Lieferung schwerer Waffen Anfang Mai über den Kriegsgeschehnissen. Trotzdem hätten die Medien hauptsächlich die Perspektive Deutschlands in 42% der Beiträge eingenommen, weit öfter als den Blickwinkel der Ukraine (28%), anderer Länder (20%) oder Russlands (10%). Wie diese Perspektive ermittelt wurde, wurde jedoch nicht erklärt.

Hauptakteure: deutsche Regierungspolitiker*innen

Dies stimmt im Falle Deutschlands damit überein, dass von den maximal drei zentralen Akteuren, die aus jedem Artikel codiert werden konnten, mit 21% der politischen Akteursnennungen hauptsächlich deutsche Politiker*innen im Vordergrund standen. Dahinter lagen russische Politiker mit 8% vor ukrainischen Politikern mit 4%, wobei sich dies nahezu nur auf Putin (7,5%) und Selenskyj (3,5%) beschränkte. Insgesamt machten Politiker*innen 80% der Akteursnennungen aus. „Die verbleibenden 20 Prozent setzten sich im Wesentlichen aus Akteuren der Zivilgesellschaft zusammen“, ergänzt noch durch Wissenschaftler und Journalisten, die jedoch nur je in rund 2% der Beiträge erwähnt wurden. Unter den Akteursnennungen deutscher Politiker*innen nahm die SPD mit 48% fast die Hälfte ein, gefolgt von den Grünen mit 23% und der zweitstärksten Fraktion im Parlament, der Union, mit 17%. Insgesamt bekamen die Regierungsparteien mit zusammen 80% das Vierfache an Aufmerksamkeit wie die Oppositionsparteien zusammen. Die AfD und die Linke kamen derweil auf je nur unter 2% Anteil. Die Autoren der Studie erklären sich dies damit, dass die Regierungsparteien im Gegensatz zur Opposition „unmittelbar mit Entscheidungen und Handlungen im Rahmen der Krisenbewältigung befasst sind“. Doch geben sie zu bedenken, dass dies dazu führe, „dass eventuell abweichende Positionen der Oppositionsparteien medial weniger präsent sind.“

Wie die genannten Akteure innerhalb der Medien bewertet wurden, wurde ebenso in einer fünfstufigen Skala codiert und dann zu einem Saldo verrechnet, der in Grafik 2 zu sehen ist. Wenig überraschend bekamen Putin und Russland die schlechtesten Bewertungen und Selenskyj und die Ukraine überwiegend gute. Besser kam nur Außenministerin Annalena Baerbock mit 68% weg. Auch ihr Parteikollege Robert Habeck und die NATO wurden insgesamt eher positiv, und “die Bundesregierung“, Scholz und Lamprecht hingegen eher negativ bewertet. Die Autoren folgern also: „Insgesamt zeigt sich nicht, dass die von uns untersuchten Medien gegenüber der Bundesregierung besonders kritiklos waren“, sondern sie überwiegend kritisierten, mit Ausnahme der Grünen. Scholz wurde in 30% der Berichte über ihn überwiegend als zaudernd beschrieben, weit öfter denn überlegt/abwägend (4%) oder entscheidungsstark/tatkräftig (10%). Wie Grafik 3+4 zeigen, erreichen die Bewertungen von Scholz (-80%), der Bundesregierung (-50%) und auch der Einigkeit in der Regierungskoalition (-70%) Mitte April Tiefpunkte und erholten sich dann wieder, wobei Scholz mit der



Grafik 2: In der Bewertung der Leitmedien schneiden die Bundesregierung, Scholz und Lamprecht schlechter ab als die Waffenlieferungsbefürworter der Grünen Habeck und Baerbock, OBS-Bericht, S. 8.

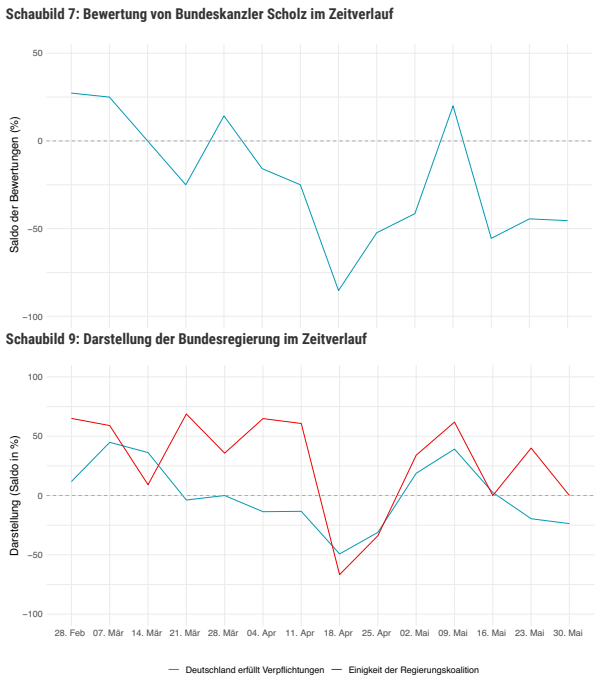
Ankündigung der Lieferung schwerer Waffen sogar kurz ein positives Saldo (rund 20%) erlangte.

Sehr kurz nur wird erwähnt, dass sich die Bewertungen von Akteuren zudem „in Richtung und Extremität“ kaum zwischen den eigentlich neutralen journalistischen Darstellungsformen (z.B. Nachricht und Bericht) und meinungsbetonten Stilformen (Kommentar, Kritik o.ä.) unterscheiden. Die Anzahl der Bewertungen lag in den eigentlich neutralen Textformen (40%) nicht sehr weit hinter den meinungsbetonten Textformen (60%).

Kriegsverursacher und die richtigen Maßnahmen zur Beendigung

Die Autoren und ihr Codierteam untersuchten auch, inwieweit die Verantwortung des Krieges den Kriegsparteien, Russland und der Ukraine sowie dem Westen zugeschrieben wurde. Artikel wurden so codiert, dass sie mehrere Verantwortliche nennen konnten. Demnach „wurde in nahezu allen Beiträgen (93%) Russland bzw. Präsident Putin die alleinige Verantwortung für den Krieg zugeschrieben. ‚Der Westen‘ wurde in nur 4% als (mit-)verantwortlich bezeichnet, die Ukraine noch seltener (2%).“ Die Zeitungen (ohne TV) benannten Russlands Widersacher in knapp 10% ihrer Beiträge als mitverantwortlich, mit Ausnahme der Bild, die zusammen mit den Fernsehnachrichten in unter 5% ihrer Beiträge eine Mitschuld der Ukraine oder des Westens diskutierte. Zudem wurde untersucht, ob Russland in den Artikeln „ein Motiv für den Angriff auf die Ukraine unterstellt wurde, und um welches Motiv es sich dabei ggf. handelt.“ Jedoch waren hier nur drei Kategorien gegeben: Großmachtstreben, Verteidigung gegen die NATO(-Osterweiterung) und wirtschaftliche Interessen. Motive Russlands wurden nur in knapp 6% der Artikel erwähnt, doch wenn „sie thematisiert wurden, dominierte eindeutig das Motiv des Großmachtstrebens (71% der Beiträge). In immerhin 28 Prozent der Beiträge wurde als zentrales Motiv für den Angriff die Verteidigung gegen die NATO genannt. Wirtschaftliche Motive wurden Russland so gut wie nie unterstellt.“ Eine Verteidigung der russischsprachigen Bevölkerung des Donbass, die Russland selbst anführte, wurde entweder nicht genannt oder nicht kodiert.

Ähnlich einhellig berichteten die Medien auch über die Maßnahmen zur Beendigung des Krieges. Wobei nicht nur die humanitäre Unterstützung der Ukraine (93%), sondern auch die militärische Unterstützung im Allgemeinen (74%), die Lieferung schwerer Waffen (66%) und die wirtschaftlichen Sanktionen (64%) weit durchgehender positiv bewertet wurden als diplomatische Bemühungen zur Beendigung des Krieges, die nur in 43% der Beiträge als sinnvoll dargestellt wurden. Hier lohnt sich die Betrachtung der einzelnen Medien



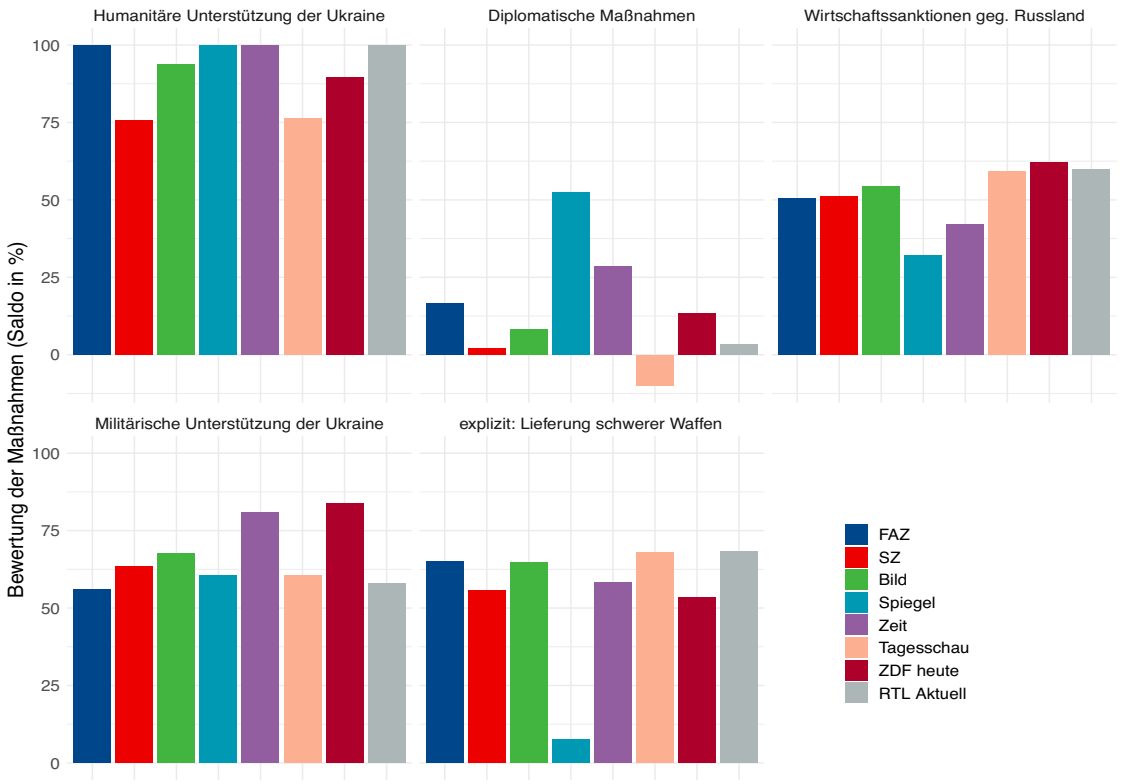
Grafik 3: Die Leitmedien-Bewertung von Scholz (oben) und inwieweit Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt bzw. die Bundesregierung einig auftritt im Zeitverlauf (unten), OBS-Bericht, S. 9 und 11.

in Grafik 4: Denn auch wenn nur die Tagesschau diplomatische Maßnahmen im Saldo überwiegend negativ bewertete, wurden diese von den meisten Medien nur in maximal 10% der Beiträge öfter positiv als negativ bewertet, mit Ausnahme der FAZ (15%) der Zeit (rund 25%) und des Spiegels, der diese sogar 50% öfter als sinnvoll denn nicht sinnvoll bewertete. Der Spiegel fiel zudem etwas aus der Reihe, weil er (mit rund 30%) die wirtschaftlichen Sanktionen nur halb so oft positiv bewertete wie der Schnitt der anderen Medien, die sich darin nahe lagen, und die Lieferung schwerer Waffen in dem Zeitraum mit unter 10% positivem Saldo, fast so oft als nicht-sinnvoll wie sinnvoll bewertete – weit ausgeglichener als andere Medien, die diese überwiegend positiv bewerteten.

Im Fazit entschuldigt

Im Fazit zeigen die Autoren viel Verständnis für die Bereiche, in denen die „untersuchten Medien tatsächlich sehr einheitlich über den Krieg berichtet“ haben. Im Falle der „Zuschreibung der Kriegsverantwortung an Russland und die Bewertung der beiden Kriegsparteien“ lässt der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Ukraine für die Medienwissenschaftler „wenig Spielraum für andere Bewertungen“. Vorauseilend wurde zudem die nahezu durchweg positiv bewertete „militärische Unterstützung der Ukraine im Allgemeinen und die Lieferung schwerer Waffen im Besonderen“, die sogar „als sinnvoller als diplomatische Maßnahmen dargestellt“ wurden, so gerechtfer-

Schaubild 14: Bewertung der Maßnahmen im Medienvergleich



Gafik 4: OBS-Bericht S. 15. Die Reihenfolge der Medien entspricht von links nach rechts der Auflistung von oben nach unten.

tigt, dass dies „angesichts der schrecklichen Bilder aus der Ukraine und der offensichtlich mangelnden Verhandlungsbereitschaft auf russischer Seite verständlich“ sei. Zumal es danach nur als „umso bemerkenswerter“ beschrieben wird, „dass der Spiegel als einziges Medium zumindest über die Lieferung schwerer Waffen sehr abwägend berichtete und eine diplomatische Lösung als sinnvoller darstellte.“[4] Woraufhin dieses einsame Beispiel zur Schlussfolgerung führte: „Vollkommen einheitlich berichteten die untersuchten Medien also nicht.“

Trotzdem existiert aus Sicht der Autoren „im Untersuchungszeitraum ein relativ starker Zusammenhang zwischen der Tendenz der Medienberichterstattung und der über Umfragen gemessenen Bevölkerungsmeinung zu Waffenlieferungen“, wobei sich „mit den vorliegenden Daten allerdings nicht prüfen“ ließe, „ob die Medienberichterstattung die Bevölkerungsmeinung beeinflusst hat oder umgekehrt die Medien auf die Stimmung in der Bevölkerung reagiert haben“, „weil die Befragungsdaten dazu viel zu selten erhoben“ würden. Hier wurde offensichtlich auf Prechts und Welzers These geantwortet. Auch das erneute Hinweisen darauf, dass die Berichterstattung „schon gar nicht regierungsfreundlich aus[falle]“, könnte sich auf eine (missverstandene?) Kritik von Welzer und Precht beziehen. Für besonders meinungsstarke Blogs wie den Volksverpetzer und Übermedien war dies jedoch das Stichwort. Sie titelten freudig: „Studie: Medien waren zum Ukrainekrieg regierungskritisch & differenziert.“[5]

Welzers Thesen: Journalismus gegen die Demokratie

Eingangs seines Artikels „Die veröffentlichte Meinung“, in dem Welzer zusammen mit Leo Keller seine Studienergebnisse präsentiert, schickt er noch einmal seine Kernthesen aus „Die vierte Gewalt“ und damit seine Motivation für diese Forschung voran. Er beginnt dies mit einer Anekdote. Aus der Redaktion der Zeitung Die Welt habe man ihm eine Anfrage zu einer Umfrage des ARD-Deutschlandtrends gesendet, die dokumentierte, dass unter den 18- bis 34-Jährigen die Ablehnung gegenüber der Lieferung von Leopard 2 Panzern mit 52 % am größten sei. Er solle sich dahingehend äußern, ob die „Medien den Jüngeren nur ›besser erklären‹“ müssten, „warum Leopard-Lieferungen nötig sind?“[6] Welzer hält dies für epistemisch. Es ließe „sich im deutschen politischen Journalismus eine solche Einhelligkeit in Fragen des Ukrainekrieges beobachten, als sei tatsächlich die Funktion des Journalismus für die moderne demokratische Gesellschaft, für richtig Erkanntes unters Volk zu bringen, auf dass dieses es gleichfalls als richtig erkennt.“ Jedoch sei die genuine Aufgabe des Journalismus in einer Demokratie eine andere, „nämlich die in »vielfältige Interessen differenzierte Gesellschaft« abzubilden“, gerade da „marginalisierte Gruppen geringere Chancen haben, ihre Auffassungen politisch zur Geltung zu bringen.“ Die Leitmedien würden ihre „»Integrationsfunktion«, die ihnen neben der Informationsfunktion zukommt, kaum mehr wahrnehmen.“ Auf diese Weise transformiere

„sich der politische Journalist zum politischen Akteur – freilich ohne dafür in irgendeiner Weise mandatiert zu sein.“ Der Sozialpsychologe Welzer, dessen Bücher sich mit der Massenpsychologie zu Gewalteskalationen wie dem Holocaust oder in Krisensituationen wie ökologischen Kollapsen beschäftigen, sieht in der in den Medien beobachtbaren „Komplexitätsreduktion zugunsten von eindeutigen Pro- und Kontra-Haltungen“ ein typisches Muster: „je unklarer und beängstigender eine Situation, desto eindeutiger die normativen Perspektiven und die daraus resultierenden Forderungen an die verantwortlichen Akteure.“ Jedoch sei es, „zumal für Krisen, die mit Gewalt und Eskalationsrisiken einhergehen“, verantwortungsvoll, „ein möglichst breites Spektrum von Beobachtungen, Analysen und Einschätzungen zu liefern und bestimmte Perspektiven nicht von vornherein abzuwerten oder gar nicht zu berücksichtigen.“ So sei beispielsweise die gesellschaftliche Meinungsvielfalt in der Frage nach Waffenlieferungen, die „von etwa der Hälfte der Bevölkerung unterstützt und von der anderen Hälfte abgelehnt wird, in den Leitmedien mindestens grob abzubilden.“

Studienergebnisse von Welzers digitalem Mining

Die im Mai 2023 veröffentlichte Studie von Welzer und Keller untersuchte größtenteils dieselben Leitmedien wie die Studie der OBS, jedoch im weit größeren Zeitraum von Anfang Februar 2022 bis Ende Januar 2023. Dies führte zur weit größeren Anzahl von rund 107.000 Texten, die natürlich im Gegensatz zur OBS nicht händisch codiert, sondern mit einer von KI-gestützten Analysesoftware indexiert und kategorisiert wurden. Heraus fiel die Zeit, die ihre Artikel nicht für solche automatisierten Prozesse bereitstellt. Dafür konnten Welzer und Keller, der CEO der Firma Blue Ocean Semantic Web ist, die die Datenbank mit all diesen Artikeln bereitstellte, zusätzlich „1,1 Millionen Beiträge aus 140 Regionalzeitungen auswerten.“ Darüber hinaus seien noch 13,5 Millionen Twitter-Beiträge analysiert worden. Die auf solche Prozesse spezialisierte KI wurde angewiesen, folgende quantitative Fragen aus der riesigen Datenmasse herauszufiltern: „wie oft wurde die Forderung nach Kampfpanzerlieferungen“ thematisiert und wie oft mögliche Eskalationspotentiale. Ebenso: welche Parteien und welche Expert*innen wurden im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg wie oft genannt und wie stehen diese Nennungen im Vergleich zu anderen bzw. wie veränderten sie sich im Verlauf der Zeit, und wie unterschieden „sich die Nennungsmuster in den einzelnen Medien-Kanälen“.

Die Entwicklung der für das Thema relevanten Veröffentlichungen ähnelt in den ersten Monaten der OBS-Kurve und stagniert danach. Mehr Volatilität bei weit höherer Quantität zeigten natürlich die Twitter-Posts, die ab September 2022 noch einmal stark zunahmen und im Februar 2023 noch einmal gipfelten. In Bezug auf die Akteursnennungen kommt diese Studie zu ähnlichen Ergebnissen wie die obige: Den Großteil der Aufmerksamkeit bekamen Spitzenpolitiker*innen aus Berlin. Dies korreliere, so die Autoren, mit anderen Krisen wie der sogenannten Flüchtlingskrise und der Coronapandemie, „obwohl in allen drei Krisenfällen die soziale und politische Wirklichkeit durchaus auch von anderen Akteurgruppen gebildet wurde“. Sie nennen beispielsweise Krankenhauspersonal, Wissenschaftler*innen und Querdenker*innen in der Pandemie und „Militärs, Politik- und Rechtswissenschaftler, Waffenindustrie und Energiewirtschaft“ für den Krieg.

Die auch von der OBS-Studie belegte Dominanz deutscher politischer Akteure veranschaulichen die beiden Autoren mit einer Gegenüberstellung der Nennungen von Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, gegen die der Präsidenten Indiens, Brasiliens und Südafrikas, die zusammen (außer im November) stets um ein vielfaches weniger Aufmerksamkeit bekamen. Sie verweisen in dem Zuge auf eine Studie des European Council on Foreign Relations (ECFR), die bestätigt, dass diese „von der westlichen Perspektive abweichende Sichtweisen“ auch in der Bevölkerung vorkommen. Doch einer der Autoren des ECFR und vier weitere von Welzer und Keller (auf unerklärte Weise) identifizierte internationale Experten, die dem hiesigen Narrativ widersprechen und in internationalen Medien wie der Financial Times oder dem Guardian häufig auftauchten, seien in den über 100.000 Beiträgen der Leitmedien gerade 20-mal erschienen. Alle fünf zusammen bekamen damit gerade einmal ein Zwanzigstel der Aufmerksamkeit eines Anton Hofreiters und verglichen mit neun hiesigen, Waffenlieferungen fordernden „Experten“, wie Carlo Masala von der Bundeswehr Universität München und Generalinspekteur Eberhard Zorn, bekamen sie weniger als ein Vierzigstel der Aufmerksamkeit. Bezüglich dieser „Provinzialisierung“ verweisen sie auf eine weitere von der OBS stammende und mit „Das Verblassen der Welt“[7] betitelte Studie, „die das allmähliche Verschwinden des Auslands aus dem politischen Journalismus“ dokumentiert.

Öffentlichkeiten: Medien vs. Twitter

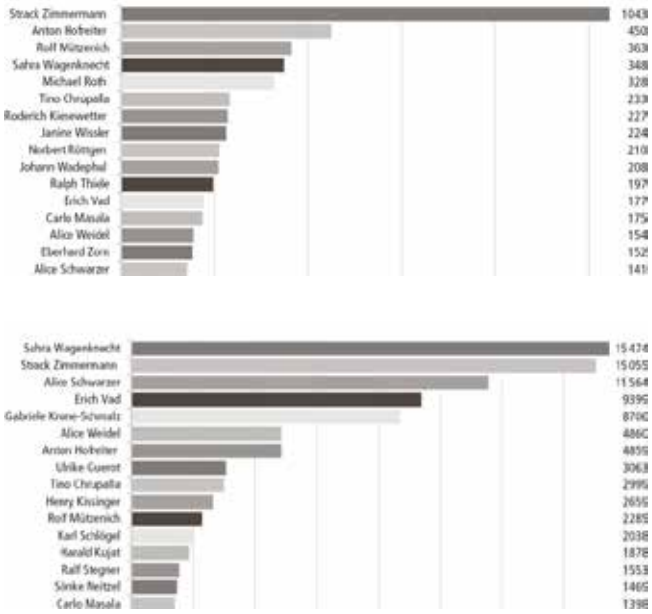
Eine weitere (teilweise kritisierte) Methode der beiden ist, die Berichterstattung der Medien den Posts auf Twitter gegenüberzustellen, zum Beispiel bezüglich der genannten Personen oder geäußerter Positionen. Auch wenn dibe Posts von Twitternutzer*innen natürlich nicht unbedingt die Meinung eines Querschnitts

der Gesellschaft darstellen können, wie eine ordentlich durchgeführte Meinungsumfrage, sollte man der Methode jedoch nicht jede Erkenntnismöglichkeit absprechen.

Bezüglich der Spitzenpolitiker*innen sind nur geringe Unterschiede zwischen den beiden Sphären zu beobachten. So wurde Baerbock bei Twitter im Gegensatz zu den Medien öfter genannt als Habeck. Mehr ändert sich bezüglich weniger bekannter politischer Akteure und Expert*innen. In den Medien lag Strack-Zimmermann mit der doppelten Anzahl an Nennungen vor dem zweitplatzierten Anton Hofreiter, auf den Rolf Mützenich und Sarah Wagenknecht folgten. Auf Twitter hingegen lag Sarah Wagenknecht knapp vor Strack-Zimmermann, wobei die Plätze drei und vier von Alice Schwarzer und dem ehemaligen General Erich Vad belegt wurden, die in den Medien auf den Plätzen 14 und zwölf lagen. Auch bei den Parteinennungen gab es Unterschiede: Während die Rangfolge in den Medien ungefähr dem entspricht, was die OBS-Studie schon fand, lag die AfD auf Twitter noch vor den Grünen. In den Medien rangierte sie sogar hinter der Linken. Da „das professionelle Gefälle von Informations- und Wissensbeständen sowie Hintergrundwissen“ laut den Autoren „einen solchen Unterschied prinzipiell nachvollziehbar und auch wünschenswert“ mache, müsse sich dies „auch in Form von Differenzierung und weiten informationellen Horizonten übersetzen.“

Panzerlieferungen und Eskalationsrisiken

Die Studie von Welzer und Keller bestätigt bezüglich



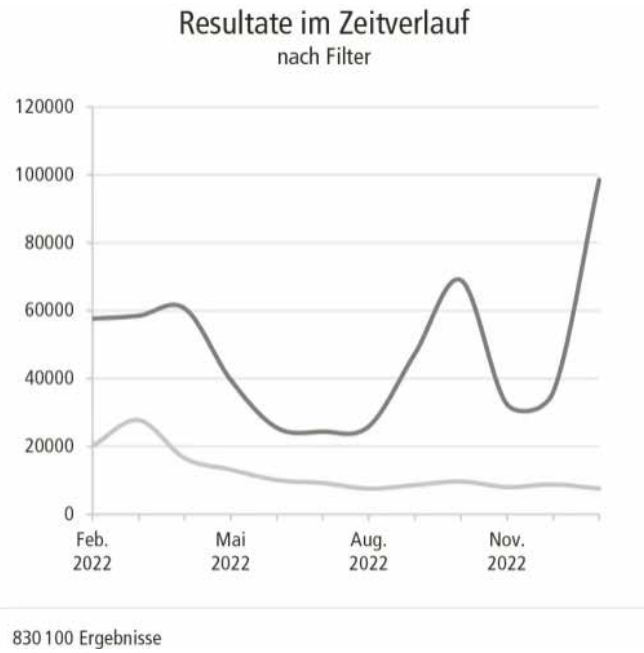
Grafik 5: Die Nennungen der „Expert*innen“ und zweite Riege Politiker*innen in den Medien (oben) und bei Twitter (unten) zwischen Februar 2022 und Februar 2023, laut Welzer und Keller (FN 2).

der tendenziösen Fokussierung für Waffenlieferungen, „dass die in der Mainzer Studie festgestellte Einheitlichkeit der Deutung keineswegs schwindet,“ sondern sich sogar noch vertiefe. Sie lehnen die Rechtfertigung der Autoren der Mainzer Universität jedoch ab und halten sie angesichts der nach damaligen Umfragen gar nicht so eindeutigen Meinung in der Bevölkerung für unverständlich. Es zeige „die Medienschaffenden in einer spezifischen Diskursgemeinschaft, die eine Auffassung teilt und kommuniziert.“ Für die Vertiefung dieses Diskurses spreche zum Beispiel, dass während der Debatte um die Lieferung von Kampfpanzern im Januar 2023 die Zuschreibung von Scholz als „zögernd“ sich um den Faktor 3,5 erhöhte, was ja auch schon im Zeitraum der OBS-Studie 30% der Scholz-Zuschreibungen ausmachte.

Zudem habe während der Debatte um die Lieferung von Kampfpanzern im Januar laut Keller und Welzer die „Thematisierung von Risiken wie einer Entgrenzung des Krieges oder einer Eskalation zum Atomkrieg“ signifikant abgenommen. Im April/Mai 2022 und im Oktober 2022 habe der Anteil der Artikel, die sich mit Waffenlieferungen beschäftigten und wo das Eskalationsrisiko (u.a. mit Atomkrieg kodiert) eine Rolle spielte, noch bei 12 bzw. 17% gelegen, im ganzen Jahr durchschnittlich bei 11%. Im Januar 2023 habe sich dann zwar die Artikelmenge, die sich mit Waffenlieferungen beschäftigte, verdoppelt, jedoch sank die Thematisierung der Eskalationsrisiken im selben Zeitraum um die Hälfte.

Meinungen der Bevölkerung außer Acht gelassen

Dem sehr eindeutigen Meinungsbild unter den Journalisten bezüglich der Lieferung von Kampfpanzern stellen die Autoren gegenüber, dass die Bevölkerung weit gespaltener war, wie die Umfragen von ARD-Deutschlandtrend (46% pro vs. 43% contra), RTL/ntv-Trendbarometer (44% vs. 45%) und des ZDF-Politbarometers (56% vs. 38%) zeigten. Dort „befürchteten aber 48 Prozent eine erhöhte Gefahr der Entgrenzung des Krieges“, obwohl es in den Medien kaum noch thematisiert wurde. Dies zeigten auch die Twitterposts: Während die Zahl der Posts zu »Schwere Waffen« bzw. »Kampfpanzer« sich im Januar sogar verfünffachte (gegenüber dem Schnitt 2022), verdoppelte sich auch der Anteil der Posts daran, die sich mit einer möglichen Eskalation des Kriegs beschäftigten – während er sich in den Medien von einem schon geringeren Niveau nochmal halbierte. Dies zeigte sich auch an den zitierten Expert*innen: Während Befürworter*innen von Waffenlieferungen in den Medien mit 60% weit über den Kritiker*innen mit 34% lagen, unterlagen sie auf Twitter mit 35% zu 65%. Auch in der Debatte um Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen gehen die Leitmedien und



Grafik 6: Artikel in den von Welzer und Keller untersuchten Medien, die (Waffenstillstands-)Verhandlungen nennen, (untere Linie) und Twitterposts, die sich damit befassten (obere Linie).

Twitternutzer*innen stark auseinander. Ab März 2022 fällt die Zahl der Artikel in den Leitmedien, in denen Verhandlungen vorkommen, kontinuierlich. Auch auf Twitter wurde nach einem Höhepunkt im April 2022 zuerst immer weniger Beiträge mit Verhandlungen als Inhalt gepostet, doch stiegen solche Posts ab August wieder auf ihr April-Niveau, fielen dann wieder, um jedoch im Januar 2023 sogar auf das doppelte zu steigen. Auch hier versäumten es die Medien abzubilden, was die Bevölkerung anscheinend beschäftigte.

Welzers und Kellers Artikel ist offensichtlich eine sehr gerichtete Untersuchung, die im Falle der fünf ausgewählten internationalen Experten zurecht bezüglich einer voreingenommenen oder intransparenten Methode kritisiert werden kann. Mit dem Vergleich der Medienberichterstattung und der Twitterpostings konnte jedoch recht eindeutig eine Diskrepanz zwischen den beiden medialen Sphären nachgewiesen werden. Die aktiven Twitternutzer*innen gaben nicht nur Sarah Wagenknecht und Alice Schwarzer, Erich Vad und der AfD mehr Gewicht, sondern beim Thema der Waffenlieferungen auch einer möglichen Eskalation des Kriegs bis zum Atomkrieg. Da dies theoretisch auch nur bedeuten könnte, dass gewisse in den Medien vernachlässigte Meinungen auf Twitter stärker vertreten sind, sind die Ergebnisse der Meinungsforschungsinstitute vieldeutig. Diese statistischen Erhebungen zeigen schließlich, dass diese Themen doch rund 40% der Bevölkerung beschäftigen, was in den Medien, wie auch die Mainzer Studien bestätigt, nicht widergespiegelt wurde. Auch die Provinzialisierung und Konzentration auf deutsche Spitzenpolitiker*innen wird in der Mainzer Studie bestätigt.

Die in der Mainzer Studie nachgewiesene, überwiegend sehr positive Darstellung von Waffenlieferungen und negative Bewertung von Verhandlungen in fast allen Medien außer dem Spiegel bestätigen Welzers Thesen ebenso und man bekommt im Fazit, in dem die OBS-Autoren die Journalisten rechtfertigen, das Gefühl, dass die Autoren die von Welzer kritisierte Auffassung teilen, die Rolle des Journalismus sei „für richtig Erkanntes unters Volk zu bringen“ und nicht, die Gesellschaft abzubilden.

Anmerkungen

1 Precht, Richard David und Harald Welzer: Die vierte Gewalt. Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist. S. Fischer, Frankfurt am Main: 2022.

2 Keller, Leo und Harald Welzer: Die veröffentlichte Meinung. Eine Inhaltsanalyse der deutschen Medienberichterstattung zum Ukrainekrieg. S. Fischer, Frankfurt am Main: 2023

3 Prof. Marcus Maurer, Dr. Pablo Jost und Dr. Jörg Haßler: Die Qualität der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg. Forschungsbericht zu ersten Befunden otto-brenner-stiftung.de/[...]2022_Ukraine_Zwischenbericht.pdf 15.12.2022 und ebd.: [abschließender] Forschungsbericht für die Otto Brenner Stiftung otto-brenner-stiftung.de/[...]2023_Ukraine_Berichterstattung_Endbericht.pdf 31.1.2023.

4 Wirklich bemerkenswert ist jedoch, dass der Spiegel, ein ursprünglich durch die damaligen amerikanischen Besatzer gegründetes Medium, eigentlich das Bekenntnis zum transatlantischen Bündnis in seiner Satzung festgeschrieben hat und trotzdem diese Abweichung wagt.

5 Krämer, Dorothée: Studie: Medien waren zum Ukrainekrieg regierungskritisch & differenziert. volksverpetzer.de 23.12.2022 und Andrej Reisin: Leitmedien berichteten weder durchgehend einheitlich noch regierungsfreundlich. In uebermedien.de 15.12.2022. Reisin hatte sich besonders auf Welzer eingeschossen: Acht von zwölf Beiträgen zu Welzer auf uebermedien.de stammen von ihm und sie strotzen vor abwertenden Zuschreibungen und cherrypicking.

6 Alle folgenden Zitate beziehen sich auf „Die veröffentlichte Meinung“ aus Fußnote 2.

7 Engelhardt, Marc: Das Verblassen der Welt. Auslandsberichterstattung in der Krise. otto-brenner-stiftung.de 2022.

Das Ende der Meinungspluralität

Ein journalistisches Beispiel aus der (friedensbewegten) Praxis

von Jürgen Wagner

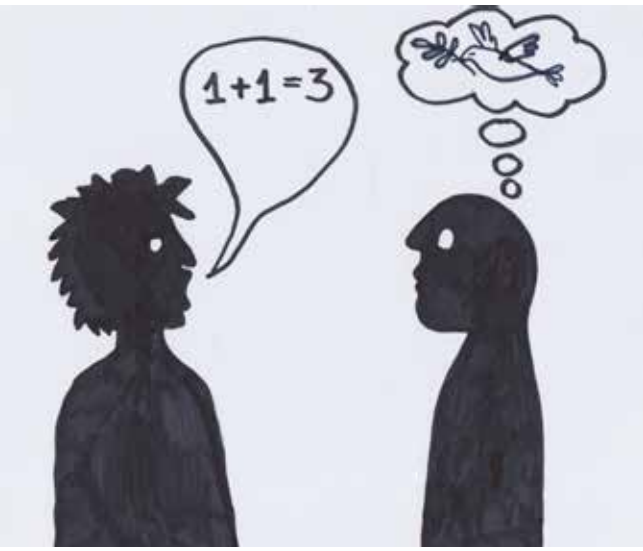
Wer seit dem 24. Februar 2022 die Berichterstattung verfolgt hat, konnte sich des Eindrucks wohl kaum erwehren, dass in Sachen Ukraine-Krieg eine erhebliche Diskrepanz zwischen der in den Medien und in der Bevölkerung existierenden Lesart des Konfliktes existiert. In ihrer überaus lesenswerten Studie „Die veröffentlichte Meinung“ lieferten Leo Keller und Harald Welzer anhand umfassender empirischer Recherchen den Beleg dafür, dass dies tatsächlich zutrifft (siehe den Artikel von Pablo Flock in dieser Ausgabe).

Darüber hinaus kommen Keller/Welzer in ihrer Recherche zu einem zweiten wichtigen Ergebnis, denn sie konstatieren ein fundamental verändertes Selbstverständnis aufseiten der Leit- wie auch regionaler Medien: „Auch wenn man hier noch einmal daran erinnern kann, dass es durchaus ein informationelles und argumentatives Gefälle zwischen veröffentlichter und öffentlicher Meinung geben kann und soll, scheint hier doch aufseiten des politischen Journalismus der Anspruch durch, die politische Debatte über diesen Fall von Krieg und Frieden leiten zu wollen. Damit wäre dem Journalismus eine Rolle zugewiesen, die ihm demokratietheoretisch nicht zukommt: von der kritischen Berichterstattung und Kommentierung hin zum politischen Aktivismus, von der Kontrolle zur Beeinflussung.“

Ein anschauliches Praxisbeispiel für die Befunde von Keller/Welzer erlebte der Autor vor einiger Zeit bei einem Vortrag in einer mittelgroßen deutschen Stadt. Auf Einladung verschiedener Friedensgruppen fand die Veranstaltung zum Thema Zeitenwende und Aufrüstung der Bundeswehr in städtischen Räumlichkeiten statt. Schon kurz nach der eigentlich sehr guten Veranstaltung meinten einige der rund 50 Besucher*innen, der einzige, dem es wohl ganz und gar nicht gefallen hätte, wäre der Journalist der örtlichen Zeitung gewesen. Als dann kurz darauf der Bericht über die Veranstaltung erschien, wurde sehr klar, dass dieser Eindruck nicht getäuscht hatte.

Erstaunlicherweise räumte der Autor des Zeitungsbeitrags zwar ein, im Vortrag bzw. in der anschließenden Diskussion sei der russische Krieg „immerhin“ als völkerrechtswidrig kritisiert worden. Was ihn aber „fassungslos“ machte, war augenscheinlich, dass auch die NATO kritisiert und ihr eine Mitverantwortung bescheinigt wurde. Dies brachte ihn so in Rage, dass er in dem Artikel von „Putin-Propaganda unter dem Dach der Stadt“ schrieb und vor dem „gefährlichen Relativismus“ warnte, der an diesem Abend verbreitet worden sei.

Bemerkenswert an dieser an sich eigentlich nur ärgerlichen Episode ist aber der Nachklapp: In mehreren Leserbriefen kritisierten Besucher*innen die Berichterstattung scharf, was zu einer E-Mail des Journalisten an einen der Organisatoren führte. Sie offenbart, wie sich der Journalist mit missionarischem Eifer und im Besitz der reinen Wahrheit, dazu berufen sieht, den Veranstaltenden hart an der Grenze der Beleidigung ins Stammbuch zu schreiben, was richtig und was falsch ist: „Im Fall des russischen Überfalls auf die Ukraine und die Frage, wer Schuld daran hat, KANN es eben keine zwei unterschiedlichen Meinungen geben. Allein Herr Putin ist hierfür verantwortlich. Das werden Sie vermutlich anders sehen. Aber genauso gut könnten Sie behaupten, dass 1 +1 = 3 ist.“



PR-Arbeit für die Ukraine

So inszeniert sich Kiew im Krieg

von Jörg Becker

Kiew – Bei der Bewertung von Berichten über den Ukraine-Krieg geht es nicht nur um guten oder schlechten Journalismus, sondern außerdem darum, ob sich hinter dem Journalismus auch andere Kräfte verstekken. Es geht um Public-Relations-, also PR-Agenturen, deren Tätigkeit sich seit dem Biafra-Krieg von 1967 bis 1970 nachweisen lässt.

Neben der rein staatlichen PR-Arbeit gegen Russland und für die Ukraine dürfen nicht die vielen privatwirtschaftlich arbeitenden PR-Agenturen mit ihrer Arbeit für die ukrainische Regierung vergessen werden. Nach einer Meldung aus der Fara-Abteilung (Foreign Agents Registration Act) des US-Justizministeriums, bei dem seit 1938 jede US-amerikanische PR-Agentur, die für eine fremde Regierung arbeitet, eine Genehmigung einholen muss, hatten im März 2023 allein aus den USA 25 Agenturen einen Vertrag mit ukrainischen Regierungsstellen.

PR-Firmen arbeiten für die Ukraine – und für Profit der Rüstungsfirmen

Zwar arbeiten viele dieser Agenturen kostenlos für die Ukraine, haben aber gleichzeitig gut bezahlte Verträge mit US-Rüstungsfirmen, für die sie sich in der Öffentlichkeit einsetzen, damit die US-Regierung mehr Waffen an das ukrainische Militär liefert. Es geht also um ein Dreiecksgeschäft: Gegenüber der Ukraine geht es um idealistische Solidarität, gegenüber den Rüstungsfirmen geht es um knallharten Profit.

Panzer, Drohnen, Luftabwehr: Waffen für die Ukraine

Unsere PR-Firma, so schreibt ein Antragsteller beim US-Justizministerium, „betreibt Lobbyarbeit bei Mitgliedern der US-Regierung, damit diese beim US-Verteidigungsministerium darauf hinwirken, dass die Ausgaben für militärische Rüstungsgüter und ähnliche Sachen erhöht werden. Diese Lobbyarbeit erhöht die Fähigkeit des ukrainischen Militärs, erfolgreich gegen das russische Militär vorzugehen.“

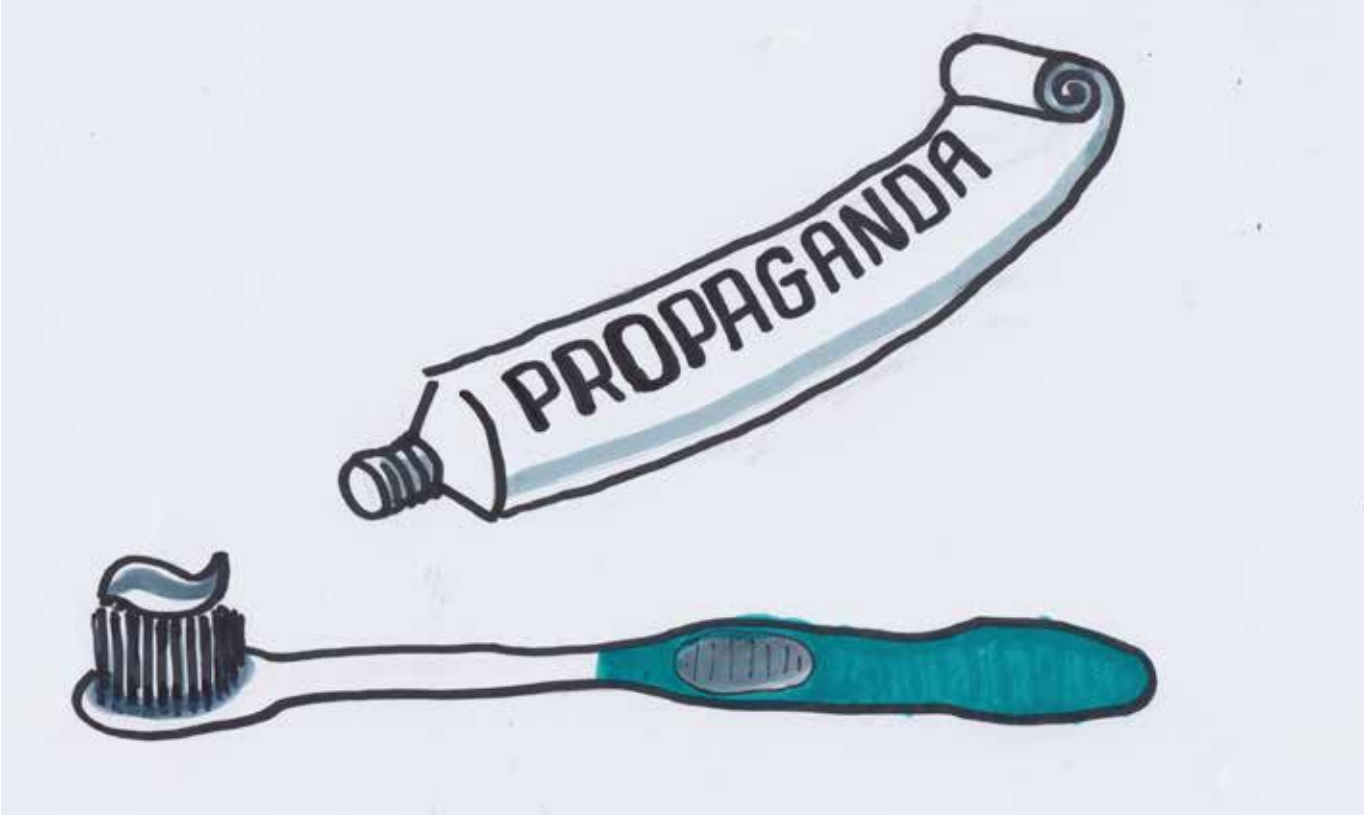
Während die Hauptaktivitäten der pro-ukrainischen PR-Kampagnen eindeutig in den USA liegen, gibt es auf europäischer Seite in England ein europäisches Netzwerk vieler PR-Agenturen, die sich für die Ukraine einsetzen. Zusammengefasst unter dem Namen „Ukraine Communications Support Network“ (UCSN) wurde dieses Netzwerk bereits am 22. März 2022 von der „Public Relations and Communications Association“ (PRCA) und der „International Communications Consultancy Organisation“ (ICCO) gegründet.

Diese Ratschläge geben PR-Agenturen im Ukraine-Krieg

Mit 1.200 Mitgliederfirmen ist die PRCA die größte Interessensvertretung aller PR-Unternehmen in Europa und mit 41 regionalen PR-Verbänden ist die ICCO der weltweite Dachverband aller PR-Verbände. Das UCSN wird von Nataliya Popovych und David Gallagher geleitet und koordiniert weltweit alle PR-Kampagnen für die Ukraine und gegen Russland. Die aktiv mitarbeitenden PR-Firmen und Einzelpersonen arbeiten kostenlos. Nataliya Popovych, eine Vertraute von Wolodymyr Selenskyj, ist Unternehmensberaterin, Immobilienmanagerin und Spezialistin für Fundraising und der US-Amerikaner David Gallagher ist Direktor der PR-Firma Lynn Global mit Sitz in Cardiff, Wales.

David Gallagher bezeichnet sich selbst als Spezialist im Kampf gegen Fehlinformationen und veröffentlichte die digitale Broschüre „Fighting Putin’s Propaganda. Narrative response toolkit“. Diese Broschüre gibt folgende Ratschläge für gelungene PR-Arbeit für die Ukraine:

- Solidaritätsbekundungen mit der Ukraine aus aller Welt
- Geschichten von Alltagshelden und menschlichem Interesse in der Ukraine
- Beispiele für Siege des ukrainischen Militärs oder Taten von Widerstand und Wut
- Inhalte, die ukrainische Freude, Einigkeit oder



Optimismus zeigen trotz aller Widrigkeiten
- Inhalte, die die Stärke von Selenskyj betonen
- Selenskyjs Stärke, Unverwüstlichkeit und Verbundenheit mit den Menschen im Gegensatz zu Putin, der einfach out ist.

Ein PR-Spezialist wie David Gallagher, der von sich stolz sagt, er baue seine PR-Strategien streng auf der wissenschaftlichen Grundlage der Verhaltenswissenschaft auf, weiß selbstverständlich über die Notwendigkeit von Feindbildern Bescheid.

- Beweise für russische Barbarei und angebliche Kriegsverbrechen
- Inhalte, die Russlands Kleptokratie zeigen und die extreme Ungerechtigkeit und Ungleichheit, über die Putin regiert

- Inhalte über das russische Militär, die peinlich sind, mangelnde Kompetenz zeigen oder ihre Niederlagen aufzeigen
- Inhalte, die Präsident Putin lächerlich machen, indem sie ihn schwach und isoliert erscheinen lassen.

Nach einem alten Selbstverständnis von Werbefachleuten kann jemand, der ein Konsumgüterprodukt erfolgreich verkaufen kann, auch Länder verkaufen. Schon 1932 hatte George Gallup, einer der vielen Väter der US-Propaganda- und Marketingforschung, gesagt: „Wenn das bei Zahnpasta geht, warum sollte es in der Politik nicht gehen?“ Über diesen Zynismus hat der Autor bereits in den 70er Jahren mit seinem 2010 verstorbenen Freund Anton Andreas Guha gesprochen, als dieser als Nato-Kritiker bei der Frankfurter Rundschau arbeitete.

Der Beitrag erschien in der Serie Friedensfragen in der Frankfurter Rundschau (siehe auch www.fr.de/friedensfragen). Wir bedanken uns für die Möglichkeit des Abdrucks.

Die Sozioökonomie des Journalismus

Wie Meinungsmacht, Digitalisierung und soziale Ungleichheit zusammenhängen. Ein Essay

von Alieren Renkliöz

Während die bürgerliche Presse linken Berichterstatter*innen aktivistischen Tendenzjournalismus vorwirft und behauptet, jede*r müsse sich an der vermeintlichen Neutralität ihrer Texte messen, berichten die großen deutschen Medienhäuser bei kriegerischen Konflikten meist einseitig und tendenziös. Es gibt eine vorherrschende Meinungsmacht. Magazine, die kritisch zu solchen Themen publizieren, wissen, wie schwer es ist, Autor*innen zu finden, die ihre nichthegemonialen Meinungen und Analysen kundtun. Wenn es um den Ukraine-Krieg oder um den Krieg in Gaza geht, gibt es diskursive Grenzen. Wer sie passiert, gefährdet seine Position in der Gesellschaft. Die Ausgangssituation ist repressiv. Die Politiker*innen oder Publizist*innen, die anders denken, setzen zu Beginn eines Radio-Interviews oft Marker, um Anfeindungen zu entgehen. Wenn ein*e Pazifist*in in den vergangenen Monaten über den Ukraine-Krieg sprach, dann betonte er*sie früh im Gespräch, dass es sich um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg handele. Das stimmt auch, aber die Vehemenz, mit der diese Aussage kommt, weist darauf hin, dass Angst eine Rolle spielt. Zwar kommen in den Randspalten und zu den schlechten Sendezeiten im Radio und Fernsehen auch differenzierte Sichtweisen zu diesen Konflikten vor, doch die Schlagzeilen weisen eine erschreckende Homogenität auf. Für die Aufrechterhaltung einer solchen gesellschaftlichen Situation spielen die sozioökonomische Herkunft der Journalist*innen, die Eigentumsverhältnisse an den Medienhäusern und die Logiken der sozialen Netzwerke eine Rolle; neben den klassischen Medienformaten Zeitungen, Radio und Fernsehen haben sich digitale Kommunikationsplattformen wie Facebook, X (ehemals Twitter), Instagram und TikTok längst zu relevanten Nachrichtenquellen entwickelt. Diese Plattformen verfügen eigenmächtig darüber, welche Inhalte sie zensieren. Das ist eine unglaubliche, wirklichkeitskonstruierende Macht. Viele Menschen bilden ihre Meinung auf diesen Plattformen. Zunehmend reagieren nicht die sozialen Netzwerke auf die Zeitungen, sondern die Zeitungsmachenden auf die sozialen Netzwerke.

Die Illusion unmittelbaren Dabeiseins

Auf den sozialen Medien beziehen Menschen Informationen[1] über Kriege scheinbar aus erster Hand über die Smartphones von Betroffenen. Das Geschehen auf den sozialen Netzwerken präsentiert sich den Konsument*innen nicht als eine subjektive und immer vorgeprägte Darstellung wirklicher Ereignisse, sondern als unmittelbare Erfahrung – als wäre man selbst dabei. So wird Betroffenheit zum Modus der Informationsbeschaffung. Das Bild- und Videomaterial wirkt stärker als eine fünfseitige Reportage, die um verschiedene Perspektiven und komplexe Darstellungen bemüht ist. Es ist zudem schneller lieferbar, weswegen selbst Journalist*innen teils erst durch Material auf den sozialen Netzwerken von einem kriegerischen Konflikt mitbekommen und dann unter dem Eindruck polarisierter Kommentarspalten ihre Texte schreiben. Auch die Berichterstatter*innen sind Konsument*innen. Auf welche Seite sich ein*e solche Nachrichtenkonsument*in stellt, kann er*sie dabei wie in einem Videospiel entscheiden – die Gegenposition, die die eigene Sicht in einen anderen Kontext rücken könnte, wird oft als feindlich wahrgenommen. Meist hört man sie nicht einmal mehr, denn die Algorithmen kreieren Filterblasen, in denen Konsument*innen v.a. Informationen erhalten, die ihr eigenes Weltbild bestätigen. Die Diskurse auf den sozialen Netzwerken ähneln Menschen, die im Gebirge rufen, nur sich selbst hören und meinen, die Antwort eines anderen zu erhalten. In einer solchen Echokammer gibt es kein wirkliches Gespräch, denn dieses braucht den anderen, der mir nicht dauernd zunickt, sondern mich infrage stellt.

Algorithmen sind ein gesellschaftsbestimmender Faktor und niemand kann sich ihrem Einfluss entziehen, auch nicht jene, die bei keinem sozialen Netzwerk einen Account erstellen. Denn auch sie lesen Berichte von Menschen, die geprägt sind von der Informations-

kultur auf den sozialen Netzwerken oder unterhalten sich mit Leuten, die ihre Nachrichten mit Vorliebe auf der Kloschüssel sitzend ihrem Smartphone entnehmen. Es ist bekannt, dass die Algorithmen, die bestimmen, was ein Konsument sieht oder nicht, extreme Meinungen bevorzugt behandeln[2] und, dass auf sozialen Netzwerken Propaganda-Instrumente wie Social Bots eingesetzt werden.[3] Ihren Einsatz kann sich jede*r ermöglichen, der*die über das nötige Kapital verfügt. In einer solchen sozialen Situation, in der extreme Meinungen bevorzugt behandelt werden und fast alle Diskursteilnehmer*innen wichtige Informationen aus Echoräumen beziehen, braucht es nicht zu wundern, wenn auch Journalist*innen polarisieren, zu extremen Positionen tendieren und Stimmen, die eine andere Weltsicht kommunizieren, nicht aushalten. Die Dominanz der digitalen Informations- und Kommunikationskultur hat in den Jahren der Pandemie erheblich zugenommen. Durch Lockdowns, Videokonferenzen und vermehrte Zeit in der eigenen Wohnung und ohne physischen Austausch mit anderen Menschen wurde die digitale Kommunikation schlagartig zur Hauptkommunikationsweise. Damit wurden auch die Regeln der digitalen Welt und der sozialen Netzwerke noch relevanter als zuvor. Die durch Anonymisierung und das Fehlen eines physisch wahrnehmbaren Gegenübers enthemmten Kommentarspalten in den sozialen Netzwerken bevorzugen empathielose Kommunikationsstile. Die Bereitschaft, die*den Andersdenkende*n auszuschließen, ist von Links bis Rechts gängige Praxis geworden. Die Reflektion darüber, was die sozialen Netzwerke mit öffentlichen Debatten und der sozialen Atmosphäre machen, gerät angesichts ihrer Omnipräsenz in den Hintergrund.

Die sozioökonomische Herkunft der Journalist*innen

Die Homogenität der Berichterstattung in Deutschland rührt zu einem gewichtigen Anteil aus der Homogenität der sozioökonomischen Herkunft der Berichterstatter*innen. In deutschen Redaktionen gibt es weniger Arbeiterkinder und Menschen mit Migrationsgeschichte als in der Gesamtbevölkerung. Kinder von Beamt*innen, Selbstständigen und Angestellten sind hingegen überrepräsentiert. Sie stellen Zweidrittel aller Journalist*innen.[4] Diese Überbesetzung der Redaktionen mit Kindern der oberen Mittelschicht hat lange Tradition. Im Jahr 1980 waren fast 50 Prozent der männlichen Erwerbstätigen Arbeiter, bei den Journalisteneltern waren es hingegen nur rund neun Prozent.[5] Das liegt daran, dass der Beruf der*s Journalist*in sehr exklusiv ist. Um ein Volontariat zu erhalten, muss man möglichst viele Praktika vorweisen und schon als Freiberufler gearbeitet haben. Beides wird sehr schlecht bezahlt, sodass es Menschen aus einkommensstarken Familien leichter fällt, eine Karriere als Journalist*in zu beginnen.

So kommt es, dass vor allem die Mittelschicht Informationen und Meinungen produziert. Jene Leute also, die zwar arbeiten müssen, um ihre Existenz zu sichern, Arbeiter*innen und Wohnungslosen also weiterhin näher sind als der*m Kapitalisten*in, der*die vom Mehrwert fremder Arbeit lebt, sich aber eher mit der*m Multimillionär*in identifizieren als mit den Menschen auf der Straße. Wer nie am eigenen Leib Armut gespürt hat, wird die kapitalistische Klassengesellschaft, welche die BRD ist, nicht oder nur schwach thematisieren. Wessen Eltern ihren Renteneintritt mit

einer monatelangen Kreuzfahrt feiern, dem werden Enteignung, Basisdemokratie und Kommunismus als totalitäre Schreckgespenster erscheinen. Und wer als Kind von Beamt*innen gelernt hat, sich mit dem Staat zu identifizieren, der*die wird angesichts kriegerischer Konflikte zwischen kapitalistischen Staaten schwer auf die Idee kommen, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine, niemanden dazu zwingt, sich auf die Seite irgendeiner dieser Staaten zu stellen. Staatlichkeit selbst ist ein zunehmendes Problem.

Jede Zeitung verfolgt eine Blattlinie, ob sie links oder rechts, grün oder schwarz, marxistisch oder neoliberal ist. Hinzu kommt, dass es häufig Sprachregelungen gibt, die von Chefredakteur*innen ausgegeben werden. So etwas wie eine politisch neutrale journalistische Berichterstattung gibt es nicht. Schon die Entscheidung, welchen Themen man wie viel Raum gibt, ist eng verbunden mit der jeweiligen sozioökonomischen Perspektive der Redakteur*innen. Bürgerliche Menschen aus der Mittelschicht besetzen das Ideal der journalistischen Neutralität, um ihren subjektiven und von ihrer Klasse und Ethnie abhängigen Blick auf die Welt als eine objektive und über den Dingen stehende Perspektive zu verklären.

Berichterstattung auf dem kapitalistischen Markt

Anhand der Printzeitungen lässt sich gut nachvollziehen, wie es zu Medienkonzentration kommt und welche Bedeutung diese auf die Diversität der möglichen journalistischen Perspektiven hat. Zeitungen vertreiben Nachrichten auf einem kapitalistischen Markt. Dieser Markt setzt die Zeitungen unter Druck, denn das Produkt wird verdrängt. Laut Statista lag die Gesamtauflage der Zeitungen in Deutschland 1991 noch bei 27,3 Mio. Stück und 2023 nur noch bei 10,9 Millionen.[6] Das ist ein Minus von 60 Prozent. Zudem sind die Einnahmen im Werbegeschäft massiv eingebrochen. Zeitungen sterben weg. Wirtschaftswissenschaftler und Springer-Journalist Andreas Moring erklärt, dass als Folge dieser Entwicklung auf dem Zeitungsmarkt seit 2008 eine „Bereinigungswelle“ zu beobachten sei. Diese sei von Übernahmen, Verkäufen und Fusionen geprägt.[7]

Was der neoliberale Moring euphemistisch als Bereinigungswelle ausdrückt, ist eine Monopolisierung des deutschen Zeitungsmarktes. In vielen Regionen gibt es, wenn überhaupt, nur eine Lokalzeitung – das heißt es gibt keinen Konkurrenten, an dessen Berichterstattung die einzelne Zeitung sich messen muss. Auf lokaler Ebene kommt es so zu einseitiger Berichterstattung. Es kommt erschwerend hinzu, dass der Mantelteil der meisten Regionalzeitungen zentral erstellt wird. Der Mantelteil ist der überregionale Teil einer Regionalzeitung. Bis Anfang der 1980er Jahre waren die meisten Zeitungen Vollredaktionen. Die Redaktionen hatten also eigene Ressorts für Politik, Wirtschaft, Feuilleton usw. Der Trend ist aber, dass es immer weniger solcher Vollredaktionen gibt.[8] Dass viele Regionalzeitungen sich einen eigenen Politik-, Wirtschafts- und Kulturteil nicht mehr leisten können, führt dazu, dass es heute in absoluten Zahlen weniger Journalist*innen gibt, die über Überregionales schreiben als früher. Und das heißt, dass es eine niedrigere Meinungsvielfalt gibt. Meist erstellt eine große Zeitung den Mantelteil für die anderen und setzt damit Meinungsmacht.

Zudem befördern kapitalistische Produktionslogiken journalistischer Informationen einen Emotionalisierungsdruck der Berichterstattung. Clickbaiting – die gezielte Jagd nach Klicks bei online Medien – nagt an der journalistischen Qualität der Schlagzeilen und der Titelbilder. Schnelles Schreiben ist nötig. Das bedeutet aber, dass wenig Zeit für gewissenhafte Recherche besteht. Moralisierung zieht, Feindbilder auch. Leute lesen etwas eher, wenn es sie betroffen macht. Internationale Krisen werden dargestellt, als handle es sich um moralische Dilemmata. Dabei ist Moral nie handlungsleitendes Moment der Politik, sondern stets Mittel, um interessengeleitete Politik zu legitimieren. Moral mobilisiert die Bevölkerung. Gleichzeitig erschwert sie das Verständnis der realen politischen Zusammenhänge eines Konfliktes. Für die Aufrüstung der Bundeswehr wurde eine Moralisierungskampagne geführt. Die Regierung behauptete, man müsste Deutschland weiter militarisieren, um anderen helfen zu können. Die Interessen, die im Hintergrund stehen sind hingegen die imperialistischen Ambitionen Deutschlands, das, nachdem es im vergangenen Jahrhundert zwei Weltkriege entfachte, nun wieder von einer kriegstüchtigen[9] Bundeswehr spricht und sich unverhohlen als größte Militärmacht in Europa positionieren will.[10]

Soziale Ungleichheit verhindert Meinungsvielfalt

Die Sozialkürzungen, die das Kabinett Scholz vornimmt, um das deutsche Militär aufzurüsten, werden die Ungleichheit in den Redaktionen weiter verstärken. Ein Studium wird immer teurer. Hinzu kommt, dass das Bafög nur unzuverlässig fördert und die soziale Mobilität von Kindern aus den unteren Einkommensschichten sich verschlechtert. Bildungsaufstieg wird schwieriger. Diese wachsende soziale Ungleichheit trägt ihren Teil dazu bei, dass es der Berichterstattung in Deutschland an Vielfalt und Multiperspektivität mangelt und Themen wie Klimawandel und Kapitalismus nur so weit behandelt werden, wie es der*die Mittelschichtsdeutsche verdauen kann. Gezielte Programme für Arbeiterkinder in den Redaktionen sind hilfreich, aber wir sollten uns keine Illusionen machen:

Solange der Kapitalismus bestehen bleibt, wird er die Entstehung eines pluralistischen und propagandaresistenten Medienwesens zuverlässig sabotieren. Soziale Ungleichheit, d.h. die sie hervorrufende Klassengesellschaft, muss überwunden werden. Digitale Kommunikation könnte besser sein, wenn nicht profitorientierte Kapitalist*innen bestimmen, wer nach welchem System welche Informationen erhält, sondern eine demokratische Öffentlichkeit sich die Macht über die Räume, in denen sie debattiert, erkämpft. Nicht die Technik ist das Übel, sondern die Klasse, die ihren Entwicklungscharakter bestimmt. Ich fordere Enteignungen.

Auch journalistische Redaktionen sollten keine Eigentümer haben. Einzelne Chefredakteur*innen sollten nicht über die Redakteur*innen hinweg Artikel, Meinungen und Themen setzen können. Chefredaktionen sind nicht nötig, um guten Journalismus zu machen. Es braucht basisdemokratisch organisierte Redaktionen. Vergenossenschaftlichungen können ein Schritt in die richtige Richtung sein. Warum nicht ein Medienhäusersyndikat? Warum nicht aus zwei deutschen Weltkriegen lernen, die Bundeswehr auflösen und mit 100 Milliarden ein anderes Bildungswesen aufbauen?

Anmerkungen

1 Statista: Soziale Netzwerke als Nachrichtenquelle weltweit. de.statista.com; Ebd.: Soziale Netzwerke als Nachrichtenquelle in Deutschland. de.statista.com je abgerufen am 17.11.2023.; sowie: Hölig, Sascha und Leonie Wunderlich (2022): Instagram statt tagesschau? Die Rolle Sozialer Medien in der Nachrichtennutzung. Über Chancen und Risiken. link.springer.com.

2 Zweig, K.; Deussen; O. Krafft, T. (2017): Algorithmen und Meinungsbildung. Eine grundlegende Einführung. link.springer.com

3 Graber, Robin; Lindemann, Thomas (2018): Neue Propaganda im Internet. Social Bots und das Prinzip sozialer Bewährtheit als Instrumente der Propaganda. link.springer.com.

4 Weischenberg, Siegfried; Malik, Maja; Scholl, Armin (2007): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. link.springer.com.

5 ebd.

6 Statista. Entwicklung der verkauften Auflage der Tageszeitungen in Deutschland im jeweils 2. Quartal ausgewählter Jahre von 1991 bis 2023. de.statista.com

7 Moring, Andreas (2016). Entwicklung des deutschen Zeitungsmarktes. link.springer.com.

8 Pürer, H. Werner Faulstich (1995): Grundwissen Medien. link.springer.com

9 IMI-Aktuell 2023/718 Kriegstüchtigkeit & Nationalbewusstsein & IMI-Aktuell 2023/719 Kriegstüchtig? Völlig daneben!

10 Deutschland hat bald größte konventionelle Nato-Armee in Europa. spiegel.de 31.5.2022.

Faktenchecks

Der Anspruch der Wahrheit

von Pablo Flock

Die Fake News zur Corona-Krise, „Alternative Fakten“, das weltweite Aufblühen des (Rechts-)Populismus oder auch das „postfaktische Zeitalter“ – das Problem bekam viele Namen, gelöst ist es derweil immer noch nicht. Einer der Lösungsansätze, mit dem sowohl ein Abrutschen in eine undemokratische Zensur (bzw. was manche Stimmen als diese skandalisieren würden) einerseits, als auch das Verbleiben im „das sind einfach verschiedene Meinungen“ andererseits verhindert werden soll, ist Aufklärung. Gemeint ist die schwierige Aufgabe, die Medienkonsument*innen, gerade auch auf den Sozialen Netzwerken, über falsche, verkürzte, also unvollständige und falsch interpretierte Nachrichten und ihre Hintergründe zu informieren. Es ward eine neue journalistische Stilform geboren: der Faktencheck.

Die ersten darauf spezialisierten Webseiten des mittlerweile breiten Angebots an Online-Faktencheckern waren wohl Factcheck.org, die ab 2003 Politiker*innenaussagen überprüfte, und der Pulitzerpreisträger Politifacts, der 2007 begann. Ein Vorläufer war die US-amerikanische Webseite Snopes, die sich in den 1990er Jahren als Enzyklopädie für urbane Mythen gründete, seit Mitte der letzten Dekade aber auch ernstere Themen überprüft. 2014 war auch der deutsche Blog Volksverpetzer gegründet worden, der oft in beißender Sprache Fakten checkt und zwischendurch kurz zum drei Jahre älteren, österreichischen Faktenchekker Mimikama gehörte. Seit 2016, dem Jahr, in dem Donald Trump mit seiner an Verschwörungstheorien anschlussfähigen Kampagne die Wahl zum Präsidenten der USA gewann, betreiben auch das gemeinnützige Recherchekollektiv Correctiv, die dpa, das ZDF und die Tagesschau solche Webseiten. Die Projekte von Correctiv und der dpa sind beispielsweise auch Teil des International Fact-Checking Network (IFCN), dem auch die Faktenprüfer von Washington Post, Associated Press oder der französischen Le Monde angehören.

Eine neue beschreibende (?) Textgattung

Technisch beginnt ein Faktencheck meist mit einer Behauptung oder Nachricht, die auf den Sozialen Medien kursiert oder von mehr oder weniger prominenten Personen des öffentlichen Lebens geäußert wurde, denen dann anhand der im Artikel angebrachten Informationen bestimmte den Wahrheitsgehalt angebende Kategorien zugesprochen werden. Diese rangieren von wahr bis komplett frei erfunden und haben unterschiedliche Zwischenabstufungen wie ‚fehlende Belege‘ (lässt sich aber nicht falsifizieren) oder ‚aus dem Kontext gerissen‘. Manche, wie etwa der Faktenfinder der Tagesschau, sehen von solchen markanten Labels ab und geben nur die Fakten im Text wieder. Einige der genannten Redaktionen sind für diese Arbeiten auch von den Betreibern der Sozialen Medien wie Twitter (heute X) und Meta, der Mutterfirma von Facebook, Instagram und Co. oder Tech-Unternehmen wie Google engagiert. Ihre Checks werden dann direkt unter dem Post eines Users gepinnt, der eine solche Aussage oder einen solchen Artikel auf die Plattform stellt. Dies vermittelt den Factcheckern natürlich eine privilegierte Sichtbarkeit und Reichweite.

Angesichts dieser schreibtechnischen Herangehensart und aus journalistischen Grundsätzen heraus besonders auch (wo zutreffend) wegen der privilegierten Erscheinungsform und Macht der offiziellen wahr/falsch Klassifikation, sollte der Faktencheck unter die ‚objektiven‘ bzw. informativen der journalistischen Text- oder Darstellungsformen fallen. Diese umfassen beispielsweise auch Nachrichten, Berichte und Meldungen und sollen nach der sogenannten Trennungsregel von den Meinungen vermittelnden Appelltexten wie Kritik, Kommentar oder Glosse getrennt werden. Eine solche Unterscheidung ist notwendig, um auch in gesellschaftlich umstrittenen Themenbereichen die Objektivität zu wahren.

Fakten im Nebel des Kriegs

Kriege sind, wie die aktuellen Auseinandersetzungen in der Ukraine und in Israel besonders pointiert zeigen, immer auch Auseinandersetzungen, in denen unterschiedliche Weltsichten über bestimmte Gebiete oder Ressourcen, diese betreffende Ansprüche und historische Narrative, die nicht zusammengebracht werden können, letztendlich der Gegenseite aufgezwungen werden sollen. Somit ist es kein Wunder, dass die Auseinandersetzungen im Informationsraum und die eigene strategische Kommunikation im heutigen sogenannten Informationszeitalter, wo Nachrichten und Narrative auf elektronischem Weg die nationalen Grenzen durchbrechen, an Bedeutung gewinnen. Während Aussagen selbst innerhalb wissenschaftlich recht gesicherter Themen wie dem Klimawandel oder der Corona-Pandemie sicher nicht in jeder Detailfrage leicht zu bestätigen oder zu entkräften sind, bergen kriegerische Konflikte für die Faktenchecker die Gefahr, dass einerseits nur Nachrichten, die potentieller Propaganda der Gegenseite entspringen, gecheckt werden. Andererseits steht zu befürchten und ist leider auch zu beobachten, dass bei solchen Prüfungen teilweise auch Fakten zurückgehalten werden oder nicht ausreichend in beide Richtungen recherchiert wird. Zudem rutschen Schreibstil und Sprache bei manchen „Faktencheckern“ durchaus ins Unsachliche und persönlich Angreifende ab. Doch um nicht Öl ins Feuer derer zu gießen, die Faktenchecks grundsätzlich ablehnen, wollen wir hier mit positiven Beispielen beginnen.

Factchecking the Factcheckers

So konzentriert sich zum Beispiel das Faktenchecker-Team von Correctiv durchaus auf eindeutig widerlegbare Informationen und zum großen Teil auch auf die Verifizierung von Bildern, mit denen Posts versehen werden. Ein Blick auf deren Twitter- oder auch Whatsapp-Kanal offenbart nahezu ausschließlich Posts, in denen Fotos und Videos benannt werden, die beispielsweise Straftaten von Geflüchteten, Menschenrechtsverletzungen durch die Hamas oder Israel zu zeigen vorgeben und dem entgegen stellen, wo diese Bilder vorher schon erschienen sind und dass sie deshalb nicht vom genannten Ereignis stammen können. Hier erscheint beispielsweise auch ein von der israelischen Regierung und ihrer Botschaft in Deutschland geteilter Post, der behauptet, ein totes Kind auf einem Foto aus Gaza sei eine Puppe – was widerlegt wird.[1] Zudem gibt es eine Reihe von Posts, die gefälschte Artikel von Medien wie Bild, USA Today, der BBC und anderen Medien, als solche entlarvt. Auch gefälschte Wahlplakate und falsche Übersetzungen bzw. Video-Untertitel von z.B. Erdogan, wo er behaupte, Palästina um jeden Preis zu verteidigen, sind Informationen, die einfach zu entkräften sind. Gleiches gilt für Beträge, die bestimmten Organisationen angeblich bereitgestellt würden, die tatsächlich aber keine dieser staatlichen Hilfen bekommen. Insgesamt scheint der Faktencheck von Correctiv also eine sehr einfache, hilfreiche und recht objektive Quelle zu sein.

Auch der Faktenfinder der ARD scheint im aktuellen Konflikt in Gaza auch pro-israelische Fake News unter die Lupe zu nehmen, was sich beispielsweise am Artikel „Irreführende Vorwürfe gegen ‚Pallywood’“ zeigt, wobei Pallywood als aus Palästina und Hollywood zusammengesetzter Code für angeblich gefakte zivile Opfer steht.[2] In einem anderen Faktencheck zu der Explosion, die ein Krankenhaus in Gaza zerstörte und hunderte zivile Opfer forderte, der passend mit „Was für die Version der israelischen Armee spricht“ betitelt ist, werden jedoch sehr einseitig die Open Source Untersuchungen von teilweise ungenannten Experten wiedergegeben. Es fehlen hingegen jegliche Informationen, die beispielsweise in einem Artikel von al-Jazeera eine Woche vorher veröffentlicht wurden. Dies ist etwas verdächtig, weil al-Jazeera zum Beispiel die Gruppe Forensic Architecture der Universität London zitierte, die den Krater so interpretierte, dass die verursachende Munition aus dem von Israel kontrollierten Nordosten gekommen sein müsste. Bestätigt wurde dies von den Audioermittlern der Gruppe Earshot, die zudem auch den von der israelischen Regierung veröffentlichten angeblichen Mitschnitt einer Unterhaltung der Hamas technisch zerlegte.[3] Auch der Faktenfinder zu „Russlands Strategie für Afrika“, der sehr detailgetreu verschiedene Aktionen russischer Strategischer Kommunikation in Afrika beschreibt, spart etwas an Details. Beispielsweise wird als prorussische Desinformation kritisiert, es würde „fälschlicherweise behauptet, Demonstranten hätten die französische Botschaft zerstört“ oder es seien „Videos verbreitet“ worden, „die angeblich die breite Zustimmung der nigrischen Bevölkerung für die Militärjunta zeigen sollten“. Während dies im Einzelfall, also bei bestimmten Videos oder dem Umfang des Schadens wohl stimmt, wird jedoch durch die Unterschlagung von Informationen, die vorher von der Tagesschau selbst berichtet wurden, ein unvollständiges Bild gezeichnet. Denn sechs Wochen zuvor wurde berichtet, dass zwar nicht die ganze Botschaft, sehr wohl aber ihr Eingangsbereich vandalisiert und in Brand gesetzt wurde und auch von den von Tausenden wiederholt mitgetragenen antifranzösischen Protesten zur Unterstützung der Junta wurde dort wie in allen Medien berichtet.[4] Es ist unwahrscheinlich, dass diese tendenziösen Auslassungen nur dem Stil des Autors Pascal Siggelkow zuzuschreiben sind, der die genannten Beispiele verfasste. Doch immerhin wird weder

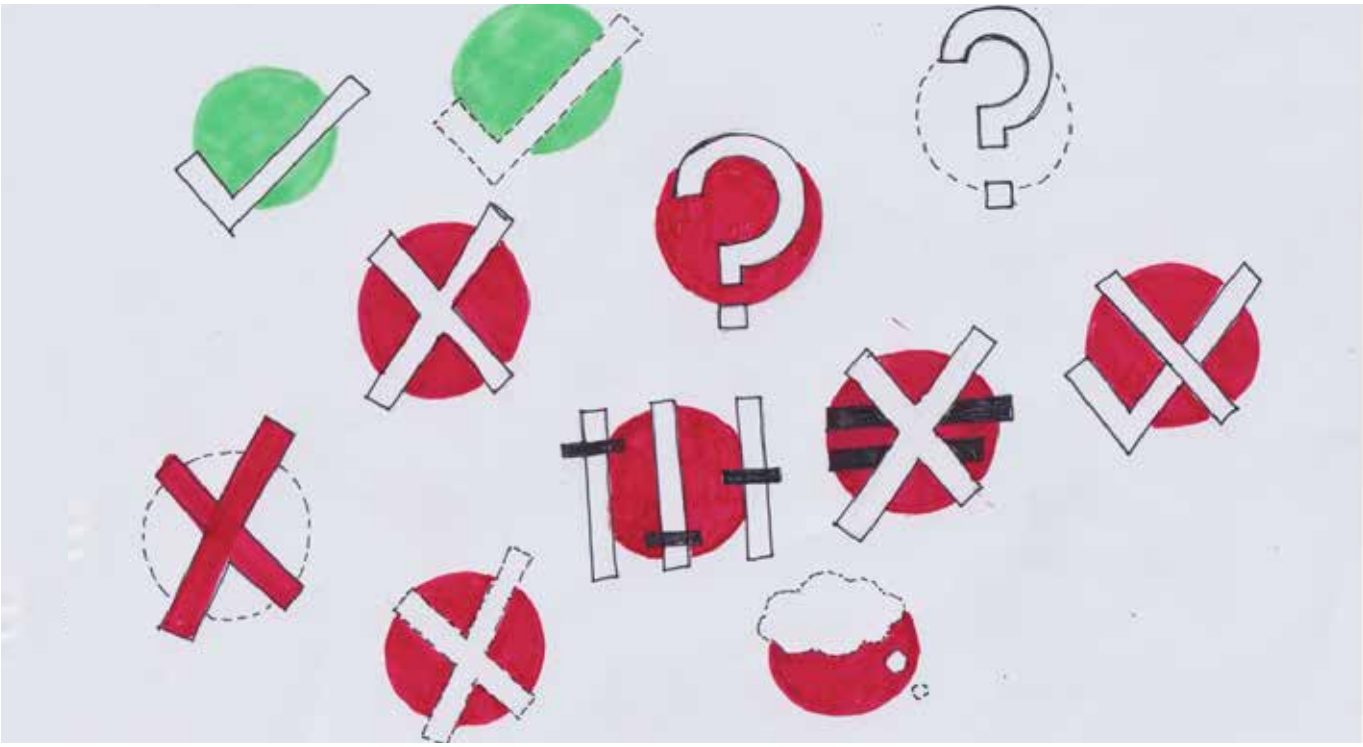
ein abschließendes wahr/falsch Urteil für komplexe Themen angemaßt noch wird diskreditierende Sprache verwendet. Dies ist nämlich leider keine Selbstverständlichkeit in diesem Geschäft mit den Fakten.

Anmaßende Meinungsblogs I: Mimikama

Überhaupt nicht mit Ruhm bekleckert haben sich jedoch die Blogs Mimikama und Volksverpetzer. Dass in beiden Blogs nahezu ausschließlich Nachrichten überprüft werden, die pro-russischen Positionen entstammen, ist schon auffällig, aber da rechte und pro-russische Kanäle in den Sozialen Medien die Fake-News-Strategie durchaus auf einem anderen Level praktizieren, nicht unbedingt aussagekräftig. Zumindest Mimikama überprüfte zum Teil jedoch auch Nachrichten, ohne Russland als ausgemachten Täter darzustellen. So bestätigt die Webseite zum Beispiel eine Feindesliste einer ukrainischen NGO, die angeblich Verbrechen gegen die nationale Sicherheit und die Menschlichkeit dokumentieren will, auf der neben dem ungarischen Präsidenten auch Journalist*innen und Blogger*innen genannt werden, und kommt zu dem Schluss: „Diese Liste stellt natürlich eine Gefahr dar."[5] Auch ein mögliches Kriegsverbrechen ukrainischer Soldaten wird dokumentiert und mit den beidseitigen Argumenten unterfüttert.[6]

Eher mit ideologisch-motivierten bewussten Unterschlagungen behaftet erscheint hingegen ein Artikel über die Frage, ob Boris Johnson Druck auf die Ukraine ausgeübt habe, aus den Friedensverhandlungen im April 2022 auszusteigen. Dieser vorgebliche Faktencheck ist, im Gegensatz zu den oben erwähnten, mit einem grünen Kasten für die Behauptung und einem roten Kasten für das Fazit Mimikamas versehen. In dem roten Kasten steht, dass Sarah Wagenknecht in einem Video behaupte, dass Boris Johnson und der Westen für die gescheiterten Friedensverhandlungen verantwortlich seien.[7] Sich eigentlich selbst widersprechend weisen sie jedoch weiter unten im Text darauf hin, dass Sarah Wagenknecht – tatsächlich korrekt zitierend – diese Aussagen nur im grammatikalischen Konjunktiv machte. Skandalisiert wird dies damit, indem die Faktenchecker es darauf zurückführen, dass Wagenknecht sich „über die Jahre ihrer politischen Karriere den Ruf erarbeitet" habe, „eine hervorragende Rhetorikerin zu sein." Deshalb sei „anzunehmen, dass sie die Worte bewusst ausgewählt" habe. Noch schockierender ist diese Skandalisierung deswegen, weil Boris Johnson im grünen Fazit-Kasten nicht im Konjunktiv zitiert wird („Putin sei..."), sondern seine Aussage nach einem Doppelpunkt als Fakt ausgeschrieben wird: „Putin ist nicht vertrauenswürdig." Diese Darstellungsform grenzt nicht nur an Suggestion und wird noch dadurch verstärkt, dass durchaus nicht alle Fakten, die zu dem Zeitpunkt bekannt waren, im grünen Kasten genannt werden. Dort steht, es gebe keine verlässlichen Quellen für Wagenknechts „Aussage" und dass der einzige Ursprung der Behauptung der namentlich nicht genannte Informant der ukrainischen Zeitung Ukrainska Prawda sei. Statt den Kasten jedoch mit weiteren Informationen zu füllen, die für die Bewertung des Wahrheitsgehalts der Aussage im roten Kasten wichtig wären, wird der Platz genutzt, um Johnsons Meinung (!) suggestiv als Fakt darzustellen und zu untermauern. Zudem ist zumindest in einem Screenshot einer Twitterdiskussion weiter unten auch der Ausschnitt eines Artikels des renommierten US-Magazins Foreign Affairs[8] zu sehen, in dem steht, dass auch verschiedene hochrangige Vertreter der USA gegenüber dem Magazin ähnliches bestätigt hätten. Russland und die Ukraine hätten sich darauf verständigt, dass sich Russland hinter die Linie vor seiner Invasion zurückziehen und die Ukraine auf ihre NATO-Mitgliedschaft verzichten würde. Der Artikel wird ebenfalls nicht in den Absatz miteinbezogen, wo diskutiert wird, ob Russland diese Zusage überhaupt je gemacht habe, was schlussendlich negiert wird.

Auf IMI-Nachfrage, inwieweit Wagenknecht mit ihrer grammatikalisch korrekten Zitierweise Fehler begangen habe und warum sie dies dann als ihre Aussage deklarieren, warum sie selbst Johnson auf diese suggestive Weise zitieren und warum solche, aus geheimen Verhandlungen für gewöhnlich meist anonym durchgestochenen Nachrichten nun als unglaubwürdig gelten, antwortete Mimikama nicht. Ebenso wenig geantwortet wurde auf die Frage, was mit solchen Factchecks geschieht, wenn neue Informationen aufkommen – so wie die Äußerungen des ehemaligen israelischen Premierministers, Naftali Bennett, der ebenfalls an den Ver-



handlungen teilgenommen hatte und der die Sabotage der USA und Großbritanniens in den Verhandlungen beschrieb. Auch Putins Herumreichen eines vorgeblich aus den Verhandlungen stammenden unterschriebenen Dokuments bei einem Treffen mit afrikanischen Staatschefs im Juli 2023 wäre eine wichtige Ergänzung der präsentierten „Fakten“ gewesen. Bezüglich Fragen nach ihren Regeln für Faktenchecks und die Unterscheidung zu ebenfalls auf dem Blog veröffentlichten Meinungsartikeln gab es nur die Antwort, ihre „Autoren genießen eine kreative Freiheit, was Form und Ausdrucksweise ihrer Artikel betrifft“. Zu der Frage der Darstellung von Johnsons Meinung im grünen Kasten gab es auch keine Äußerung, nur „der erwähnte Artikel stammt von einem ehemaligen Teammitglied, das inzwischen nicht mehr bei uns tätig ist. Insofern kann ich nicht detailspezifisch beantworten, welche Gedanken sich der Autor bei einzelnen grammatikalischen Formen gemacht hat.“

Anmaßende Meinungsblogs II: Volksverpetzer

Ein weiterer Blog, der seinen Ruf als Faktenchecker einerseits dadurch in den Vordergrund stellt, dass er „Keine Demokratie ohne Fakten“ im Logo stehen hat, und ihn andererseits dafür missbraucht, tendenziös und diffamatorisch Narrative zu verbreiten, ist der Volksverpetzer. In einem Artikel deutet der Blog eine „strategische Allianz“ zwischen Linkspartei und AfD an, indem er vorgibt, Äußerungen von Wagenknechts Parteikollegin Sevim Dagdelen auf den Prüfstand zu stellen.[9] Die Ähnlichkeit einiger Positionen bezüglich des Ukrainekriegs und des transatlantischen Bündnisses dieser damaligen Gruppe in der Linkspartei, die nun ja im Bündnis Sarah Wagenknecht abgespalten ist, mit denen der AfD – die sich entgegen all des von ihr vertretenen Militarismus nun als Friedenspartei zu inszenieren sucht – muss nicht bestritten werden. Trotzdem ist die Taktik des Blogs, dies durch falsches Zitieren, auslassen von Fakten etc. darzustellen, nicht nur tendenziös und diffamatorisch, sondern vor allem keines Faktenchecks würdig.

Den Vorwurf an die Abgeordnete, „Halbwahrheiten sowie Verschwörungstheorien verschiedener Art“ zu verbreiten, muss sich der Blog also zurückgeben lassen. Mehrfach wird Dagdelen aus einem Interview mit dem US-amerikanischen Sender Democracy Now![10] so zitiert, als würde sie Verantwortungen undifferenziert irgendwelchen Eliten zusprechen, wie es rechte und verschwörungstheoretische Blogs tun – oft auch mit dem antisemitischen Zusatzcode „globalistische Eliten“. Dies unterschlägt jedoch, dass der Begriff Eliten, wenn genauer definiert welche, ein gängiger Begriff in den internationalen Beziehungen ist, der Top-Akteure bestimmter Gruppen beschreibt, und dass Dagdelen diesen Begriff tatsächlich immer nur mit Spezifizierung, wie „neokonservative Eliten“, Eliten der Fracking-Industrie oder denen des Militärisch-Industriellen-Komplexes verwendet – wobei letzteres wiederum ebenso ein aus der Wissenschaft kommendes Konzept ist. Ebenso hatte Dagdelen nicht generell diese Eliten in die Verantwortung dafür gezogen, einen Keil zwischen Deutschland und Russland treiben zu wollen, sondern direkt und beim Namen den Strategen genannt, der das gesagt hatte. Diese Liste ließe sich weiterführen, wofür hier jedoch nicht der Platz ist. Der Blog prangert zum Teil gewisse Äußerungen an, die

jüngere Linke bzw. viele in der Partei gebliebene wohl durchaus als verschwörungstheoretisch sehen würden, beispielsweise dass Dagdelen von „mainstream media“ spricht wo sie nach „mass media“ gefragt wurde, oder dass sie sehr bestimmt nur Bellizisten und internationalen Druck dafür verantwortlich macht, dass Christine Lambrecht abtrat.[11] Die dargestellte Allianz mit der AfD und Diffamierung als Verschwörungstheoretikerin, wo sie doch größtenteils sachlich Einflüsse auf die deutsche Politik beschreibt, berechtigt dies jedoch nicht. Auch weil er sie nicht widerlegt, sondern nur Ähnlichkeit mit anderen Narrativen (z.B. der AfD) darstellt. Ein Faktencheck sieht anders aus.

Strategische Kommunikation von oben und unten

Nur am Rande erwähnt sei auch Eu vs Disinfo, das als „Vorzeigeprojekt der EU, geführt von der East StratCom Task Force“ beschrieben wird.[12] StratCom steht für Strategische Kommunikation, die beispielsweise bei Wikipedia faktisch als Propaganda beschrieben wird, nämlich als „Text- und Medien-gestützte Aktivitäten, mit denen (...) Organisationen bei ausgewählten Zielgruppen die Verbundenheit mit ihren politischen, ökonomischen, rechtlichen oder anderweitig motivierten Interessen halten oder stärken möchten.“ In Anbetracht dieser Einbindung in eine nach Osten gerichtete Agenda ist wohl kaum eine sachliche und neutrale Darstellung von Fakten beabsichtigt oder zu erwarten. Die Artikel kommen zudem auch meist mit rund fünf (bis 15) Sätzen als Antwort auf ein kurzes Narrativ aus, die kaum Fakten zusammentragen und meist mit „Verschwörungserzählung ohne Belege“ oder „…ist Teil einer laufenden Desinformationskampagne des Kremls“ beginnen. Die Narrative sind entweder in der deutschen Öffentlichkeit so unbekannt, dass auch der Autor dieses Artikels, der sich seit Jahren mit Verschwörungstheorien und verschiedenen Öffentlichkeiten beschäftigt, sie nicht gehört hat oder sie beinhalten so umfassend große Themen, wie „Russland attackierte die Ukraine wegen dem Bruch des Minsk Abkommens“ oder „die Ukraine verblasst in der Agenda des Westens“, dass sie wohl kaum in zehn Sätzen erklärt und widerlegt werden können. Auch wenn dieses „Vorzeigeprojekt“ sicherlich einiges an Ressourcen von der EU verschluckt, ist es als Faktencheck offenbar so wenig ernsthaft gedacht, dass es kaum Aufmerksamkeit hier verdient.

Viel schockierender als die Oberflächlichkeit eines solchen sogar als Strategische Kommunikation betitelten Projekts, ist doch wahrlich die Vorgabe der genannten Meinungsblogs, angeblich sachlich Fakten zu überprüfen und dabei nur als Verstärker der medial propagierten allgemeinen Meinung zu fungieren (vgl. mit dem anderen Artikel des Autors zu Welzer und Co. in diesem Heft) und der Faktenfinder der öffentlich-rechtlichen Sender (bzw. der hier untersuchten ARD), die weithin verfügbare und z.T. selbst veröffentlichte Informationen auslassen. Dies soll jedoch keineswegs die Praxis des Fakten-Checkens und diese gesammelt zu veröffentlichen diskreditieren. Wie die Faktenchekker von Correctiv zeigen, und wie es viele der anderen in weniger polarisierten Themen sicher auch können, gibt es eine Flut an falschen Behauptungen, nicht kenntlich gemachten Symbolbildern oder gefälschten Artikeln und Übersetzungen, die leicht widerlegt werden können und somit ungerechtfertigte Aufschreie und Unruhen in der Gesellschaft verhindern können. Misstrauisch sollten die Leser*innen jedoch immer da bleiben, wo ganze Narrative und Meinungen auf einmal vorgeblich widerlegt werden.

Anmerkungen

1 Schmitt, Sarah: Puppe statt totes Kind in Gaza? Warum es keine Belege für diese Behauptung gibt correctiv.org/faktencheck 1.11.2023.

2 Siggelkow, Pascal: Irreführende Vorwürfe gegen „Pallywood“. tagesschau.de/faktenfinder 30.10.2023.

3 Siggelkow, Pascal: Was für die Version der israelischen Armee spricht. tagesschau.de/faktenfinder 26.10.2023. versus: Investigations reveal discrepancies in Israel’s Gaza hospital attack claims. aljazeera.com 20.10.2023.

4 Siggelkow, Pascal: Russlands Strategie für Afrika. tagesschau.de/faktenfinder 14.9.2023 versus: ECOWAS droht mit „Einsatz von Gewalt“. tagesschau.de 30.7.2023.

5 Wolf, Andre: Viktor Orban auf ukrainischer „Feindesliste“. mimikama.org 11.5.2022.

6 Mühl, Nicole: Zeigt Video ukrainisches Kriegsverbrechen? mimikama.org 31.3.2022.

7 Hat Boris Johnson wirklich interveniert, um das Ende des Ukraine-Krieges zu verhindern? mimikama.org 4.11.2022.

8 Hill, Fiona und Angela Stent: The World Putin Wants. foreignaffairs.com 25.8.2022; hier einsehbar: archive.ph.

9 Meisner, Matthias: Kampf für den Kreml: Allianzen von Linke & AfD in der Ukraine-Politik. volksverpetzer.de. 29.1.2023.

10 As Germany & U.S. Agree on Tanks for Ukraine, German MP Accuses U.S. of Pushing Berlin into Proxy War. democracynow.org 25.1.2023.

11 Zwar gab es durchaus einiges an Druck auf die ehemalige Verteidigungsministerin Lambrecht abzutreten, was sich zum Beispiel an Titeln wie „Lambrecht unter Druck“ von Tagesschau, SZ, Tagesspiegel und t-online widerspiegelt, was dort jedoch nicht nur auf ihr gemäßigtes ‚nur Helme liefern‘ zurückgeführt wird.

12 Siehe: Euvsdisinfo.eu und ebenfalls: Eric Bonse: Wie EU und NATO gegen Desinformation vorgehen. Download PDF: medien-meinungen.de 6.10.2021.

Feindbild China

Eine Bestandsaufnahme

von Renate Dillmann

China hat hierzulande keine gute Presse: Uiguren, Hongkong, Überwachungsstaat, Taiwan. Das Land wurde zwar auch schon früher durchweg misstrauisch beäugt. In den Mao-Zeiten galt es als „gelbe Gefahr“ und seine Einwohner firmierten als „blaue Ameisen“ – was heute vielleicht als politisch unkorrekt gelten würde. Die Wende der kommunistischen Staatspartei hin zu Öffnung und Kapitalismus wurde dann im Westen erleichtert bis euphorisch begrüßt. Deutsche Unternehmer und Politiker waren ganz vorne dabei, als es darum ging, Beziehungen zu knüpfen und erste Joint Ventures zu gründen.

Kaum aber stellte sich heraus, dass an diesen Geschäften auch chinesische Firmen verdienten und sich zu weltmarktfähigen Konkurrenten entwickelten, kaum wurde deutlich, dass Chinas Regierung sich keineswegs so behandeln ließ, wie man es von anderen „Dritte-Welt-Staaten“ gewohnt war, gingen die Beschwerden los. Und aktuell vergeht kaum eine Woche, ohne dass ein neues Thema gewählt wird, um China gegenüber der Weltöffentlichkeit ins moralische Abseits zu stellen.

Deutscher Blick auf China

Zunächst – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – ein Blick auf die Titel einiger Veröffentlichungen zu China in den vergangenen 20 Jahren: „China – eine Weltmacht kehrt zurück“ (Konrad Seitz 2000), „Herausforderung China“ (Wolfgang Hirn 2005), „Das asiatische Jahrhundert“ (Karl Pilny 2005), „Globale Rivalen – Chinas unheimlicher Aufstieg und die Ohnmacht des Westens“ (Eberhard Sandschneider 2007) und dazu die zeitweise im Jahresrhythmus veröffentlichten Bücher des Handelsblatt-Journalisten Frank Sieren wie zum Beispiel „Der China-Schock: Wie Peking sich die Welt gefügig macht“ (2008) bzw. „Zukunft? China!“ (2018). Weiter: „Drachentanz. Chinas Aufstieg zur Weltmacht und was er für uns bedeutet“ (Matthias Naß 2021), „Chinas Griff nach dem Westen“ (Geinitz 2022), „China First“ (Sommer 2019), „Lautlose Eroberung“ (Hamilton/Ohlberg 2020), „Ende der China-Illusion“ (Oertel 2023), „Die dreckige Seidenstraße“ (Mattheis 2023). Insgesamt eine wirklich fast endlose Reihe mit der immer gleichen Fragestellung.

Was bedeutet das „neue China“ für Deutschland und seine Erfolge auf dem Weltmarkt bzw. in der Staatenkonkurrenz? Das ist die offenbar selbstverständliche Fragestellung, mit der sich deutsche Wissenschaftler und ihre populären Dolmetscher einer „Länderanalyse“ zuwenden. Diese Wahrnehmung Chinas als neuer und mächtiger Konkurrenz bringt einerseits durchaus eine gewisse Hochachtung hervor. Doch zugleich verraten bestimmte Vokabeln die vorherrschende Sorge: „Herausforderung“, „unberechenbar“, „Bedrohung“, „Schock“. Das ist aufschlussreich. Offensichtlich ist es nicht so, dass sich der Rest der Staatenwelt und mit ihm seine Völker unbefangen freuen, wenn es einem Land gelingt, Armut und Unterentwicklung hinter sich zu lassen.

Erinnern wir uns einmal kurz an die seit den siebziger Jahren gern propagierte Vorstellung von den „Entwicklungsländern“. Die sah bekanntlich so aus, dass sich die aus dem Kolonialismus entlassenen bzw. befreiten Staaten in den Weltmarkt integrieren sollten, um sich dort – mit Unterstützung der erfolgreichen westlichen Nationen – „zu entwickeln“, mit dem Versprechen, ökonomisch und politisch zu ihnen aufzuschließen. Und gerade vom maoistischen China – dem weltgrößten „Entwicklungsland“ – hatte der Westen jahrzehntelang verlangt, es solle von seinen sozialistisch-spinösen Ideen lassen. Jetzt, da sich das Land zum Kapitalismus gewendet hat und nach den Kriterien dieser ihm immerzu ans Herz gelegten Produktionsweise offenbar ziemlich vieles richtig macht und entsprechende Erfolge feiert; jetzt, da man es im Westen mit einem (dem einzigen!) „Entwicklungsland“ zu tun bekommt, das tatsächlich ökonomisch aufgeholt hat und den Nutznießern dieser Weltordnung auf Augenhöhe gegenübertritt – wie sieht die Reaktion aus?

Einerseits will man dem Erfolg, den dieses Land vorzuweisen hat, seinen Respekt nicht ganz versagen; andererseits bezweifelt man allerdings sehr entschieden, dass er mit rechten Dingen zustande gekommen ist. Der Produktivitätsfortschritt, der Chinas Weltmarkterfolge möglich macht, beruht, glaubt man unseren Journalisten, zum großen Teil auf Industriespionage und – man höre und staune! – purer Ausbeutung (von Mensch und Natur). Die Waren, mit denen das Land seine Devisen einheimst, sind nach allen Regeln der Kunst kopiert, gefälscht und vielleicht sogar vergiftet – natürlich nur in China! Die Geschäftsmöglichkeiten, die das Land unseren Unternehmen bietet, sind so gestrickt, dass die chinesischen Partner stets viel besser dabei wegkommen. Auf Dauer haben sich die chinesischen Kapitalisten so nicht nur ihren heimischen Markt gesichert (dessen Eroberung „wir“ offenbar fest für „uns“ verbucht hatten), sondern kommen uns jetzt auf allen Märkten dieser Welt in die Quere (was offensichtlich nicht in Ordnung ist, da „unser“ Besitzstand!). Allgemein zielen diese Berichte auf das eine Urteil: Chinas Aufstieg ist mit unlauteren Mitteln zustande gekommen. Seine Geschäftsleute agieren nicht kapitalistisch, sondern – es folgen bedeutsame Differenzierungen – „brutal“, „früh“- oder wahlweise auch „staatskapitalistisch“. Zu solchen Formulierungen greift, wer das Prinzip aus gutem Grund ungeschoren lassen, aber einen Vorbehalt gegen den vorbringen will, der es erfolgreich anwendet.

Vor allem aber wendet sich die deutsche Presse mit viel Ärger gegen den chinesischen Staat und die Führung seiner Kommunistischen Partei (KP). Zwar ist klar, dass man es einzig und allein dieser KP zu verdanken hat, dass die westlichen Geschäftsleute und Staaten mit China einen für sie inzwischen unverzichtbaren Zuwachs ihres Weltgeschäfts bekommen haben. Das hindert aber kaum einen westlichen Journalisten, genau in dieser KP ein eigentlich unerträgliches Hindernis zu sehen und sie dauernd zu attackieren – und das sicher ein ganzes Stück fundamentalistischer als diejenigen, die tatsächlich ganz praktisch Geschäfte in China machen oder mit der Regierung in Beijing zu verhandeln haben. Mit süffisantem Unterton kreidet man der chinesischen „Kommunistischen Partei“ an, dass es in ihrem Land schlimmste Ausbeutung, Korruption und soziale Missstände aller Art gibt – das wird von denselben Leuten notiert, die hier tagtäglich dem Volk vorhalten, dass sein Lebensstandard zu hoch, seine (Lebens-)Arbeitszeit zu kurz und überhaupt seine sozialstaatliche Vollkaskomentalität von gestern sei.

Der schlimmste Vorwurf, den man gegen die KP vorzubringen hat, ist allerdings der, dass diese Partei ihrem Volk das Wählen verweigert, jene demokratische Veranstaltung also, bei der Politiker darum konkurrieren, dass sie in den nächsten Jahren durchsetzen dürfen, was ohnehin „alternativlos“ feststeht: Die Geschäfte der Unternehmen und Banken müssen (wieder) laufen, die Wirtschaft muss wachsen, und dafür müssen unten die entsprechenden Opfer erbracht werden. Weil es das in China nicht gibt, lasse sich der ganze Staat dort auf eines zusammenkürzen: Er unterdrückt, er ist (was man hierzulande an keiner Maßnahme entdecken will) Gewalt gegen seine Gesellschaft – und dieses ziemlich eindimensionale Urteil lässt sich natürlich wieder unterschiedlich illustrieren:

- Niemand braucht zu wissen, wie viele Zeitungen es in China gibt und schon gar nicht, was in ihnen drinsteht, um in einer Frage ganz sicher zu sein: In der Volksrepublik wird die Pressefreiheit mit Füßen getreten. (Umgekehrt wundert sich anscheinend niemand darüber, dass unsere freie Presse ganz ohne jede Zensur die immer gleichen Kommentare produziert – und das nicht nur zu China.)
- Jeder weiß, dass China gemein mit seinen Oppositionellen verfährt, ob mit seinem Nobelpreisträger Liu Xiaobo, dem Künstler Ai Weiwei oder den Demonstranten in Hongkong. Ganz im Unterschied zu hiesigen Verhältnissen, wo erklärte Systemgegner bekanntlich als willkommene Bereicherung des Meinungsspektrums aufgefasst und in jede Talkrunde eingeladen werden. Und nebenbei: wo ein Ai Weiwei sofort zum Außenseiter wurde, als er von China- auf Deutschland-Kritik umschaltete.[1]
- Während bei uns „islamische Fundamentalisten“ und ihre störenden Parallelgesellschaften völlig zu Recht ins Visier genommen, verfassungsrechtlich einwandfrei als Terroristen bekämpft und öffentlich diffamiert werden, stellen wir uns in China ganz selbstverständlich auf die Seite der nationalen Minderheiten der Uiguren und Tibeter, deren separatistische Forderungen und gewaltsame Unruhen so eindeutig wie sonst nirgends auf der Welt gegen die böse Zentralgewalt sprechen.

Ökonomische Ausbeutung, rücksichtsloser Umgang mit der Natur, Korruption, ein ausgeprägtes staatliches Überwachungsbedürfnis und Repression gegenüber Oppositionellen und Separatisten, außenwirtschaftliche Expansion, militärische Aufrüstung (die ja nicht China erfunden hat, geschweige denn, dass es die größte Militärmacht ist) und geostrategische Positionierung, ja selbst die patriotische Begeisterung des Volks für seinen Staat (die man hier permanent einfordert) – im Falle China wird all das zum außerordentlichen Skandal stilisiert.[2]

Dabei weiß man selbstverständlich in den meisten Fällen sehr genau, dass es die genannten Hässlichkeiten in ähnlicher Form auch hierzulande gibt und Fälle offener Diskriminierung und politischer Unterdrükkung spätestens bei den von Deutschland und der EU

unterstützten „befreundeten Regierungen“ in Afrika, dem Nahen Osten und in Lateinamerika an der Tagesordnung sind. Doch das sind dann bloß „Ausnahmen“, korrigierbare Fehler, ist staatliches „Versagen“. In China dagegen desavouiert jeder einzelne Kritikpunkt ein für allemal „das System“ – zu verbessern ist da nichts, und „konstruktive Kritik“, die bei „uns“ ganz selbstverständlich jeder Form von Unzufriedenheit abverlangt wird, kann es nicht geben.

Umgekehrt werden Fakten, die das negative Bild dieses Staats etwas ins Wanken bringen könnten, nicht so gerne in den wichtigen Medien thematisiert. Chinas außerordentliche Erfolge bei der Bekämpfung absoluter Armut oder bei der Zurückdrängung von Wüsten durch Aufforstung passen offenbar nicht so richtig in das Bild, das die Mainstream-Medien vermitteln wollen.[3] Auch der Umstand, dass die Volksrepublik in Sachen alternativer Energieerzeugung und E-Mobilität das angebliche ökologische Musterland Deutschland längst hinter sich gelassen hat, ist eher den Fach- bzw. Unternehmerzeitschriften vorbehalten als dass man ihn dem breiten Publikum vermitteln möchte.

Ebenso wenig wollen die deutschen Medien sich und ihr Publikum im Falle Chinas mit Analysen und Hintergrundinformationen belasten, die das klare Bild von der geradezu bösartig-repressiven Staatsmacht gegen die ethnische Minderheit der Uiguren oder Hongkonger Studenten erschüttern könnten. Die Redaktionen der großen Medienhäuser könnten leicht auch selbst herausfinden, was einige linke Journalisten recherchiert haben: terroristische Aktionen uigurischer Fundamentalisten, deren geistige Führer als „Exilregierung“ derweil in München sitzen[4]; die zweifelhaften Ziele und das rüde Vorgehen der Demonstranten in Hongkong; die Merkwürdigkeiten um die dortige Galionsfigur Joshua Wong, der seit bereits fünf Jahren Verbindungen zu US-amerikanischen Thinktanks und zur CIA unterhält[5]. Zu einer differenzierten Analyse würde es unbedingt gehören, sich auch damit auseinander zu setzen. Zusammengefasst lässt sich bei dieser Art selektiver Wahrnehmung, missgünstiger Erklärung und im Grunde (völker-)verhetzender Information inklusive ihrer gebetsmühlenartigen Wiederholung von einem virulenten Feindbild sprechen.

Ein Feindbild verweist auf eine reale Feindschaft

Ein solches Feindbild entspringt einer sehr realen Konkurrenz und einer tatsächlichen, gerade erwachsenden Feindschaft. Die Gründe dafür liegen einerseits auf der Hand: China ist das neue ökonomische, politische und auch militärische Schwergewicht auf der Welt. Es macht den EU-Europäern, die ihrerseits die Dominanz der USA attackieren wollen, das Leben schwer, und die USA wiederum leiden darunter, dass ihre einzigartige Supermachtstellung angegriffen ist und sie dieses Land nicht in ihre Weltordnung einjustieren können.

Andererseits ist mit diesem lapidaren Befund noch nicht viel erklärt. Die wesentliche Frage, warum und um was alle Staaten konkurrieren und wieso sie das immer wieder in ein feindseliges, am Ende sogar kriegsträchtiges Verhältnis zueinander treibt, ist damit noch nicht geklärt – das allerdings wäre ein eigenes Thema. Die deutschen Medien jedenfalls können sich bei ihrem patriotischen Publikum darauf verlassen, dass es Vorbehalte gegen jedes „Ausland“ gibt. Ein Feindbild erzeugen müssen sie also erst gar nicht und könnten das auch nicht. Sie können allerdings die latent vorhandenen Vorbehalte unterfüttern und dabei durchaus – den Konjunkturen der deutschen Außenpolitik entsprechend – mal mehr und mal weniger Wind machen.

Anmerkungen

1 „Ausländer mögen sie dort gar nicht.“ spiegel.de 21.1.2020.

2 Rother, Carina und Andre Zantow: Aufrüsten für eine neue Weltordnung? deutschlandfunk.de 25.4.2021 und: Roubini, Nouriel: China versucht, einen Keil zwischen Europa und die USA zu treiben. wiwo.de 12.5.2023.

3 Anthony, Tamara und Daniel Satra: China – Armut staatlich abgeschafft. daserste.de 15.12.2019; sowie: Spannlang, Robert: Weltweit größte Aufforstungsfläche. holzkurier.com 7.11.2019.

4 Jörg Kronauer, Terror in Xinjiang, jungewelt.de 5.12.2019.

5 Zu den Demonstrationen in Hongkong und Joshua Wong: Christian Y. Schmidt in Konkret 1/2020 (»Trump, befreie uns. Die Pegida von Hongkong«) und Jens Berger, nachdenkseiten.de.

Im Fadenkreuz der „Zeitenwende“

Zivilklauseln als Schranken gegen Militarismus

von Chris Hüppmeier

Im Zusammenhang mit der gesamtgesellschaftlichen ideologischen Aufrüstung für die sogenannte „Zeitenwende“ ist auch die Auseinandersetzung um eine mentale Neuordnung der Hochschulen zu beobachten, mit der auch in diesem Bereich den Anforderungen einer postulierten „Kriegstüchtigkeit“ entsprochen werden soll. Dieser Agenda entgegen stehen die Zivilklauseln, die seit den 2010er Jahren an über 70 Hochschulen und Forschungseinrichtungen erkämpft wurden. Gerade das historisch gewachsene friedenspolitische Wesen der Zivilklausel bildet im gegenwärtigen ideologischen Kampf eine wirksame Schranke gegen den „Zeitenwenden“-Militarismus.[1] Im Folgenden soll eine kurze Chronologie des wissenschaftspolitischen Diskurses in den bürgerlichen Leitmedien seit der Zäsur der „Zeitenwende“ nachgezeichnet werden: Frieden, Wissenschaftsfreiheit und kooperativer Internationalismus stehen dabei im Fadenkreuz.

Momentum Ukraine-Krieg

Im Juni 2022, vier Monate nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine, veröffentlichte der deutsche Technikverband ACATECH ein Impulspapier, in dem vermehrt die Streichung der Zivilklauseln gefordert wird, um die öffentlichen Wissenschaften stärker auf die Erfordernisse „strategischer Souveränität“ Deutschlands auszurichten.[2] Dabei holt ACATECH zu einem interdisziplinären Rundumschlag aus, der den FAZ-Journalisten Gerald Wagner zu der bemerkenswerten Vermutung anregt, dass „sich Acatech vielleicht zu einer Thematik geäußert [hat], für die sie eigentlich gar nicht zuständig ist“.[3] Wagner sagt damit der Zivilklausel nicht nur eine gewisse Wirkungslosigkeit und damit Irrelevanz für den Aufrüstungsdiskurs nach, sondern unterstellt auch, dass die Zivilklausel in ihrem Friedensgebot den Anforderungen der „Zeitenwende“ bereits entsprechen würde. Die Einschätzung des FAZ-Journalisten unterschlägt, dass die Zivilklausel durchaus in der Hochzeit der Bewegung vielerorts eine wirksame Schranke gegen den militärisch-industriellen Komplex bildete, gerade weil die friedenspolitischen Wesenselemente das Bewusstsein vieler Hochschulen prägt.[4] Just sieben Monate später, im März 2023, sollte der Fall an der Universität Kassel eben jenen Beweis fortführen, als die Unileitung aufgrund der Zivilklausel Kooperationen mit Krauss-Maffei-Wegmann und Rheinmetall beendete.[5] Seitdem fokussieren sich die zentralen Strategien der „Zeitenwenden“-Akteure vor allem auf die Deutungen von Frieden, Freiheit und die Rolle der Hochschulen darin, die mit einer verstärkten nationalistischen Identitätsstiftung einhergehen.

Nationalisierung der Universitäten

Für die schrankenlose Indienstnahme der Hochschulen für den Aufrüstungszeitgeist wird zunehmend auf das friedenspolitische Bewusstsein der Zivilklausel fokussiert. Neben CDU-Chef Friedrich Merz, der die Abschaffung der Zivilklauseln forderte,[6] weil diese nicht „mehr zeitgemäß“ seien, sorgten auch zwei Gastbeiträge der Forschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) in der FAZ im August und September 2023 bundesweit für Schlagzeilen. Hierbei greift die Ministerin dezidiert drei Grundpfeiler der Zivilklausel an: Das Dual-Use-Dilemma, die Wissenschaftsfreiheit und internationale Wissenschaftskooperationen.

Das Dual-Use-Dilemma, also die vermeintliche Unlösbarkeit einer strikten Trennung von ziviler und militärischer Forschung, das bislang gegen die Zivilklausel-Aktiven in Anschlag gebracht wurde, soll künftig zumindest in einer Hinsicht „geklärt“ werden: „[F]ür die Sicherheit unserer Forschung“ und um einen „ungewollten Abfluss von Know-how“, insbesondere zum „systemischen Rivalen“ China, zu verhindern, müsse „die Möglichkeit einer militärischen Verwendung ziviler Forschungsergebnisse, selbst in der Grundlagenforschung mitgedacht werden“.[7] Mit dem richtigen Feindbild macht die Forschungsministerin möglich, was bis vor kurzem noch undenkbar schien.

Eine weitere Klarstellung macht die Ministerin in der Frage der internationalen Wissenschaftskooperationen: Um einen Technologieabfluss zu „systemischen Rivalen“ zu unterbinden, denn „[h]inter jedem chinesischen Forscher kann sich die Partei verbergen“, gehören Kooperationen künftig auf den Prüfstand – man dürfe dabei nicht „naiv“ sein.[8] Eine direkte Kampfansage an die friedenswissenschaftlichen Konzepte der Wissenschaftsdiplomatie, die insbesondere in der Geschichte der BRD bedeutend sind.[9]

Nicht zuletzt, und in dieser Logik konsequent, unternimmt die FDP-Ministerin eine weitere Deutungsverschiebung bei der grundgesetzlich verbrieften Wissenschaftsfreiheit. Wenn die Zivilklausel gerade die Verstrickungen deutscher Wissenschaften in Nazismus, Holocaust und totalen Krieg reflektiert und damit seither Wissenschaften vor eben jener kriegerischen staatlichen Vereinnahmung schützen soll (Art.5, Abs.3 GG), wird bei Stark-Watzinger dieses Grundrecht in eine „Freiheit zur Verantwortung“ verkehrt, in der Forschende „ihrer Verantwortung im Interesse unseres Landes gerecht werden können“.[10] Nicht die Verwirklichung des Grundgesetzes, der Menschenwürde, der Friedensfinalität und nicht zuletzt des Bewusstseins, dass die eigenen Forschungsergebnisse der Allgemeinheit dienen sollen, stehen hier bei der Forschungsministerin im Vordergrund, sondern die Verpflichtung für die Interessen der „Zeitenwende“.

Zur nationalistischen Identitätsstiftung fehlen neben den äußeren Gefahren die inneren Feinde in der zivilen Hochschullandschaft. Die aktuellen Gefahren sieht Stark-Watzinger dabei zwischen „zwei autoritären Ansätzen“, „links wie rechts“. Hier müsse gerade die „liberale und demokratische Mitte“ verteidigt werden. Neben der Hufeisen-Inszenierung ist bemerkenswert, dass sich der Fokus der Argumentation hier auf eine dezidiert pathetische Aufforderung verschiebt, mit der Hochschulangehörige direkt zur Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit aufgerufen werden: „Der tägliche Kampf um die größtmögliche Wissenschaftsfreiheit ist keiner, der allein in den Parlamenten und vor Gerichten geführt wird. […] Wir müssen es uns vielmehr zur Aufgabe machen, die Debattenhoheit im Sinne der Freiheit zurückzugewinnen“.[11]

Lichtblicke

Je mehr sich die weltpolitische Lage zuspitzt, desto schärfer wird die Kriegsrhetorik der „Zeitenwende“ in den Auseinandersetzungen um die Rolle der Hochschulen. Allerdings bröckelt damit auch das Bild, dass eine solche Politik die Lösungen globaler Probleme ernsthaft bewältigen kann. Hierhin besteht die gegenwärtige Aufgabe der Zivilklausel-Aktiven: Das Bewusstsein für eine fortschrittliche und positive Möglichkeit gesellschaftlicher Entwicklung verstärkt in die Auseinandersetzungen am Campus und darüber hinaus zu tragen. Denn die Zivilklausel ist nicht nur eine wirkungsvolle Schranke gegen den „Zeitenwenden“-Militarismus, sondern steht mehr noch ganz grundsätzlich für eine andere menschenwürdige Gesellschaft weltweit – das haben die Zeitenwenden-Militarist*innen längst erkannt.

Anmerkungen

1 Geschonneck, Anne: Militarisierung der Hochschulen und Zivilklauselbewegung. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 94, ag-friedensforschung.de, Juni 2013 & Hüppmeier/Lenz: Wissenschaft und Krieg. IMI-Analyse 2023/35, imi-online.de, 10.7.2023.

2 Marischka, Christoph: Acatech im Rüstungstaumel. IMI-Standpunkt 2022/32, imi-online.de, 12.8.2022.

3 Wagner, Gerald: Militärische Zeitenwende an den Universitäten? faz.net, 8.7.2022.

4 Pineau, Senta: Zivilklauseln in NRW und überall. In: W&F 2019/4.

5 Rudolph, Katja: Uni Kassel beendet Kooperation mit Rheinmetall und KMW. hna.de, 7.3.2023.

6 Zukunft der Bundeswehr. Merz fordert ungehinderten Zugang zu Schulen und Forschung. deutschlandfunk.de, 17.7.2023.

7 Stark-Watzinger, Bettina: Wir müssen unsere Forschung besser vor China schützen. faz.net, 20.8.2023.

8 Stark-Watzinger: „Hinter jedem chinesischen Forscher kann sich die Partei verbergen“. welt.de, 31.10.2023.

9 Baureithel, Ulrike: Wissenschaft als Mittel der Diplomatie: „In einem zunehmend verminten Feld“. tagesspiegel.de, 16.10.2023.

10 Stark-Watzinger: a.a.O

11 Stark-Watzinger, Bettina: Die DNA der Wissenschaft verteidigen. faz.net, 25.9.2023.

Kein Frieden mit der AfD!

Warum die AfD keine Friedenspartei ist

von Alexander Kleiß

Die extrem rechte Alternative für Deutschland (AfD) inszeniert sich seit etwa einem Jahr immer vehementer als Friedenspartei – ja zum Teil sogar als die vermeintlich einzige Friedenspartei. So schreibt etwa der AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen auf seiner Homepage: „Die AfD ist die einzige Partei im Bundestag, die sich für Frieden einsetzt und ein Konzept vorgelegt hat, wie er zu erreichen ist und was Deutschland dazu beitragen kann.“[1]

AfD für Aufrüstung

Selbstvergewisserung für die Rolle als vermeintliche Friedenspartei zieht die AfD dabei v.a. daraus, dass sie Waffenlieferungen an die Ukraine und Sanktionen gegen Russland kritisiert. Was sie hingegen nicht kritisiert: die für die BRD beispiellose Aufrüstung, die aktuell im Gange ist. In dieser Frage ist die AfD gespalten. Bei der Abstimmung über das 100 Milliarden Euro umfassende Sondervermögen für die Bundeswehr Anfang Juni 2022 stimmten 33 AfD-Abgeordnete mit Ja, 35 mit Nein, bei sechs Enthaltungen. Eine klare Kritik an Aufrüstung ist von der AfD nicht zu erwarten. In ihrem Parteiprogramm fordert sie unter dem Punkt „Bundeswehr stärken“ eine Aufrüstung der Bundeswehr, da diese angeblich „nur noch bedingt einsatzbereit“ sei.[2] Damit beteiligt sie sich an dem Märchen der vermeintlich „kaputt gesparten Bundeswehr“, das ansonsten vor allem von der Rüstungsindustrie und allen etablierten Parteien außer der Linken erzählt wird.

AfD braucht das Militär

Eine grundlegende Kritik des Militarismus oder der Bundeswehr sucht man in den Verlautbarungen der AfD vergeblich. Dies ist nicht verwunderlich. Eine beinahe symbiotische Beziehung mit dem Militär ist ein wesentliches Kennzeichen des Faschismus. So beinhalten faschistische Fantasien das Militär als Garant für den Machterhalt, als Instrument zur imperialen Ausdehnung, als Vorbild zur Strukturierung von Partei und Gesellschaft sowie als Ästhetik, die sich in militaristischen Massenaufmärschen ausdrückt.

Der AfD geht es nicht um Antimilitarismus und auch nicht darum, die Durchsetzung nationaler Interessen durch Waffengewalt grundsätzlich zu verurteilen. Auch bei der Mandatierung von Bundeswehreinsätzen kritisierte die AfD diese nie grundsätzlich; vielmehr lautete die Kritik in aller Regel, dass die Einsätze nicht dem nationalen Interesse dienen würden. In ihrem Parteiprogramm schreibt die AfD, sie befürworte Auslandseinsätze „nur, wenn deutsche Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden“.[3] Eine grundlegende Kritik an Auslandseinsätzen der Bundeswehr leistet die AfD nicht.

Soldatenpartei

Das hat seine Gründe. Schon seit ihrer Gründung stellte sich die AfD als selbsternannte „Soldatenpartei“[4] dar. In den ersten 18 Monaten im Bundestag stellte die AfD 40 Anfragen mit Bezug zur Bundeswehr und forderte regelmäßig eine Aufrüstung des Militärs. Schätzungen zufolge waren 2019 von den 35.000 AfD-Mitgliedern 2.100 Berufssoldat*innen. Auch unter den Funktionsträger*innen der AfD finden sich auffällig viele ehemalige und aktive Soldat*innen.[5] Der ehemalige Landesvorsitzende der AfD in Brandenburg, Andreas Kalbitz, war vor seiner (mittlerweile vorerst beendeten) politischen Karriere Ausbilder der Fallschirmjäger in Altenstadt.[6] Der AfD-Bundestagsabgeordnete Jan Nolte war ebenfalls Berufssoldat. Für die AfD sitzt er seit 2017 im Verteidigungsausschuss. Auch der stellvertretende Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Peter Felser war früher Offizier und unter anderem im Auslandseinsatz in Bosnien eingesetzt – gemeinsam mit dem rechtsintellektuellen Strippenzieher Götz Kubitschek, der der AfD ebenfalls sehr nahe steht und als ihr Vordenker gilt.[7] AfD und Bundeswehr entstammen also demselben Milieu. Außerdem ist es Teil einer rechten Strategie,

Soldat*innen als Teil des Gewaltmonopols auf die eigene Seite zu ziehen – zum Teil verbunden mit Aufrufen zum Umsturz. Bereits 2015, auf dem Höhepunkt des langen Sommers der Migration, rief der Herausgeber des extrem rechten Compact-Magazins Jürgen Elsässer deutsche Soldat*innen auf, zu den Waffen zu greifen und „selbst aktiv“ zu werden: „Wartet nicht auf Befehle von oben! Diskutiert die Lage mit Euren Kameraden und werdet selbst aktiv! Nur Ihr habt jetzt noch die Machtmittel, die von der Kanzlerin befohlene Selbstzerstörung zu stoppen.“[8] Auch der AfD-Hardliner Björn Höcke betrachtet Teile von Militär, Polizei und Verwaltung als wichtigen Bestandteil seiner neofaschistischen Revolutionsfantasien. Im von ihm verfassten Buch „Nie zweimal in denselben Fluß“ beschreibt der Neonazi, wie dies gelingen solle: Neben den zwei „Fronten“ auf der Straße und im Parlament (gemeint ist die AfD) sei auch noch eine dritte „Front“ wichtig, um das System zu stürzen. Diese bestehe aus „frustrierten Teilen des Staats- und Sicherheitsapparates“.[9] Dementsprechend verwundert es auch nicht, dass Teile der AfD immer wieder die Nähe zu rechten Soldat*innen unter Terrorverdacht suchten.[10]

Bekenntnis zur NATO

In ihrem Parteiprogramm bekennt sich die AfD klar zur NATO. Diese entspreche „den außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands“.[11] Sie befürwortet auch die deutsche Aufrüstung im Rahmen der NATO, „um auf diesem Weg mehr Gestaltungsmacht und Einfluss zu entfalten.“

Hier lassen sich jedoch Spaltungslinien innerhalb der AfD ausmachen. Bei der Europawahlversammlung im Juli 2023 forderten sieben AfD-Landesvorsitzende, unter ihnen Björn Höcke, eine Abkehr von der NATO, die von ihnen als vermeintlicher „Schutzschirm eines fernen Hegemons“ bezeichnet wurde.[12] Der Antrag wurde deutlich abgeschwächt. In der Präambel des Europawahlprogramms steht nun: „Jegliche Dominanz außereuropäischer Großmächte in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik lehnen wir ab.“[13] Die europäischen Staaten sollten stattdessen aufrüsten, um ohne die USA wehrhaft zu sein.[14]

Nähe zu Putins Russland?

Konsequenter Antimilitarismus (oder gar Pazifismus) scheint also nicht die Motivation der AfD zu sein, gegen Waffenlieferungen in die Ukraine zu stimmen. Vielmehr scheint die Motivation aus einer gewissen Sympathie für Putins Russland erklärbar, die zumindest in Teilen der AfD vorherrscht. Das Thema ist jedoch innerhalb der radikalen Rechten in Deutschland sehr umstritten. Während die Neonazi-Kleinpartei „Der III. Weg“ mit der Ukraine sympathisiert,[15] scheint sich innerhalb der AfD der pro-russische Flügel durchgesetzt zu haben. Die Sympathie dürfte nicht nur in der autokratischen Staatsform Russlands, sondern auch in der homophoben Politik Putins begründet sein. So lobte Hans-Thomas Tillschneider, der für die AfD im Landtag Sachsen-Anhalt sitzt, in Russland „eine in der Tradition verwurzelte Lebensweise, die sich mehr und mehr als Gegenentwurf zur traditions-, identitäts- und

AfD-Proteste in Berlin, 8.10.2022. Quelle: Flickr/ Matthias Berg.

geschlechtslosen Regenbogengesellschaft des Westens begreift."[16] Den Westen hingegen sieht er als „Regenbogenimperium", gegen das Russland und die AfD gemeinsam kämpfen würden. Auch für Björn Höcke ist Russland der „natürliche Partner unserer Arbeits- und Lebensweise". Auch er sieht eine Dichotomie zwischen einem angeblichen „Regenbogenimperium" einerseits und dem „traditionellen Osten" andererseits. Seine Sympathie liege in dieser Frage klar bei Russland.[17]

Kein Frieden mit der AfD!

Insgesamt lässt sich die Selbstdarstellung der AfD als Friedenspartei als durchschaubarer Versuch entlarven, aus der allgemeinen Kriegsstimmung in der Bundesrepublik Kapital zu schlagen. Mit der tatsächlichen Programmatik hat diese Selbstdarstellung wenig zu tun: Die AfD steht für Aufrüstung, Militarismus, Nähe zum Militär, Kontakte zu rechten Netzwerken in der Bundeswehr, ein Bekenntnis zur NATO, das nur durch latenten Antiamerikanismus relativiert wird, und Sympathie mit dem russischen Angriffskrieg. Genau hier muss auch die antimilitaristische Kritik an der Darstellung der AfD als vermeintliche Friedenspartei ansetzen. Die AfD muss genauso als Kriegstreiber-Partei benannt werden wie CDU, FDP, SPD und Grüne auch.

U-Bahn in Berlin. Quelle: Wikimedia Commons/ Amigento.

Generell fällt auf, dass die AfD in wesentlichen Fragen, wie z.B. dem 100-Milliarden-Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr oder dem Bekenntnis zur NATO gespalten ist. Durch Kritik und ein Aufzeigen dieser Widersprüche von antimilitaristischer Seite könnten sich diese Spaltungslinien innerhalb der AfD bestenfalls verstetigen. Auch wenn es selbstverständlich sein sollte: Die AfD hat auf Demonstrationen für Frieden nichts zu suchen. Dasselbe gilt für andere rechte Kräfte. Es ist die Aufgabe linker Kräfte in der Friedensbewegung, die AfD und ihre Vorfeldorganisationen konsequent aus Friedensbündnissen zu verdrängen.

Anmerkungen

1 AfD NRW: Die AfD ist die Friedenspartei! 2023.
2 Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. S.31.
3 Ebd., S.30.
4 Maria Fiedler: Truppen sammeln. Die AfD als selbsternannte Soldaten-Partei. In: Heike Kleffner, Mathias Meisner (Hrsg.): Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz. 2019.
5 Ebd.
6 RND: Die rechtsradikale "Kreuz"-Connection und die Bundeswehr. 23.1.2020.
7 Maria Fiedler: Truppen sammeln. Die AfD als selbsternannte Soldaten-Partei. In: Heike Kleffner, Mathias Meisner (Hrsg.): Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz. 2019.
8 IMI-Standpunkt 2018/011. Lucius Teidelbaum: Die AfD im Verteidigungsausschuss: Einige kritische Portraits. 4.4.2018.
9 Der rechte Rand. Cihan Balikçi: Der rechte Marsch durch die Institutionen. 2020.
10 Vgl. Luca Heyer: AfD in rechten Netzwerken. Politischer Arm des Rechtsterrorismus? In: Informationsstelle Militarisierung (Hrsg.): Keine Einzelfälle. Wie der Staat mit rechten Soldat*innen und ihren Netzwerken umgeht. 2022.
11 Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. S.30.
12 Welt: AfD diskutiert über Loslösung Deutschlands von der Nato. 14.7.2023.
13 Merkur: Europawahlprogramm: AfD will radikale Abkehr von der EU und Neugründung. 7.8.2023.
14 Ebd.
15 Deutsche Welle: Ukraine-Krieg spaltet Rechtsextreme. 3.4.2022.
16 Neues Deutschland: Ist die AfD wirklich eine Friedenspartei? 21.2.2023.
17 Ebd.

Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime

Die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Zeitenwende

von Jürgen Wagner

Am 9. November 2023 wurden die neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ (VPR) des Verteidigungsministeriums erlassen.[1] In dem nunmehr wichtigsten Bundeswehr-Dokument werden Truppe und Bevölkerung mit markigen Worten darauf eingeschworen, sich für anstehende Kriege mit gegnerischen Großmächten (zuvorderst natürlich Russland, aber auch China) zu rüsten. Die unsägliche Begrifflichkeit aufgreifend, die Verteidigungsminister Boris Pistorius in einer nicht allzu lang davor gehaltenen Rede in die Debatte einführte[2], rückt das Dokument die „Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime“ in den Mittelpunkt der Bundeswehrplanungen (VPR: 27). Die VPR haben damit die Aufgabe, „die Weichen für eine Bundeswehr in der Zeitenwende“ zu stellen, wie Pistorius und Bundeswehr-Generalinspekteur Carsten Breuer in einem begleitenden Artikel betonten.[3]

Führungsmacht der bedrohten Ordnung

Bis kürzlich war das „Weißbuch der Bundeswehr“ das ranghöchste sicherheitspolitische Dokument, in dem allgemeine Ziele und Interessen des Landes beschrieben wurden. Diese Aufgabe hat inzwischen die im Juni 2023 veröffentlichte „Nationale Sicherheitsstrategie“ (NSS) übernommen, die sich nun an der Spitze der Dokumentenhierarchie sonnt. Als nächstes auf der Dokumentenleiter leiten die VPR aus der NSS (früher aus dem Weißbuch) immer noch relativ allgemein gehaltene militärische Aufgaben und daraus resultierende Erfordernisse für die Bundeswehr ab, die dann im Fähigkeitsprofil mit konkreten Zahlen unterlegt werden.[4]

Richtungweisend ist also die am 14. Juni 2023 erschienene Nationale Sicherheitsstrategie „Integrierte Sicherheit für Deutschland. Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig“, die sich vor allem darum dreht, wie alle gesellschaftlichen Teilbereiche zur „Verteidigung“ der – westliche und nicht zuletzt deutsche Interessen sichernden – „Regelbasierten Internationalen Ordnung“ beitragen können. Auf diese Ordnung erfolge ein Angriff seitens autoritärer Staaten, der zurückgeschlagen müsse, so die Kernaussage des Dokumentes.[5] Folgerichtig lassen sich schon seit Jahren auf allen möglichen Gebieten (Handel, Technologie, Aufrüstung…) immer schärfere Großmachtkonflikte beobachten.[6]

Hier setzen dann auch die VPR ein, wenn Pistorius und Breuer in ihrem Vorwort betonen: „Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Deutschland und seine Verbündeten müssen sich wieder mit einer militärischen Bedrohung auseinandersetzen. Die internationale Ordnung wird in Europa und rund um den Globus angegriffen. Wir leben in einer Zeitenwende.“ (Vorwort VPR: 4[7]) Deutschland sei hier als „Rückgrat der Abschreckung“ gefordert, dieser Herausforderung buchstäblich an vorderster Front zu begegnen – und damit dem seit langem erhobenen Anspruch als weltweite Führungsmacht[8] auch endlich gerecht zu werden: „Diese Zeitenwende verändert die Rolle Deutschlands und der Bundeswehr fundamental. Als bevölkerungsreichstes und wirtschaftlich starkes Land in der Mitte Europas tragen wir Verantwortung.“ (Vorwort VPR: 4)

Strukturbestimmende Großmachtkriege

Nachdem die Bundeswehr jahrzehntelang auf einen Krieg gegen die Sowjetunion ausgerichtet war, änderte sich ihr Auftrag in den 1990er Jahren recht grundlegend – fortan rückten Militäreinsätze gegen kleinere Gegner ins Zentrum der Planungen. Folgerichtig wurde schnell nach dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges damit begonnen, schwere Großverbände durch leichtere und schnell verlegbare Einheiten zu ersetzen. In den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ des Jahres 2003 hieß es dazu: „Ausschließlich für die herkömmliche Landesverteidigung gegen einen konventionellen Angreifer dienende Fähigkeiten werden angesichts des neuen internationalen Umfelds nicht mehr benötigt. […] Für die Bundeswehr stehen Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sowie zur Unterstützung von Bündnispartnern, auch über das Bündnisgebiet

hinaus, im Vordergrund. […] Die internationale Konfliktverhütung und Krisenbewältigung, einschließlich des Kampfs gegen den internationalen Terrorismus, ist an die erste Stelle des Aufgabenspektrums gerückt."

Das Weißbuch von 2006 setzte diese Entwicklung fort, erst mit der Neufassung von 2016 wurden die Prioritäten wieder geändert: Von da ab wurden Auslandsinterventionen und Großmachtkriegen dieselbe Bedeutung beigemessen. Nun verschiebt die Nationale Sicherheitsstrategie von 2023 die Konstellation erneut „zugunsten" der Aufrüstung für Auseinandersetzungen mit anderen Großmächten (die etwas freundlicher als „Landes- und Bündnisverteidigung" tituliert wird), der unmissverständlich Priorität eingeräumt wird: „Der Kernauftrag der Bundeswehr ist die Landes- und Bündnisverteidigung, alle Aufgaben ordnen sich diesem Auftrag unter."[9] Dementsprechend heißt es auch in den VPR: „Der Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung ist in allen Planungskategorien handlungsleitend für die Bundeswehr. Er ist zudem bestimmend für Selbstverständnis, Struktur, Funktionalität, Multinationale Kooperationen, Ausbildung und Übungen […] Damit ist zeitgemäße Landes- und Bündnisverteidigung für die Bundeswehr strukturbestimmend." (VPR: 24 und 9[10])

Russland, Russland, Russland (und auch China und darüber hinaus)

Wie ebenfalls schon in der NSS vorgebracht und angesichts der aktuellen Lage auch wenig überraschend, wird Russland mit großem Abstand als der Hauptgegner identifiziert: „Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat den Krieg nach Europa zurückgebracht. Der damit verbundene Angriff auf die europäische Sicherheitsarchitektur und die internationale regelbasierte Ordnung ist eine Zeitenwende mit Auswirkungen weit über den europäischen Kontinent hinaus. Die Russische Föderation bleibt ohne einen fundamentalen inneren Wandel dauerhaft die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum." (VPR: 9)

Aufgrund dieser Bedrohungsanalyse liegt es nahe, die NATO, deren Aufgabe seit eh und je die Bekämpfung Russlands ist, und ihre Kapazitätsplanung als wesentlichen Orientierungspunkt für die Bundeswehr heranzuziehen. Der Umfang der Fähigkeiten, die von den Einzelstaaten eingebracht werden sollen, wird in einem relativ komplizierten Verteidigungsplanungsprozess erhoben, dessen Ergebnisse dann wiederum maßgeblich auf die Bundeswehr zurückwirken: „Glaubwürdige Abschreckung und Landesverteidigung ist im Bündnisrahmen eingebettet. Die strategischen Vorgaben und Ergebnisse des NATO-Verteidigungsplanungsprozesses (NATO Defence Planning Process (NDPP)) samt dem daraus abgeleiteten Gesamtfähigkeitsdispositiv der Allianz sind daher von grundlegender Bedeutung für das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr." (VPR: 23)

Das letzte Fähigkeitsprofil stammt aus dem Jahr 2018 und gab das überaus ambitionierte Ziel aus, der NATO bis 2027 einen und bis 2031 drei voll ausgestattete Großverbände mit jeweils 15.000 bis 20.000 Soldat*innen zur Verfügung zu stellen. Diese anspruchsvolle Zielvorgabe wurde inzwischen noch einmal verschärft, nachdem die NATO im Juni 2022 auf ihrem Gipfeltreffen in Madrid ein neues Streitkräftemodell verabschiedet hat. Es sieht vor, ab 2025 innerhalb von 10 Tagen 100.000 und bis Tag 30 weitere 200.000 Soldat*innen abmarschbereit vorzuhalten. Die Bundeswehr hat in diesem Zusammenhang schnell zugesagt, 35.000 Soldat*innen zum neuen Streitkräftemodell beisteuern zu wollen und im Zuge dessen den Start des ersten Großverbandes von 2027 auf 2025 vorverlegt.[11]

Zu diesen 35.0000 Soldat*innen werden auch die dauerhaft in Litauen stationierten Bundeswehr-Truppen gehören. Erst Ende Juni 2023 kündigte Verteidigungsminister Pistorius an, die dortige Präsenz von Bataillonsstärke (1.000 bis 1.500 Soldat*innen) auf Brigadestärke ausbauen zu wollen. Am 6. November 2023 gab das Verteidigungsministerium weitere Details bekannt: Heißen soll die Truppe künftig „Panzerbrigade 42" – ihre 4.800 Soldat*innen (plus 200 Zivillist*innen) sollen aus drei Bataillonen gebildet werden, dem Panzerbataillon 203 (Augustdorf) und dem Panzergrenadierbataillon 122 (Oberviechtach), ein drittes Bataillon soll scheinbar in Deutschland vorgehalten und durch niederländische und norwegische Kräfte ergänzt werden.[12]

Die Litauen-Brigade sei das Vorzeigeprojekt für Deutschlands „Führungswillen und Führungsverantwortung" (Vorwort VPR: 4). Man sei nicht mehr wie im Kalten Krieg „Frontstaat" – stattdessen begibt man sich nun an die Front, Dauerstationierungen im Ausland (mitsamt Familien und allem was dazugehört) werden zum neuen Normal erklärt: „Gerade die Bundesrepublik Deutschland hat im Kalten Krieg als ‚Frontstaat' umfassend von der Präsenz der Verbündeten der Nordatlantischen Allianz (NATO) auf ihrem Territorium über Jahrzehnte profitiert. Umso mehr stehen wir heute in der Verantwortung, wesentliche Beiträge für den Schutz und die Sicherheit unserer Verbündeten zu leisten. Dies umfasst auch eine verstetigte Präsenz an der NATO-Außengrenze in neuer Qualität. Die permanente Stationierung einer Brigade in Litauen ist in der Geschichte der Bundeswehr ohne Präzedenz und ein wichtiges Signal für die gemeinsame Kraft der Allianz. Vorneprä-senz wird künftig für die Angehörigen der Bundeswehr die Norm. Diese neue Rolle ist Ausdruck der strategischen Neuorientierung der Bundeswehr." (VPR: 9f)

Wie gesagt, das aus dem Jahr 2018 stammende Fähigkeitsprofil soll aktualisiert werden, ob es dabei aber zu einer erneuten Anhebung der Zielgrößen oder einer weiteren Beschleunigung der Zeitpläne kommt, ist mehr als fraglich, schließlich ist die Bundeswehr jetzt schon kaum in der Lage, die bereits gemachten Zusagen einzuhalten. Das rührt vor allem daher, dass einerseits der über Russland begründete Mehrbedarf nicht dazu führt, dass anderswo Aufgaben zurückgefahren würden und sogar zusätzlich neue Eisätze für die Bundeswehr hinzukommen.

So wird auch China immer offener als (militärischer) Gegner bezeichnet, auch in den VPR: „China ist gleichzeitig Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale. Es versucht, die regelbasierte internationale Ordnung nach seinen Vorstellungen umzugestalten. Dabei beansprucht China zunehmend offensiv eine regionale Vormachtstellung und handelt immer wieder im Widerspruch zu unseren Werten und Interessen." (VPR: 10f.) Schon längere Zeit ist die Bundeswehr darum bemüht, mit Blick auf China ihre Präsenz im Indopazifik auszubauen,[13] eine Region, der auch in den VPR große Bedeutung beigemessen wird. „Mit Blick auf den Erhalt und die Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung kommt dem Indopazifik ein zunehmender Stellenwert zu." (VPR: 22) Aus diesem Grund sei es erforderlich, die „weltweite verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit bewährten Partnern, insbesondere im Indopazifik, vorrangig mit Mitteln der Verteidigungsdiplomatie, regelmäßiger militärischer Präsenzen, verlässlicher Rüstungskooperation und Fähigkeitsbildung zu vertiefen" (VPR: 14).

Während also Einheiten und Gerät für kommende Großmachtkriege herangeschafft werden sollen, bedeutet das aus Sicht von Bundesregierung und Bundeswehr aber noch lange nicht, auf Auslandseinsätze gegen kleinere Gegner künftig zu verzichten. Das eine tun, ohne das andere zu lassen, heißt die Devise: „Aufgrund der komplexen und dynamischen Entwicklung unseres Sicherheitsumfelds muss unser internationales Engagement über die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit hinausgehen – ganz im Sinne des 360-Grad Ansatzes des Strategischen Konzepts der NATO und des Strategischen Kompasses der EU. […] Unser verteidigungspolitisches Engagement im östlichen Mittelmeer, im Nahen und Mittleren Osten und auf dem afrikanischen Kontinent dient vorrangig dazu, den transnationalen Terror und Ursachen und Folgewirkungen staatlicher Fragilität zu bekämpfen sowie regionale Stabilität und das friedliche Zusammenleben der Menschen zu befördern." (VPR: 14[14])

Quelle: eigene Montage, aus: Flickr/ NATO.

Taktgeber Kriegstüchtigkeit: Knete und Kanonenfutter

Wie beschrieben gilt nun die „Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime", was laut VPR Folgendes bedeute: „Die neue Qualität der Bedrohung unserer Sicherheit und die brutale Realität des Krieges in der Ukraine verdeutlichen, dass wir unsere Strukturen und Prozesse am Szenario des Kampfes gegen einen mindestens ebenbürtigen Gegner ausrichten müssen: Wir wollen diese Auseinandersetzung nicht nur gewinnen, sondern wir müssen. Dies gibt den Takt vor." (VPR: 27)

Vor allem zwei Dinge würden benötigt, um künftige Auseinandersetzungen siegreich bestehen zu können: „Die Bundeswehr ist ein Kerninstrument unserer Wehrhaftigkeit gegen militärische Bedrohungen. Hierzu muss sie in allen Bereichen kriegstüchtig sein. Das bedeutet, dass ihr Personal und ihre Ausstattung auf die Wahrnehmung ihrer fordernden Aufträge ausgerichtet sind. Maßstab hierfür ist jederzeit die Bereitschaft zum Kampf mit dem Anspruch auf Erfolg im hochintensiven Gefecht." (VPR: 9)

Was das Personal anbelangt, kämpft die Bundeswehr derart mit Rekrutierungsproblemen, dass die eigentlich vorgesehene Planung, den Umfang der Truppe von aktuell ca. 180.000 auf 203.000 Soldat*innen zu vergrößern, auch von bundeswehrnahen Akteuren immer häufiger offen in Frage gestellt wird.[15] Die Bedeutung von ausreichend Personal wird in den VPR dennoch deutlich betont, gleichzeitig aber auch auf die Probleme hingewiesen: „Unsere Auftragserfüllung hängt wesentlich davon ab, dass die erforderlichen personellen Voraussetzungen geschaffen werden. […] Das Erreichen der erforderlichen personellen Zielumfänge wird auf absehbare Zeit eine der zentralen Herausforderungen der Bundeswehr sein." (VPR: 24 und 28) Eigentlich

deutet dabei die Formulierung, man strebe „bestandserhöhende Maßnahmen“ (VPR: 29) an, dass der Umfang der Truppe weiterhin erhöht werden soll. Auf der anderen Seite wird gleich an mehreren Stellen auf das Potenzial der Reserve verwiesen, was bedeuten könnte, dass sie noch verstärkter herangezogen werden soll.[16] Wohin hier die Reise schlussendlich gehen wird, bleibt noch abzuwarten. Was das Geld für die Ausstattung der Bundeswehr anbelangt, so bedient auch die VPR die Falschmeldung von der chronisch kaputtgesparten Truppe, wenn etwa eine „jahrzehntelange Unterfinanzierung“ (VPR: 27) und „Jahrzehnte der Einsparungen“ (VPR: 30) beklagt werden. Abhilfe habe erst das Sondervermögen der Bundeswehr geschaffen, mit dem ab kommendem Jahr erstmals Militärausgaben von 2% des Bruttoinlandsproduktes erreicht werden. Jetzt geht es interessierten Kreisen, u.a. den Autor*innen der VPR, darum, dass dieses Ausgabenniveau auch nach dem voraussichtlichen Ende des Sondervermögens 2027 oder 2028 beibehalten wird: „Zur Gestaltung der Zeitenwende bedarf es dafür dauerhaft mindestens 2% der nationalen Wirtschaftsleistung, die in die Verteidigung und insbesondere in die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr investiert werden. […] Das Sondervermögen Bundeswehr ist ein wesentlicher Beitrag auf dem Weg, die NATO-Fähigkeitsziele zu erreichen. Deren vollumfängliche Erfüllung hängt allerdings davon ab, dass auch nach Verausgabung des Sondervermögens Bundeswehr weiterhin die erforderlichen Mittel aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden.“ (VPR: 10 und 31)

Fazit

Im Endeffekt warten die Verteidigungspolitischen Richtlinien aufgrund ihrer engen Anlehnung an die Nationale Sicherheitsstrategie mit wenigen Überraschungen auf. Das macht es allerdings auch nicht besser, zumal auch noch extrem martialische Töne wie „Kriegstüchtigkeit“, „Wehrhaftigkeit“, „Szenario des Kampfes“ und dergleichen die Begleitmusik liefern.

Anmerkungen

1 Die letzte VPR stammt aus dem Jahr 2011 (vorherige Versionen: 1972, 1979, 1992 und 2003). https://crp-infotec.de/bundeswehr-grundlagendokumente/

2 Einen „Mentalitätswechsel in der Gesellschaft“ mahnte Verteidigungsminister Boris Pistorius in einem ZDF-Interview (29.10.2023) an: „Wir müssen uns wieder an den Gedanken gewöhnen, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte, und das heißt, wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.“

3 Pistorius, Boris/Breuer, Carsten: Die Bundeswehr definiert ihre Rolle neu: Wir müssen Rückgrat der Abschreckung in Europa sein, Tagesspiegel, 9.11.2023.

4 „Die strategisch-konzeptionellen Vorgaben bilden den wesentlichen Rahmen für die Weiterentwicklung der Bundeswehr und die Nationale Ambition, die mit dem Fähigkeitsprofil der Bundeswehr definiert wird.“ (VPR: 23)

5 Wagner, Jürgen: Deutschlands Nationale Sicherheitsstrategie. Wehrhaft! Wertebasiert? Interessengeleitet! IMI-Standpunkt 2023/022.

6 „Den Versuchen, die Welt in Einflusssphären einzuteilen, stellen wir das positive Modell einer solchen regelbasierten Ordnung entgegen. […] Geprägt von ihrer Auffassung von systemischer Rivalität streben einige Staaten jedoch an, diese Ordnung zu untergraben und so ihre revisionistischen Vorstellungen von Einflusssphären durchzusetzen.“ (Nationale Sicherheitsstrategie: Integrierte Sicherheit für Deutschland. Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig, 14.6.2023, S. 16 und 23)

7 „Wir müssen unsere Freiheit und Sicherheit gemeinsam mit unseren Verbündeten verteidigen können. Unsere Bereitschaft zur Verantwortung und unser Wille zur Gestaltung begründen unser starkes Engagement für die europäische Sicherheitsarchitektur und die internationale regelbasierte Ordnung – auch militärisch.“ (VPR: 9)

8 „Die Rolle Deutschlands als Anlehnungspartner für Verbündete ist weiter auszugestalten. Dabei ist die Übernahme von Führungsverantwortung so mit Fähigkeiten zu hinterlegen, dass sie anschlussfähig für Verbündete ist.“ (VPR: 25)

9 Nationale Sicherheitsstrategie: Integrierte Sicherheit für Deutschland. Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig, 14.6.2023, S. 32.

10 „Wir richten die Bundeswehr wieder auf ihren Kernauftrag aus: Zeitgemäße Landes- und Bündnisverteidigung.“ (Vorwort VPR: 4)

11 Wagner, Jürgen: „Wir gehen de facto all in“. Deutschlands Beitrag zum neuen NATO-Streitkräftemodell, IMI-Standpunkt 2023/037.

12 Entscheidungen zur Brigade Litauen, bmvg.de, 6.11.2023.

13 Wagner, Jürgen: Indopazifik: Verstetigung der deutschen Militärpräsenz, IMI-Standpunkt 2022/035.

14 Der hier im Zitat erwähnte Strategische Kompass sieht die Bildung einer EU-Eingreiftruppe im Umfang von 5.000 Soldat*innen vor, mit der mittlere Einsätze auch unabhängig von der NATO durchgeführt werden können.

15 So zum Beispiel die Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD): Wehrbeauftragte glaubt nicht an Aufstockungsziel der Bundeswehr, Spiegel Online, 9.9.2023.

16 Schon die bislang geplante Erhöhung auf 203.000 Soldat*innen sah einen Aufwuchs der Reserve auf 4.500 Reservist*innen vor. Siehe Haschke, Thomas: Zeitenwende ohne Personal, in: AUSDRUCK (März 2023), S. 9-12, S. 10.

Meinungsmache vs. Verfassungsrecht

Blinde Flecken in der Berichterstattung zum Marschflugkörper Taurus

von Bernhard Klaus

Seit Wochen wird in Deutschland etwas niederschwelliger eine Debatte nach bekanntem Muster geführt. Wieder geht es um ein Waffensystem, das die Ukrainische Regierung von Deutschland einfordert, diesmal um den Marschflugkörper Taurus. Wieder wird dem Kanzler von Medien und Politiker*innen Zögern vorgeworfen und auf verbündete Regierungen verwiesen, welche (vermeintlich) ähnliche Waffensysteme bereits an die Ukraine geliefert hätten.[1] Ende September wurde die Debatte um eine Facette reicher, nachdem angedeutet worden war, dass der Marschflugkörper sein Ziel auf der Grundlage von Geodaten ansteuert, die man dann ebenfalls der Ukraine zur Verfügung stellen müsse – oder die Zielprogrammierung müsse durch Bundeswehrsoldaten erfolgen. In diesem Zusammenhang wurde dann auch die Fragestellung aufgeworfen, ob die Lieferung der Taurus-Raketen nicht ein Bundeswehrmandat voraussetzen würde, da es sich damit um einen „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Ausland“ handeln könnte. Damit würde, so die Befürchtung, die Schwelle zur offiziellen Beteiligung Deutschlands am Krieg in der Ukraine vollends überschritten.

Die technischen Voraussetzungen sind kompliziert. Viele Medien suggerieren eher beiläufig, man könne im entsprechenden Datensatz einfach das Territorium der Ukraine isolieren, und die Marschflugkörper mit diesem eingeschränkten Datensatz liefern. Genau zu wissen, ob das funktioniert, scheint jedoch niemand in der schreibenden Zunft. Die FAZ, welche die Frage um die Mandatspflichtigkeit – dankenswerter Weise – am 21.9.2023 unter dem Titel „An der Grenze zur Konfliktpartei“ wesentlich mit angeschoben hatte, versuchte sie mit dem Verweis auf anonyme „[f]ranzösische Sicherheitsfachleute“ wenige Tage später wieder zu entschärfen. Diesmal unter dem Titel „Kein Verständnis für das deutsche Zögern“ wird dort verlautbart: „Die Ukraine verfüge bereits über alle relevanten Geodaten und äußerst agile Programmierer, heißt es in Paris“.[2] Diese vage Behauptung gilt dann vielen beim Tanz auf Messers Schneide der Kriegsbeteiligung als völlig ausreichend. Für andere scheinen verfassungs- und völkerrechtliche Fragen ohnehin hinter den Forderungen des ukrainischen Militärapparates völlig in den Hintergrund zu treten.

Eine Suche in den mir zugänglichen Printpublikationen vom 27.9.2023 zu den Begriffen „Taurus“, „Mandat“ und „Geodaten“ jedenfalls liefert ein trauriges Bild der hierzu bestehenden Meinungsvielfalt. Von den 22 Treffern tragen 17 den Titel „Nur eine Frage der Zeit“ und weitere vier den Titel „Kiew braucht die Taurus-Raketen“. In beiden Fällen handelt es sich um nahezu inhaltsgleiche Leitartikel desselben Autors, Holger Möhle, der u.a. vom Bonner Generalanzeiger und der Rheinischen Post als Berlin-Korrespondent genannt wird. Sein Leitartikel erschien darüber hinaus u.a. in der Nordwest-Zeitung, der Saarbrücker Zeitung, dem Wiesbadener Kurier, der Oberhessischen Zeitung usw. Der Tenor ist so simpel, wie einfallslos: weil „die Vereinigten Staaten der Ukraine wohl auch Raketen vom Typ ATACMS“ liefern wollen, „wächst der Druck auf die Bundesregierung, Marschflugkörper vom Typ Taurus freizugeben“. Dann wird auch hier sehr holzschnittartig das Problem mit den Geodaten und der Mandatspflichtigkeit angesprochen, um zu schließen: „Die rote Linie zur Kriegsbeteiligung soll nicht überschritten werden. Doch für die Lieferung spricht: Damit könnten die ukrainischen Streitkräfte hinter russische Linien reichen und den Nachschub abschneiden. Was also soll der Zauber? Deutschland wird Taurus liefern, es ist nur eine Frage der Zeit. Wenn damit der Krieg verkürzt und vielen Menschen zusätzliches Leid erspart werden kann, ist die Entscheidung ohnehin richtig“.[3]

Die wievielte Waffe ist dies nun eigentlich, von der ein schnelleres Ende des Krieges erwartet wird und was spricht dafür, dass durch Marschflugkörper „vielen Menschen zusätzliches Leid erspart“ werden könne. Solche Behauptungen basieren letztlich auf der Vorstellung eines schnellen Durchmarsches der ukrainischen

Armee bis zum vollständigen Rückzug der russischen Armee – ein Szenario, das letztlich so gut wie niemand als auch nur halbwegs realistisch einstuft. Vielmehr gehen auch westliche Regierungen und Denkfabriken offen davon aus, dass es sich längst um einen Abnutzungskrieg handelt, der noch sehr lange dauern könnte und wahrscheinlich auch wird. Die langfristige Perspektive scheint tatsächlich darin zu bestehen, Russland auf Dauer zu ruinieren. Dazu könnten die Taurus einen bescheidenen Beitrag leisten – auf Kosten vieler Menschenleben auf beiden Seiten und einer weiterhin steigenden Eskalationsgefahr. A Propos Menschenleben: Die Verluste der eigenen Armee gelten in der Ukraine als Staatsgeheimnis. Nahezu alle westlichen Medien und Politiker*innen unterwerfen sich dieser Informationsblockade völlig ohne Zwang – und Vernunft. Deshalb existieren keine seriösen Schätzungen über die Verlustrate, die ein entscheidendes Kriterium dabei ist, die „Erfolgsaussichten" in einem Abnutzungkrieg kalkulieren zu können.

Zurück zu den Taurus: herausragendes Merkmal dieser ist nicht nur ihre große Reichweite und Nutzlast, sondern ihre Fähigkeit, sehr niedrig und über Umwege ins Ziel zu fliegen. Sie ist dadurch sehr schwer abzufangen. Die niedrige Flughöhe wird durch ganz spezielle Geodaten ermöglicht, die sich die Bundesregierung (und damit die Steuerzahler*innen) einiges hat kosten lassen. 2010 schickten das Deutsche Zentrum Luft- und Raumfahrt (DLR) und Airbus mit Tandem-X gemeinsam zwei Satelliten in den Orbit, die nahe beieinander fliegend Aufnahmen der Erdoberfläche machten und somit jenes digitale Höhenmodell der Erde erstellten, das Taurus nutzt, um tief fliegen zu können.

Kampfjet mit zwei Taurus KEPD 350. Quelle: Flickr/ Robert Sullivan.

Das Projekt wurde damals mit 300 Mio. Euro vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert – die erstellten Datensätze zur militärischen Nutzung wurden dann später wiederum für 475 Mio. Euro Steuergelder von Airbus und dem DLR eingekauft.

Wo genau dieser Datensatz liegt, ist der Presseberichterstattung nicht zu entnehmen. Vorstellungen einzelner Kommenator*innen, dass sich ein entsprechend auf die Ukraine reduzierter Datensatz mal eben per USB-Stick an die Ukraine übergeben ließe, erscheinen wenig realistisch. Falls die Daten in irgendeinem Rechenzentrum des DLR oder von Airbus in Deutschland liegen, wäre die Sache deutlich heikler. Dann müsste dem ukrainischen Militär hier ein Zugang gegeben werden oder eben deutsches Personal selbst eingebunden werden. In beiden Fällen würde man damit einer unmittelbaren deutschen Kriegsbeteiligung deutlich näher kommen. Dies zu recherchieren, wäre Aufgabe eines Qualitätsjournalismus, wie ihn deutsche Leitmedien gerne für sich reklamieren (und monopolisieren), während sie sich stattdessen lieber auf plumpe Stimmungsmache konzentrieren. Dazu gehört im Falle der Taurus auch, dass weitgehend ausgeblendet oder allenfalls beiläufig angesprochen wird, ob diese unter das Raketentechnologie-Kontrollregime (MTCR) fallen – ein Teil der internationalen Bemühungen, die Verbreitung von Atom- und anderen Massenvernichtungswaffen über die Einschränkung von Trägersystemen zu verhindern. Mit der Lieferung von Taurus würde sich ganz nebenbei auch von diesen Bemühungen abgewendet.

Nachtrag: Ein Leser hat uns darauf aufmerksam gemacht, dass auch Angaben existieren, wonach Storm Shadow/Scalp eine vergleichbare Reichweite hätten wie Taurus. Das würde das zentrale Argument von David Axe in Fußnote 1 entkräften. Eine dieser Quellen findet sich z.B. bei popularmechanics.com und en.wikipedia.org. Deutlich mehr Quellen gehen jedoch wie Axe von einer geringeren Reichweite der französischen und britischen Marschflugkörper aus, konkret meist von 150-155 Meilen (ca 250km).

Anmerkungen

1 David Axe beschreibt bei Forbes die Unterschiede zwischen den deutschen Taurus und den bislang von Großbritannien und Frankreich gelieferten Marschflugkörpern vom Typ Storm Shadow bzw. Scalp: David Axe: There's A Very Good Reason Ukraine Wants German Taurus Missiles – They Fly Farther, forbes.com, 8.8.2023.

2 Johannes Leithäuser, Michaela Wiegel: Kein Verständnis für das deutsche Zögern, faz.net, 25.9.2023.

3 Holger Möhle: „Kiew braucht die Taurus-Raketen", diverse Tageszeitungen am 27.9.2023, online unter pressreader.com.

Bundeswehr im Funkloch

Digitalisierung als nächstes Beschaffungsdesaster

von Jürgen Wagner

Seit Jahren gleicht das Beschaffungswesen der Bundeswehr einer Realsatire, über die man sich amüsieren könnte, wenn – ganz abseits der grundsätzlichen Frage, inwieweit Kriegsgerät überhaupt beschafft werden sollte – dadurch nicht Milliardenbeträge versenkt würden. Ganz aktuell sind die Umstände, unter denen die Anschaffung neuer digitaler Funkgeräte verbockt wurde, regelrecht spektakulär. Dabei ist es nicht allein die Tatsache, dass bei der Bestellung schlicht vergessen wurde, dass man sich auch um den Einbau kümmern muss, auch Verteidigungsminister Boris Pistorius macht bei der ganzen Angelegenheit keine gute Figur. Dass es jetzt zu massiven Verzögerungen kommt, obwohl hier auf ein extra vor nicht allzu langer Zeit geschaffenes Prozedere zur Beschleunigung des Beschaffungswesens zurückgegriffen wurde, setzt dem Ganzen dann die Krone auf. Generell deutet zudem nichts darauf hin, dass künftige Beschaffungsprojekte reibungsloser über die Bühne gehen werden – im Gegenteil.

Von Panne zu Panne

Im bislang letzten 17. Rüstungsbericht der Bundesregierung wird das Beschaffungsdebakel mit Zahlen unterlegt: Demzufolge weisen die Großprojekte der Bundeswehr eine durchschnittliche Verspätung von 33 Monaten bei Gesamtkostensteigerungen von 11,849 Mrd. Euro auf. Auf den ersten Blick stellt dies zumindest für Rüstungsbefürworter womöglich eine Verbesserung dar, schließlich war zB im 14. Rüstungsbericht vom Dezember 2021 noch von einer Verspätung von 52 Monaten und Kostensteigerungen von 13,8 Mrd. Euro die Rede. Diese Entwicklung rührt aber vor allem daher, dass in den letzten Jahren einige der problematischsten Projekte zum Abschluss gebracht worden waren. Gleichzeitig kamen eine Reihe neuer Beschaffungsvorhaben hinzu, die bislang kaum oder wenig Gelegenheit hatten, drastische Verspätungen oder Kostensteigerungen zu fabrizieren (im aktuellen Bericht zB F-35A, Boxer, Arrow… siehe IMI-Standpunkt 2023/21).

Schlagzeilen machte in jüngster Zeit unter anderem der Pannenpanzer Puma, der nach 69-monatiger Verspätung deutlich teurer als geplant ausgeliefert wurde. Dabei befand er sich allerdings in einem so erbärmlichen Zustand, dass er für hohe dreistellige Millionenbeträge nachgerüstet werden musste, nur damit dann von diesen bereits aufgebohrten Panzern im Dezember letzten Jahres 18 von 18 Stück bei einer Übung den Geist aufgaben (siehe IMI-Analyse 2023/02). Dennoch gab der Haushaltsausschuss nach etwas Hin und Her nicht nur die Gelder für die Aufrüstung von 143 weiteren Pumas frei, sondern auch 1,5 Milliarden Euro für die Beschaffung von 50 weiteren dieser Prachtexemplare. Ähnlich „reibungslos“ verläuft die Beschaffung neuer Flottendienstboote, bei denen die Kosten mittlerweile von zwei Milliarden Euro auf 3,2 Milliarden Euro geklettert sind (siehe IMI-Standpunkt 2023/024). Auch das Luftverteidigungssystem Arrow 3 scheint sich hier nun einzureihen: Nur kurz nachdem der Haushaltsausschuss im Juni 2023 die vier Milliarden hierfür bewilligt hatte, meldeten sich erste Stimmen, die dem Projekt weitgehende Nutzlosigkeit attestierten. So wurde bereits im Juli 2023 unter anderem aus den Reihen des Frankfurter Friedensforschungsinstituts (PRIF) darauf hingewiesen, dass sich Arrow 3 überhaupt nicht für die Abwehr der bedrohlichsten russischen Raketen eignet: „Die größte Bedrohung für Deutschland und Europa geht derzeit vor allem von russischen Kurzstreckenraketen des Typs 9K720 Iskander und der Hyperschallwaffe Kh-47M2 Kinzhal sowie von russischen Marschflugkörpern aus. Allen diesen Waffensystemen ist allerdings gemein, dass sie die Erdatmosphäre während ihres Fluges gar nicht verlassen. In anderen Worten: Arrow 3 kann russische Kurzstreckenraketen oder Marschflugkörper überhaupt nicht abfangen.“ Dementsprechend zitiert der PRIF-Artikel auch andere Forscher, die zu einem ähnlichen Ergebnis gelangen. Simon Højbjerg Petersen, Experte für die Abwehr ballistischer Raketen, wird mit den Worten wiedergegeben, er halte den Kauf von Arrow 3

für „die seltsamste Beschaffungsentscheidung, die ich seit langem gesehen habe.“ Diese Kritik wurde dann auch von der Welt (28.09.2023, Nr. 189, S. 10) aufgegriffen: „Der Deal wird aktuell so schnell abgewickelt wie kaum ein Rüstungsgeschäft vor ihm. So schnell, dass Kritiker des Deals kaum zu Wort kommen. Doch hinter den Kulissen der deutschen Verteidigungspolitik brodelt es. Diverse Experten zweifeln öffentlich am Nutzen der Arrow 3 für Deutschland und Europa. Sie monieren, dass praktische Gründe bei der Beschaffung augenscheinlich nur eine untergeordnete Rolle spielen - und dass die Bundesregierung die Kritik gar nicht erst wahrnehmen möchte.“ So wird Frank Sauer, Strategieexperte bei der Bundeswehruniversität München, mit den Worten zitiert: „Arrow 3 schließt eine Fähigkeitslücke, zu der es in Europa zurzeit gar keine passende Bedrohung gibt. […] Zur Abwehr klassischer Marschflugkörper oder auch zur Abwehr der neuen Hyperschallwaffen wie der russischen ‚Kinschal‘ ist [Arrow 3] nicht geeignet. Denn diese Raketen fliegen allesamt innerhalb der Atmosphäre.“

Während sich das Luftverteidigungssystem Arrow 3 erst am Anfang seiner Beschaffungsmisere befindet, steckt die Digitalisierung der Bundeswehr bereits mittendrin.

Funkgeräte: Einbau vergessen

Nach aktuellen Planungen soll dem Bereich „Führungsfähigkeit/Digitalisierung“ rund ein Viertel des Bundeswehr-Sondervermögens zufließen. Im Zentrum steht dabei die „Digitalisierung Landbasierter Operationen“ (D-LBO), die auf eine Vollvernetzung von der taktischen bis hin zur strategischen Ebene zielt. Dafür müssen unter anderem sämtliche bislang analog arbeitende Funkgeräte in zigtausend Fahrzeugen der Bundeswehr ausgetauscht werden. Die Gelder für die Bestellung internettauglicher und abhörsicherer Funkgeräte wurden vom Haushaltsausschuss am 14. Dezember 2022 bewilligt. Freigegeben wurden 1,35 Milliarden Euro für etwa 20.000 Funkgeräte. Ferner wurde mit dem Hersteller, dem Münchner Unternehmen Rohde & Schwarz, eine Option für den Kauf weiterer 14.000 Funkgeräte zum Preis von 1,52 Milliarden Euro vereinbart (für die Betriebskosten in den kommenden 20 Jahren wurden außerdem 2,2 Milliarden Euro veranschlagt).

Diese Funkgeräte laufen nun zu – oder besser: auf. Denn augenscheinlich hat sich niemand darüber Gedanken gemacht, dass die Teile auch in die Fahrzeuge eingebaut werden müssen: „Seit Januar laufen Monat für Monat Funkgeräte zu - um dann in Depots eingelagert zu werden. […] Der Grund: In den zuständigen Abteilungen des Verteidigungsministeriums und des nachgeordneten Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung hat sich offenbar niemand um die Detailfrage der Montage gekümmert - jedenfalls nicht rechtzeitig und abgestimmt.“ (Die Welt, 27.9.2023)

Pistorius: Von der Offensive zum Rückzug

Kurz nach Aufkommen der Kritik am Funkgeräte-Beschaffungsvorgang ging Verteidigungsminister Boris Pistorius erst einmal in die Offensive, nur um kurz darauf wieder zurückrudern zu müssen: „‘Falscher als falsch‘ nannte Boris Pistorius Berichte über erhebliche Probleme mit neuen Funkgeräten. Nun zeigt sich: Informiert war der Minister schlechter als schlecht.“ (Zeit online, 27.9.2023) Der Versuch, die Angelegenheit herunterzukochen, scheiterte schon allein daran, dass Spiegel Online (25.9.2023) eine interne Einschätzung der Bundeswehr durchgestochen wurde, die das genaue Gegenteil dessen besagte, was der Verteidigungsminister von sich gab: „In dem vertraulichen Sachstand jedenfalls räumt sein [Pistorius‘] Haus erhebliche Fehlplanungen bei der Beschaffung der neuen Funkgeräte-Generation ein. […] Im Kern räumt das als Verschlusssache eingestufte Papier ein, dass sich die Planer der Bundeswehr bei der Entscheidung für das Funkgerät D-LBO des Herstellers Rohde und Schwarz offenbar gar keine Gedanken gemacht hatten, wie man die Geräte in die verschiedenen Bundeswehr-Fahrzeugtypen einbaut. […] Der bisherige Zeitplan für die Einführung des Systems wirkt angesichts der Probleme völlig unrealistisch. ‚Die unterschätzte Komplexität‘, so räumt das Ministerium jetzt ein, führe zu erheblichen Verzögerungen.“

Allerdings sind auch diese Aussagen einigermaßen dubios, es bleibt wohl das Geheimnis des Verteidigungsministeriums, weshalb man sich dort keine Gedanken um den Einbau der Funkgeräte gemacht haben soll, wenn – worauf Thomas Wiegold, Betreiber des Blogs Augen geradeaus! hinwies – das Problem bereits im 8. Bericht des Verteidigungsministeriums zu Rüstungsangelegenheiten vom Dezember 2018, wenn auch etwas verklausuliert, angesprochen wurde: „Die großen Herausforderungen und Risiken von D-LBO liegen wegen der Vielzahl und Verschiedenartigkeit der zu betrachtenden mobilen Elemente sowie der Integration verschiedener Kommunikationstechnologien in der zeitlichen und inhaltlichen Strukturierung der durchzuführenden Beschaffung bei gleichzeitig dynamisch fortschreitender technischer Innovation im Bereich Digitalisierung. Vor allem geht es dabei um zeitgerechte Integration in die unterschiedlichen Plattformen, um die identifizierten Kräftedispositive unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen wie u.a. der Erhalt der Einsatzbereitschaft oder der Industriekapazität zur Plattformintegration, zeitgerecht ausstatten und umrüsten zu können.“

Jedenfalls änderte Pistorius schnell seine „Falscher-als-falsch-Rhetorik“: Er sei „sehr verärgert“ über die Fehlinformationen, die er über die Angelegenheit aus seinem Haus erhalten habe – seine Verantwortung sei das Desaster allerdings nicht, schließlich wären die Funkgeräte noch unter seiner Vorgängerin Christine Lambrecht bestellt worden. Ganz als kampferprobter Krisenmanager versuche er nun „zu heilen, was zu heilen ist“.

Recht gallig beschreibt Zeit online (27.9.2023) die als Kommandokette daherkommende stille Beschaffungspost der Bundeswehr mit folgenden Worten: „Es funktioniert so: Dort, wo man bei der Bundeswehr Maschinengewehre anfasst, Flugzeuge, Schiffe und Helikopter auseinander- und wieder zusammenschraubt oder halt Funkgeräte einbaut, stellt jemand fest: Da ist was kaputt, da fehlt was, da braucht man was Neues. In der Meldekette nach oben wird in jedem Glied – und davon gibt es viele – das Kaputte ein wenig weniger kaputt, das Fehlende etwas, das bestimmt schon unterwegs ist, und das, was man neu braucht, zu etwas, was so neu gar nicht sein muss. Und am Ende sind die Dinge ‚noch verwendbar‘, ‚im Zulauf‘ oder ‚gehen auch so noch‘.“

Doch auch damit ist die Geschichte noch nicht auserzählt – denn vor allem der Informationsfluss im unmittelbaren Umfeld des Verteidigungsministers wirft einige Fragen auf: „Wie der Business Insider aufgrund eigener Recherchen berichtet, nahm Nils Hilmer (SPD), Staatssekretär im Verteidigungsministerium, am 16. August an einem Treffen teil, bei dem die Probleme mit den Funkgeräten besprochen wurden. Bei dem Treffen im Beschaffungsamt Koblenz seien die Probleme mit dem Einbau, deren zeitliche Auswirkungen und Kosten thematisiert worden. Entspricht der Bericht der Wahrheit, so stellen sich zwei Fragen. Hat Pistorius nur vorgegeben, nicht schon früher von dem Debakel gewusst zu haben? Oder wurden dem Verteidigungsminister von einem seiner engsten Vertrauten Informationen vorenthalten?“ (Fuldauer Zeitung, 27.9.2023)

Juristische Querelen

Eigentlich müssen Rüstungsaufträge europaweit ausgeschrieben werden, in dringenden Fällen nationalen Interesses und zum Schutz von Schlüsseltechnologien pocht die Bundesregierung aber darauf, Ausnahmen machen zu können – so auch im Fall der Funkgeräte, wo der Auftrag direkt Rhode & Schwarz zugeschustert wurde.

Das Prozedere erboste den Mitkonkurrenten Thales derart, dass er gegen die Vergabe vor Gericht zog. Ein kleines, aber durchaus pikantes Detail ist in diesem Zusammenhang die Ursache, weshalb der Konzern wohl juristische Schritte ergriff, offenbart es doch viel über den aktuellen Stand der deutsch-französischen „Freundschaft“: „Beobachter gehen davon aus, dass Thales Deutschland die Klage vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf mit der Konzernmutter in Paris abgestimmt hat. Da sich Thales in Teil-Staatsbesitz und letztlich aufgrund der Beziehung zu den französischen Streitkräften als wichtigstem Kunden quasi unter Staatskontrolle befindet, könnte die Klage […] auch als Spitze Frankreichs gegen das deutsche Verteidigungsministerium interpretiert werden. [Sie] wird in Fachkreisen als Retourkutsche von Staatspräsident Emmanuel Macron für die offenbar ohne Absprache mit Paris erfolgte Umsetzung der European Sky Shield Initiative (ESSI) in der Luftverteidigung durch Deutschland gesehen.“ (Europäischen Sicherheit & Technik, 29.6.2023)

Welche Motivation auch immer dahinterstecken mag, die Klage ist weiterhin anhängig und würde ihr stattgegeben, müsste wohl eine Neuausschreibung des Auftrags erfolgen. Dass dennoch mit der Auslieferung der Funkgeräte begonnen werden konnte, war nur durch kürzliche rechtliche Änderungen möglich: „Dass die Führungsfunkgeräte trotz des anhängigen Rechtsstreits ausgeliefert und auch bezahlt werden, liegt an von Pistorius‘ Vorgängerin Christine Lambrecht (SPD) durchgesetzten Änderungen im Vergaberecht, die Verzögerungen in der Zeitenwende verhindern sollten.“ (Tagesspiegel, 24.9.2023)

NATO-Ziele versenkt – nächster Skandal bahnt sich an

Die Bundeswehr hat der NATO zugesagt, bis 2025 eine digitalisierte Division (~15.000-20.000 Soldat*innen) zur Verfügung zu stellen (siehe IMI-Analyse 2022/45). Da die Funkgeräte in über 100 unterschiedliche Fahrzeugtypen eingebaut werden müssen und sich dabei derzeit wohl allerlei neue bislang ungeahnte Probleme auftun, gehen Beobachter*innen nicht davon aus, dass der bisherige Zeitplan eingehalten werden kann: „Dabei drängt die Zeit. Die Bundesregierung steht bei der Nato im Wort, ab 2025 eine voll ausgerüstete Division mit drei Brigaden und 15.000 Soldaten bereitzustellen. Die vorbereitenden Übungen und Zertifizierungen stehen bereits 2024 an. Dafür müssten rund 10.000 Fahrzeuge mit einer digitalen Anfangsbefähigung (‚D-LBO basic‘) zur Verfügung stehen. Ohne diese Ausstattung wäre die Division mit veralteter Kommunikationstechnik nicht führungsfähig, die Zusage an die Nato obsolet - eine Blamage für den Kanzler und seinen Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD).“ (Die Welt, 27.9.2023)

Unterdessen bahnt sich bereits der nächste Skandal an: So meldete der Business Insider (2.10.2023), bis Ende des Jahres solle mit Airbus ein Vertrag zur Liefe-

rung von bis zu 82 H145M-Helikoptern abgeschlossen werden. Sie sollen die Tiger-Kampfhubschrauberflotte der Bundeswehr ersetzen und das, obwohl hiergegen massive Bedenken geäußert wurden: „[Es] gibt […] innerhalb des Ministeriums sowie der Bundeswehr gravierende technische, finanzielle, operative sowie juristische Bedenken gegen das Beschaffungsvorhaben. Die zuständige Wehrtechnische Dienststelle der Bundeswehr etwa schrieb von einer ‚rein politischen Entscheidung, die am operationellen Bedarf vorbeigeht'; die Unterabteilung Strategische Fähigkeitsentwicklung im BMVg warnte vor ‚Einschränkungen bei Gefechtstauglichkeit, Durchsetzungs- und Durchhaltefähigkeit sowie dem Schutz der Besatzung'."

Erneut ohne Ausschreibung sollen die wohl acht Milliarden Euro an Airbus gehen, was auch damit zusammenhängen dürfte, dass Airbus laut Business Insider zusammen mit dem Bundeswehr-Beschaffungsamt die Anforderungen für das Projekt ausgearbeitet haben soll, um etwaige Konkurrenten von vorneherein hinauszudrängen: „Begründung: Trotz möglicher Alternativen von Bell oder Leonardo könne nur Airbus mit seinen H145M das leisten, was die Truppe brauche. Eine Argumentation, die jedoch nach neuen Recherchen von Business Insider konstruiert wirkt. Denn der Konzern hat nach vorliegenden Informationen an der Erstellung der Vergabeunterlagen für den Milliardendeal im Vorfeld kräftig mitgearbeitet. So half das Unternehmen den Beamten des Bundeswehr-Beschaffungsamtes (Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr, kurz: BAAINBw), die Anforderungen an das Rüstungsprojekt so zu formulieren, dass es auf das spätere Angebot von Airbus passt." (ebd.)

Funkgerät der U.S. Air Force 2020 in Djibouti. Quelle: Flickr/ Senior Airman Gage Daniel.

Mit Tempo gegen die Wand

Was diese ganzen Affären vor allem vor Augen führen, ist die Vielebenen-Dysfunktionalität des Bundeswehr-Beschaffungssystems. Doch ein Ende ist nicht in Sicht: Schon von einem 63-seitigen Reformpapier, das noch unter Verteidigungsministerin Christine Lambrecht erarbeitet wurde, gingen Beobachter*innen nicht davon aus, dass es geeignet sei, die Probleme im Beschaffungsprozess zu beheben. Ihr Nachfolger Boris Pistorius kassierte dieses Reformpapier dann gleich ganz ein und setzt stattdessen auf Tempo. In einem als „Pistorius-Doktrin" bekanntgewordenen Tagesbefehl Ende April 2023, postulierte er, bei der Beschaffung habe vor allem der „Faktor Zeit" fortan „oberste Priorität".

Und tatsächlich wurden laut Handelsblatt (4.10.2023) im Zeitraum zwischen 1. Januar und 21. August 2023 bereits 31 Beschaffungsvorlagen mit einem Gesamtwert von rund 21 Milliarden Euro vorgelegt - rund doppelt so viel wie im Vorjahr. Möglich sei dies geworden, weil es aus der Ministeriumsspitze die klare Ansage gegeben habe, es sei kein Beinbruch, wenn zugunsten des Tempos auch einmal Flüchtigkeitsfehler passieren würden. Allerdings scheint genau dies nun unter anderem bei der Beschaffung der Funkgeräte zu den beschriebenen Problemen geführt zu haben, berichtet das Handelsblatt weiter: „Größeres Tempo kann aber auch ein höheres Fehlerrisiko bedeuten und die Rechtssicherheit der Verfahren einschränken. Bei der Auftragsvergabe für die neuen Digitalfunkgeräte ist offenbar der technische Aufwand, die Geräte in Hunderte verschiedene Fahrzeugtypen zu integrieren, nicht ausreichend bedacht worden. Die Folge: Der Zeitplan für die Einführung wird sich wohl um mindestens ein Jahr verzögern."

Gleichzeitig schießen durch das Sondervermögen die Rüstungsinvestitionen der Bundeswehr durch die Decke: Im kommenden Jahr sollen sie auf 21,9 Mrd. Euro klettern (von 8,9 Mrd. Euro (2022) und 16,2 Mrd. Euro (2023)). Wie ein schon zuvor hoffnungslos überforderter Beschaffungsapparat mit diesen zusätzlichen Geldern zurande kommen soll, bleibt das Geheimnis derjenigen, die immer mehr Geld für die Bundeswehr fordern – immer häufiger sogar verknüpft mit der schamlosen Forderung, zur Re-Finanzierung die Sozialausgaben radikal zusammenzukürzen (siehe IMI-Studie 2023/2).

Digitaler MIK?

Teil 1: Politikgestaltende Netzwerke aus Wissenschaft, Militär und Digitalwirtschaft in den USA

von Christoph Marischka

Die Ursprünge des digitalen Zeitalters im Zweiten Weltkrieg

In seinem (sehr lesenswerten) Buch „Turings Kathedrale“ macht der Wissenschaftshistoriker George Dyson in der Entwicklung des Großrechners ENIAC zwischen 1943 und 1946 am Institute for Advanced Study in Princeton „[d]ie Ursprünge des digitalen Zeitalters“ (so der Untertitel) aus.[1] In seiner dichten Beschreibung des Milieus aus teilweise vor dem Krieg geflohenen Wissenschaftler*innen erscheint die alltägliche Gegenwart von Uniformen, die Rolle militärischer Forschungsgelder und Fragestellungen selbstverständlich und irgendwie subtil. Das mag der Wahrnehmung der Beteiligten durchaus entsprechen. Im Mittelpunkt steht die Person John von Neumann, der auch aufgrund seiner engen Verbindungen zum Militär schnell zum Mastermind des Projekts wurde und nach dem jene Computerarchitektur benannt ist, die erstmals im ENIAC umgesetzt wurde und bis heute den meisten Computern zugrunde liegt. Entwickelt wurde der ENIAC zur Berechnung ballistischer Tabellen für das Militär, eingesetzt wurde er v.a. für die Simulation zur Realisierbarkeit der Wasserstoffbombe im Rahmen des Manhatten Projects, in dem von Neumann ebenfalls zur zentralen Person avancierte. Finanziert wurde die Entwicklung des ENIAC von der US Army und wurde nach der öffentlichen Vorstellung 1946 auch an diese übergeben. Unter dem Titel „Erfindung des Computers aus dem Geist der Bombe“ moniert eine Rezension von Dysons Buch trotzdem: „Die Rolle des militärisch-industriellen Komplexes, dem Neumann angehörte, und die moralische Dimension der atomaren Bewaffnung blendet Dyson weitgehend aus“.[2]

Eine ähnliche Entwicklung vollzog sich zeitgleich an der Ostküste der USA, in einer Region, die heute als Silicon Valley weltweit bekannt ist und kopiert wird. Diese Geschichte zeichnet die Historikerin Margaret O‘Mara in ihrem Buch „The Code“ nach, welches den Untertitel „Silicon Valley and the remaking of America“ trägt.[3] O‘Mara war unter der Clinton-Administration selbst als Beraterin für Wirtschafts- und Sozialpolitik tätig und räumt in ihrem Buch (überausführlich) mit der Vorstellung auf, dass es primär individueller Erfindungsgeist und hemdsärmlige Investoren gewesen seien, die den Aufstieg des Valleys ermöglicht hätten. Stattdessen beschreibt sie anhand zahlreicher Biographien die Drehtüreffekte zwischen Militär und Industrie und eine Kaskade von Regierungsprogrammen auf nationaler bis kommunaler Ebene, die primär geopolitisch motiviert waren, sich aber zunehmend als allgemeines Modell der Wirtschafts- (und Technologie-) Förderungen der Vereinigten Staaten etablierten. Das Buch beginnt mit der Ankunft von David Morgenthaler 1949 in Palo Alto, einer Gegend, „die der Krieg zu einer geschäftigen Aktivität angeregt, die Friedenszeit aber wieder in ihre ländliche Verschlafenheit zurückfallen hat lassen“ (ÜdA).[4] Wie und warum sich das schnell wieder änderte, beschreibt O‘Mara im Folgenden. Zusammenfassend sei hier ein Zitat aus einem Interview wiedergegeben, das sie 2020 Cathren Landsgesell von der Wiener Zeitung gab (Untertitel: „Die Historikerin Margaret O‘Mara demontiert in ihrem Buch „The Code“ den Mythos von den Jungs in den Garagen“): „Der Zweite Weltkrieg und der Kalte Krieg brachten sehr viel Geld für die Entwicklung von Waffen und die Computertechnologie. Entscheidend war, dass dieses Geld indirekt floss. Man ließ Vertragspartner aus der Rüstungsindustrie das Geld in Form von Forschungsaufträgen an andere private Unternehmen und Universitäten vergeben […]. Ab den 1950er Jahren siedelten sich im Umfeld viele der staatlichen Rüstungspartner mit Zweigstellen an. Zuerst Lockheed Martin, die in Sunnyvale eine Raketen- und Raumfahrtabteilung aufbauten. Andere Firmen, vor allem aus der Mikroelektronik, machten es ebenso. So entstand eine neue Nische für IKT [Informations- und Kommunikationstechnologie] an der Westküste, während die ganzen Großrechner und die Computerindustrie noch hauptsächlich an der Ostküste waren“.[5]

O‘Mara rekonstruiert in ihrer Darstellung auch die Programme und Institutionen, die das heutige Silicon Valley bereits während des Krieges umstrukturierten, darunter – verteilt über (zu) viele Anekdoten und Biografien – auch das Office of Scientific Research and Development (OSRD), welches 1941 gegründet wurde, unmittelbar dem Präsidenten unterstand und dessen erster Direktor Vannevar Bush war, der bereits 1922 jene Firma gegründet hatte, aus der später der Rüstungsgigant Raytheon hervorging. Das OSRD gilt als Vorläuferorganisation der 1958 gegründeten DARPA, der Forschungsagentur des Pentagon. Deren Forschungsförderung ist bis heute daran orientiert, waghalsige Zukunftsvisionen zu fördern und unter dieser Vorbedingung großzügig Gelder an Universitäten, private Forschungsinstitutionen, (Groß-)Unternehmen und Startups zu vergeben. Eines dieser waghalsigen Projekte war das IARPANET als Vorgänger des Internets. Wie sehr hierbei langfristige und strategische Ziele von Militär und Geheimdiensten im Hintergrund mitgewirkt haben, wird in dem Buch „Surveillance Valley“ von Yasha Levine womöglich etwas zu zugespitzt rekonstruiert.[6]

Nur ein Beispiel: RAND

Trotz ihrer Einbindung in das US-Verteidigungsministerium ist die DARPA eine relativ transparente, gut dokumentierte und bekannte Behörde und Institution der Technologie- und Industriepolitik, die weltweit als Vorbild für ebendiese gilt. Ebenfalls relativ bekannt, in ihrer Zielsetzung und Struktur aber etwas obskurer ist die RAND Cooperation. In der aktuellen Selbstdarstellung ihrer eigenen Geschichte wird als Motivation zur Gründung ausgeführt: „Der Zweite Weltkrieg hat gezeigt, wie wichtig die Forschung und Entwicklung von Technologien für den Erfolg auf dem Schlachtfeld ist. Er lenkte auch die Aufmerksamkeit auf das breite Spektrum von Wissenschaftlern und Akademikern außerhalb des Militärs, die diese Entwicklungen ermöglichten. Als sich der Krieg dem Ende zuneigte, wurde klar, dass ein vollständiger und dauerhafter Frieden möglicherweise nicht gewährleistet werden konnte. Vorausschauende Personen im Kriegsministerium, im Office of Scientific Research and Development und in der Industrie begannen daher über die Notwendigkeit einer privaten Organisation zu diskutieren, die die militärische Planung mit Forschungs- und Entwicklungsentscheidungen verbinden sollte“ [...] „Die neu gegründete Einrichtung, deren Name sich aus einer Verkürzung des Begriffs ‚Forschung und Entwicklung‘ zusammensetzt, widmete sich der Förderung und Unterstützung von wissenschaftlichen, erzieherischen und wohltätigen Zwecken für das öffentliche Wohl und die Sicherheit der Vereinigten Staaten“.[7]

Die Gründung von RAND am 1. Oktober 1945 geht demnach auf sechs Männer zurück, darunter zwei hochrangige Militärs der Army und der Luftwaffe, ein Wissenschaftler des MIT sowie der Präsident und der Chefingenieur des Rüstungsunternehmens Douglas Aircraft Company, das während des Zweiten Weltkriegs fast 30.000 Flugzeuge produziert hatte. Zunächst handelte es sich um eine Abteilung des Unternehmens mit einem Büro auf dem Gelände seines Stammsitzes neben dem Flughafen von Santa Monica. Laut en.wikipedia.org war der damals noch recht kleine Ort bei Los Angeles von der großen Depression schwer betroffen und soll 1933 gerade einmal 1.000 Arbeitsplätze geboten haben. Zehn Jahre später habe demnach allein Douglas Aircraft 44.000 Personen beschäftigt.[8] Im Mai 1948 wurde RAND als „unabhängige und gemeinnützige Organisation“ aus dem Unternehmen ausgegliedert, bezog neue Räumlichkeiten in der Innenstadt von Santa Monica und beschäftigte rund 200 Personen. Anschubfinanzierung erhielt die Organisation von der Ford Foundation, die auch später immer wieder Projekte von RAND finanzierte. Heute beschäftigt RAND etwa 1.800 Menschen an verschiedenen Standorten.

In seiner bald 80-jährigen Geschichte bearbeitete RAND eine Vielzahl und zunehmende Breite von Themen. Eine große Rolle spielte RAND stets bei der Ausarbeitung und Realisierung der US-amerikanischen Nukleardoktrin bis hin zur Erörterung, wo auf dem Planeten welche Träger- und Frühwarnsysteme zu stationieren wären. Eine Festschrift zum 50-jährigen Bestehen hingegen beginnt mit einem ausführlichen Beitrag zur Frage, „Wie RAND in die Sozialfürsorgeforschung einstieg“: „Das Verteidigungsministerium war besorgt, dass die gleichen sozialen Missstände, die in Südostasien den Nährboden für Rebellion bildeten, auch im städtischen Amerika zu finden sein könnten. Die Verbindungen zwischen nationaler Sicherheit und sozialem Wohlergehen lieferten einige der stärksten Argumente für eine Diversifizierung der Forschungsagenda von RAND über rein militärische Fragen hinaus […]. Mit anderen Worten: 1966 ging der nationale Krieg gegen den Kommunismus in einen nationalen Krieg gegen die Armut über“.[9] Auch in Fragen der Bildungspolitik war RAND aktiv und stellte damit – ebenso wie auch O‘Mara in „The Code“ – unter Beweis, wie auch diese in Parametern der nationalen Sicherheit, gerade auch im Hinblick auf Technologieführerschaft gedacht und umgesetzt wird.

Über all die Jahre und Themen hinweg lassen sich jedoch (gerade im Kontext dieses Beitrags, aber auch unabhängig davon) zusammenfassend drei Dinge festhalten: (1) Mathematische Modelle, Methoden und Lösungen dominierten die Arbeit von RAND, (2) RAND war auch deshalb in Verbindung mit Militär und

Industrie ein wesentlicher Akteur bei der Weiterentwicklung der IKT und (3) spielte darüber hinaus eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung von Satelliten und Weltraumprogrammen gerade auch zur Gewinnung von Informationen (über den Gegner) und die Informationsübertragung. Aufgrund einer von Anbeginn großen strukturellen Nähe zur Luftwaffe und der entsprechenden Industrie begünstigte RAND langfristig auch eine strukturelle Nähe der Luft- und Raumfahrt zur IKT-Industrie in den USA und ließe sich überspitzt als eine Art gemeinsamer Lobby-Organisation beider bezeichnen – die zu großen Teilen von Regierungen bezahlt wird und deren Programme mitbestimmt.

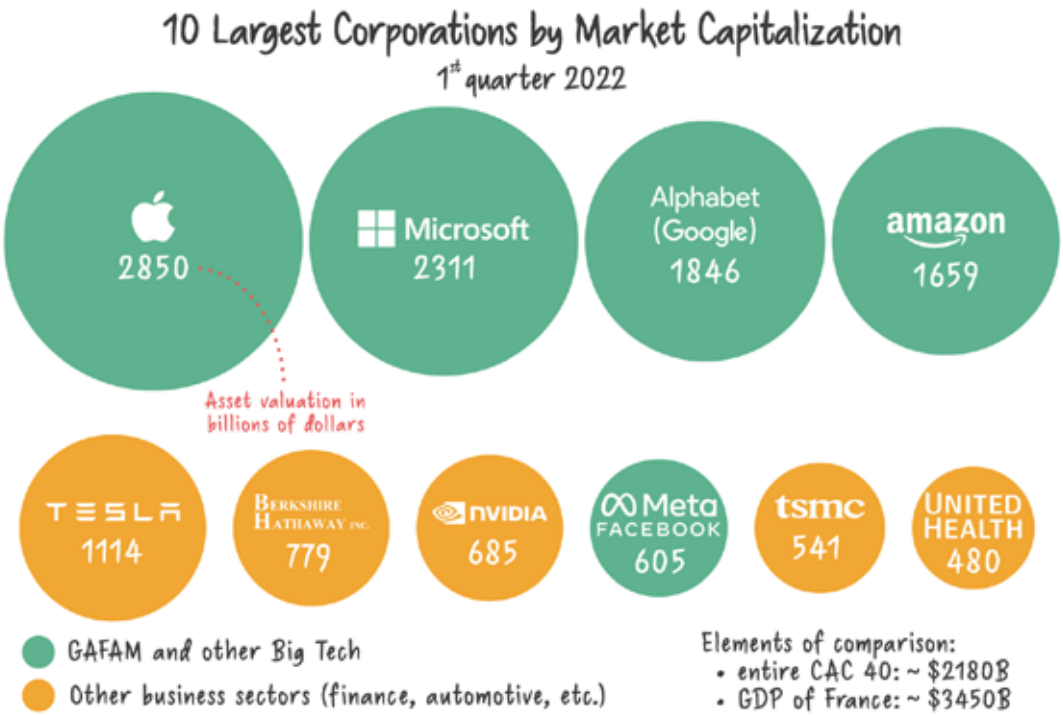
Das Denksystem der RMA

Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, dass RAND auch zahlreiche Studien, explizit und implizit, zur sog. Revolution in Military Affairs (RMA) veröffentlicht hat. Die o.g. Festschrift handelt dieses Thema explizit jedoch eher am Rande ab und verweist auf ein Buch von RAND aus dem Jahr 1997, welches „das Ende der Ära der Massenheere und den Beginn eines Zeitalters, in dem Information und Wissen die wichtigsten Elemente der Macht sind, prophezeit“.[10]

Das damit verbundene Denksystem ist jedoch deutlich älter. Die Reichweite der eigenen Kommunikationssysteme und die Fähigkeit, feindliche abzufangen oder zu stören, galt schon lange doktrinär als Voraussetzung für Überlegenheit auf dem Schlachtfeld und globale Vorherrschaft. Dies war nicht auf die militärische Sphäre begrenzt und fing auch nicht erst mit der elektrischen Telegraphie an, sondern hatte sich bereits in vorangegangenen Epochen des Imperialismus und Kolonialismus herausgestellt. Die Frage der „Führung“, also der Möglichkeit zur Kommunikation zwischen den Kräften im Feld (oder den Kolonien) und den Hauptquartieren in der Etappe (oder den Metropolen) gilt Vielen als Erklärung, wie wenige Soldaten und Beamte ganze Bevölkerungsgruppen unterwerfen konnten. Zugespitzt ließe sie sich bereits im Mythos von Marathon erkennen. Mit den Vorläufern der elektronischen Datenverarbeitung (damals noch nicht als EDV abgekürzt) wurden dann bereits vor und während des Zweiten Weltkrieges Hoffnungen wach, dass es mit den damit verbundenen Fähigkeiten möglich werden könnte, den ‚Nebel des Krieges‘ zu lichten und sogar die Zukunft vorherzusehen – und sei es nur, relativ banal, die Flugbahn eines angreifenden Flugobjektes.

Die RMA wie sie u.a. RAND – damals noch nicht unter diesem Begriff – vertraten, spielte eine gewichtige, auch ideologische Rolle im Kalten Krieg. Gerade auch die mathematischen Modelle aus dem RAND-Umfeld zu Populationsentwicklungen bestätigten eine personelle Übermacht potentieller Gegner, die im populären Diskurs in entmenschlichenden Begriffen wie der „Roten Gefahr“ oder der „Gelben Gefahr“ ihre Entsprechung fanden. Als Ausweg, zumindest in einem konventionellen Krieg doch die Oberhand gewinnen zu können, wird technologische Überlegenheit anvisiert und propagiert.[11] Dies gilt sowohl grundsätzlich für alle Technologien (z.B. Reichweite von Geschossen, Sprengkraft, Tarnung, Psychologische Kriegführung) als auch insbesondere für die IKT, also die Sensorik, Führungs- und Kommunikationstechnologie. Die zugrunde liegende Fragestellung wird in einer weiteren Dokumentation zum 50jährigen Bestehen von RAND so definiert: „Wie kann die Flut von Informationen aus den Sensorsystemen so verarbeitet und integriert werden, dass ein kohärentes Bild des Gefechtsfeldes entsteht und den Einsatzkräften bei Bedarf übermittelt werden kann?“.[12]

Mit vermutlich zehntausenden ehemaligen Mitarbeitenden, Gastwissenschaftler*innen, Teilnehmenden ihres Graduiertenprogramms und ihrer Projekte und Arbeitsgruppen kann RAND sicherlich als einer der produktiven Kerne des Denksystems der RMA ausgemacht werden und zudem als einer, der die IKT-Industrie aktiv förderte und ihre Zusammenarbeit mit Militär und Regierung vorantrieb. Gleichwohl ist die RMA keine unumstrittene Theorie, sondern in weiten Teilen eine Echokammer, welche die beteiligten Planungsstäbe, Industrien und Beratungsgesellschaften ernährt, die Allokation von öffentlichen Geldern wesentlich beeinträchtigt und auch den öffentlichen Diskurs – weit über das militärische hinaus – prägt. Empirische Gegenbeispiele gibt es zuhauf: Dazu zählt etwa das über 20 Jahre anhaltende „Engagement“ von NATO und USA in Afghanistan, bei dem alle erdenklichen Formen von IKT-Entwicklungen zum Einsatz kamen, um ein digitales Lagebild zu erschaffen, wie es noch nie zuvor existierte – und das trotzdem in einem Desaster endete. Selbst die US-Kriegführung im Irak, die 1991 und 2003 von rapiden Geländegewinnen geprägt war, welche im RMA-Diskurs jeweils v.a. auf die Informations-Überlegenheit der US-Streitkräfte und ihrer Verbündeten zurückgeführt wurde, erweist sich im Rückblick eher als strategischer Fehlschlag und Ausgangspunkt eines Bedeutungsverlustes der USA im arabischen Osten. Auch am aktuellen Krieg in der Ukraine lässt sich die Theorie der RMA diskutieren. Allgemein jedenfalls wird davon ausgegangen, dass die ukrainischen Streitkräfte auf dem Gebiet der IKT überlegen sind, besser aufklären und vernetzter agieren, als die russischen. Ob diese Überlegenheit sich jedoch auf Dauer gegenüber dem deutlich größeren Mobilisierungspotential der russischen Seite durchsetzen wird, bleibt abzuwarten.



Die zehn größten Unternehmen weltweit nach Marktkapitalisierung basierend auf Daten von Wikipedia. Quelle: Wikimedia Commons/ YBSLE.

Die neuen Player: Google & Co

Mit der Ausbreitung des Internets, unterstützt durch eine förderliche (Steuer-)Gesetzgebung, niedrige Zinsen und große Verfügbarkeit von Risikokapital erlebten das Silicon Valley und seine vielen weltweiten Ableger ab Mitte der 1990er Jahre eine neue Gründungswelle. Die Unternehmen, welche den anschließenden Dot-Com-Crash ab 1999 überlebten, konnten den alten Mythos von staatsfernem, hemdsärmligem Erfindungsgeist und Investorentum erneuern und pflegen tw. erfolgreich bis heute ein entsprechendes, freundliches Image. Mittlerweile sind jedoch auch hier eine Vielzahl von Verbindungen in Militär- und Geheimdienstkreise bereits in frühen Phasen der Entwicklung öffentlich geworden. Einer der bekanntesten Fälle sind die Vorläufer von Google Earth, die von einem Startup entwickelt wurden, an dem sich der Risikokapital-Fonds des CIA, In-Q-Tel, beteiligt hatte, bevor es an Google verkauft wurde. Das Branchenportal Crunchbase listet zahlreiche weitere entsprechende Fälle auf, so auch mehrere Unternehmen mit In-Q-Tel-Beteiligung, die in Amazon Web Services (AWS) aufgingen.[13] Unter dem Titel „How the CIA made Google“ beschreibt der (umstrittene) Investigativ-Journalist Nafeez Ahmed gar, „wie der US-Geheimdienst Google finanzierte, förderte und inkubierte, um die Welt durch die Kontrolle von Informationen zu beherrschen. Google, das von der NSA und der CIA finanziert wurde, war nur das erste einer ganzen Reihe von Startups aus dem Privatsektor, die von den US-Geheimdiensten kooptiert wurden, um die ‚Informationsüberlegenheit‘ zu erhalten“. Eines seiner Hauptargumente besteht darin, dass die späteren Gründer des Unternehmens, Sergey Brin and Larry Page, während ihrer Zeit in Stanford in Teilen von den Programmen Digital Library Initiative (DLI) und Massive Digital Data Systems (MDDS) finanziert worden seien, während sie den Kern dessen entwickelt hätten, was später ihre berühmte Suchmaschine werden würde. Eine zentrale Rolle misst Ahmed außerdem dem Highland-Forum zu, bei dem es sich demnach um ein vom Pentagon finanziertes „privates Netzwerk“ handele, das „seit Mitte der 1990er Jahre als Brücke zwischen dem Pentagon und mächtigen [US-]amerikanischen Eliten wirkt“ und zugleich als ein sicherheitspolitisch motivierter Fonds für Risikokapital agiere.[14]

In einem deutlich sachlicheren Ton schrieb kürzlich Evgeny Morozov in der Monde Diplomatique über „Kalte Krieger im Silicon Valley“ und hob dabei als neuere Entwicklung die 2022 erfolgte Gründung des America’s Frontier Fund (AFF) vor. Diese Plattform will durch strategische Investitionen die US-amerikanische Technologieführerschaft sichern. Als Kopf hinter dem AFF macht Morozov den ehemaligen CEO von Google, Investor und Politikberater Eric Schmid aus und geht näher auf dessen Forderungen an die Politik ein: Schmid werbe „leidenschaftlich für ‚Beihilfen, staatlich abgesicherte Kredite und Abnahmeverpflichtungen‘ [...]. Sie seien die richtigen Instrumente, um Washingtons langfristige Tech-Ziele zu erreichen. Ausgezahlt werden sollen diese Beihilfen natürlich durch Organisationen wie den AFF, denn die wüssten

im Unterschied zu herkömmlichen Risikokapitalfonds, wie man das Geld so investiert, dass es langfristigen Interessen zugutekommt“. Morozov vermutet: „Vielleicht erleben wir eher einen bizarren neuen ‚militärischen Neoliberalismus‘, der durch noch mehr Staatsausgaben für KI und cloudbasierte Dienste die Ungleichheit weiter verschärft und die Aktionäre der Tech-Giganten noch reicher macht“. Zugleich glichen diese Vorstellungen „aufs Haar dem ‚militärischen Keynesianismus‘ aus der Zeit des Kalten Kriegs“. Zusammenfassend könnte man eben doch feststellen, dass auch Amazon, Google und Co. schlicht Teil jenes militärisch-industriellen Komplexes sind, mit dessen staatlicher Förderung und militärischer Beeinflussung die USA bereits seit vielen Jahrzehnten umfangreiche Erfahrungen gemacht haben.[15]

Wie schon in früheren Zeiten ist die Förderung großzügig und relativ unspezifisch. Während es früher v.a. um Hardware und Geschwindigkeit ging, scheint nun die schiere Menge an Daten als grundsätzliches Kriterium hinzuzukommen – das suggerieren alleine die Namen der o.g. Programme, von denen die Google-Gründer profitiert haben sollen. Die Logik hinter dieser Industriepolitik lässt sich mit einem Zitat zusammenfassen, das gemeinhin Keith Brian Alexander, zugeordnet wird, der 2010 nach fünf Jahren an der Spitze der NSA zum ersten Kommandeur des neu eingerichteten US Cyber Command wurde: „Um eine Nadel zu finden, braucht man zuerst einen Heuhaufen“. Gemeint waren natürlich Daten. Man könnte das Zitat jedoch auch als Paradigma einer Industriepolitik lesen, die einfach mal alles fördert und unterstützt, was (in den USA) Daten produziert, sammelt und auswertet. Wenn man Levines „Surveillance Valley“ Glauben schenken mag, ist auch dieser Ansatz nicht wirklich neu. Geprägt ist er von der berechtigten Zuversicht, dass man sich – wenn es darauf ankommt – schon den Zugang zu den entsprechenden Daten und Technologien wird verschaffen können. Nach langem Gerangel zwischen Microsoft und Amazon (AWS) wurde 2022 bekannt, dass ein Mammut-Vertrag in Höhe von neun Mrd. US$ für Cloud-Infrastrukturen des Militärs nun an Google, AWS, Microsoft und Oracle gemeinsam vergeben wird.[16]

Anmerkungen

1 Dyson, George: Turings Kathedrale. Die Ursprünge des digitalen Zeitalters, Berlin 2014.

2 Von Wallwitz, Georg: Erfindung des Computers aus dem Geist der Bombe, Berliner Morgenpost online, 2.11.2014.

3 O’Mara, Margaret: The Code. Silicon Valley and the Remaking of America, New York 2019.

4 He was also instrumental in helping change the U.S. capital gains tax rate from 49% to 28% in 1978 and amending ERISA legislation to allow pension funds to invest in venture capital in 1979.

5 Landsgesell, Cathren: Wie der Kalte Krieg Silicon Valley erschuf, Wiener Zeitung, 26.2.2020.

6 Levine, Yasha: Surveillance Valley: The Secret Military History of the Internet, London 2019.

7 „A Brief History of RAND“, rand.org (Stand 25.7.2023), übersetzt mit deepl.com. Während KI-basierte Übersetzungstools wie deepl die nützliche Funktion haben, suggestive Übersetzungen der Autor*innen auszuschließen, zeigen sich an diesem Beispiel auch Defizite. Der Autor hielte in diesem Zusammenhang z.B. den Begriff „bildungspolitische“ statt „erzieherische … Zwecke“ gerade vor dem Hintergrund von O‘Maras Darstellungen für angebrachter. Auch die Übersetzung „das öffentliche Wohl und die Sicherheit der Vereinigten Staaten“ erscheint ihm in diesem Kontext gewissermaßen abgerüstet gegenüber dem, was ansonsten als „security of the United States“ chiffriert und im Gesamtzusammenhang geopolitisch zu verstehen wäre.

8 https://en.wikipedia.org/wiki/Santa_Monica,_California (Stand 25.7.2023).

9 „Out of the Blue Yonder. How RAND Diversified into Social Welfare Research“, Rand Review Vol. 22, No. 1.

10 „50 Years of looking forward”, Rand Review Vol. 22, No. 1.

11 Diese Argumentation wurde auch angesichts des „Abnutzungskrieges“ in der Ukraine 2023 aus dem Umfeld von RAND genutzt, vgl: Jones Seth G./McCabe, Riley/Palmer, Alexander: Ukrainian Innovation in a War of Attrition, CSIS Briefs February 2023.

12 Augenstein, Bruno: Space, in: RAND: 50th Project Air Force, https://www.rand.org/content/dam/rand/www/external/publications/PAFbook.pdf.

13 Page, Holden: What Big Tech Has Acquired From In-Q-Tel, The CIA’s VC Arm, news.crunchbase.com, 8.6.2018. https://news.crunchbase.com/liquidity/what-big-tech-has-acquired-from-in-q-tel-the-cias-vc-arm/.

14 Ahmed, Nafeez: How the CIA made Google, medium.com, 22.1.2015. https://medium.com/insurge-intelligence/how-the-cia-made-google-e836451a959e.

15 Morozov, Evgeny: Kalte Krieger im Silicon Valley, Le Monde diplomatique, 11.05.2023.

16 Ebd.

Es handelt sich hier um den ersten von drei Teilen einer ausführlichen Studie zur Rolle der Digitalwirtschaft im Militärisch-Industriellen-Komplex in Deutschland und den USA, die als IMI-Studie 2023/04 „Ein digitaler MIK – oder viele?“ online erschien.

Eine alternative Sicherheitsarchitektur nach dem Ukrainekrieg

von Malte Lühmann

Der Krieg in der Ukraine ist weiterhin in vollem Gange. Die russischen Streitkräfte setzen ihren Angriff unvermittelt fort und halten große Teile des Nachbarlandes besetzt. Die ukrainische Armee tut ihr Möglichstes, dem Angriff zu widerstehen und erhält dafür Unterstützung vor allem in Form umfangreicher Waffenhilfe von EU und NATO. Europa und seine Nachbarn sind damit aktuell noch weiter von Frieden und „gemeinsamer Sicherheit“ entfernt als lange zuvor. Wann und unter welchen Bedingungen dieser Krieg ein Ende finden wird, ist aus heutiger Sicht unabsehbar. Angesichts der täglich steigenden Opferzahlen und des unermesslichen Leids der Bevölkerung in den zerstörten Dörfern und Städten der Kampfzone, aber auch im Rest der Ukraine und auf der Flucht, ist zu hoffen, dass es möglichst schnell zu einer Lösung kommt. Wie auch immer diese Lösung kurzfristig aussehen mag, schließt sich auf mittlere Sicht die Frage an, wie nach diesem Krieg ein dauerhafter Frieden und eine neue Sicherheitsarchitektur in Europa zu organisieren sind.

Nimmt man die Wortmeldungen aus der herrschenden Politik zu diesem Thema ernst, dann wird sich eine zukünftige Sicherheitsarchitektur Europas wesentlich auf den Ausbau militärischer Fähigkeiten mit einem erhofften Abschreckungseffekt stützen und in geopolitischer Gegnerschaft zu einem dauerhaft bedrohlichen Russland befinden. Einem solchen prekären Nicht-Krieg mit all seinen gesellschaftlichen Folgen (anhaltende Militarisierung, permanenter Aufrüstungsdruck, Versicherheitlichung vieler Politikbereiche, ständige Eskalationsgefahr, etc.) sind aus linker Perspektive alternative Konzepte entgegenzuhalten.

Für die Suche nach Alternativen zur herrschenden Sicherheitsarchitektur sind drei Aspekte grundlegend: Erstens sollte diese nicht nur auf die Prävention von Krieg abzielen, sondern zumindest die Voraussetzungen beinhalten, um die Transformation von Gesellschaften voranzutreiben. Sicherheit ist dabei nicht eng als Sicherheit zwischen Staaten zu denken und damit auch nicht militärisch zu erreichen. Zweitens ist die Befreiung der Menschen von herrschaftlichen Zwängen ein breiteres Ziel und letztlich nur durch gesellschaftliche Veränderungen umsetzbar, die über die herrschenden Verhältnisse des globalen Kapitalismus hinausgehen. Drittens mahnt der Blick auf die herrschenden Machtverhältnisse zur Zurückhaltung bei der Einnahme einer „Staatsperspektive“[1] und lässt es notwendig erscheinen, politische Handlungsfelder jenseits des Staates zu erschließen.

Vom Konzept gemeinsamer Sicherheit zu Ukrainekrieg und Zeitenwende

Aktuelle Überlegungen zu friedenspolitischen Alternativen kommen nicht ohne ein Verständnis der historischen Entwicklungen aus. Den Ausgangspunkt eines entsprechenden Rückblicks bildet das vorläufige Ende der Ost-West-Konfrontation durch den Zusammenbruch von Sowjetunion und Warschauer Pakt Anfang der 1990er Jahre. Diese Ereignisse öffneten kurzzeitig ein Gelegenheitsfenster, in dem eine nachhaltige Entspannung möglich schien. In den 1970er und 1980er Jahren begannen Ost und West verschiedene Verträge zur Rüstungskontrolle und zur Begrenzung weiterer Aufrüstung sowohl in Bezug auf atomare als auch auf konventionelle Waffen auszuhandeln. SALT I (1972), ABM-Vertrag (1972), SALT II (1979), INF-Vertrag (1987), KSE-Vertrag (1990), START 1 (1991) und 2 (1993) waren Ergebnisse solcher Verhandlungen. Parallel etablierten beide Seiten ab 1973 gemeinsame Foren zum politischen Austausch, die im sog. „Helsinki-Prozess“ zur Gründung der OSZE (1995) führten. Weitere Schritte beinhalteten die Aufnahme Russlands in den Europarat (1996) und die gegenseitigen Konsultationen zwischen Russland und der NATO seit 1991, die schließlich bis zur Gründung des NATO-Russland-Rates (2002) weiterentwickelt wurden. In diesem Prozess entstand ein Konzept gemeinsamer Sicherheit: „Beide Seiten brauchen Sicherheit, nicht vor dem Gegner, sondern mit dem Gegner. Eigene Sicherheit kann nicht auf Kosten der Sicherheit des Gegners erreicht werden.“[2]

Während diese Entwicklungen auf internationaler Ebene hoffnungsvoll schienen, wurde der postsowjetische Raum in den 1990er Jahren in den globalen Kapitalismus integriert, was schwerwiegende wirtschaftliche, soziale und politische Folgen in Russland und den anderen betroffenen Gesellschaften hatte. Angesichts des ökonomischen Niedergangs, der neuen politischen Macht der Oligarch:innen und politischer Krisen einschließlich des ersten Tschetschenienkriegs (1994-1996) übernahmen schließlich Ende der 1990er Jahre die sog. „Silowiki" (einflussreiche Mitglieder der Geheimdienst- und Militärapparate) zunehmend politische Machtpositionen bis hin zur Wahl von Wladimir Putin zum Präsidenten im Jahr 1999.[3] In der Folgezeit nahm der Staat wieder eine aktiver koordinierende Rolle in der Wirtschaft ein, mit dem Ziel mehr ökonomische und politische Stabilität zu erreichen. Für die anschließende Konsolidierung der Machtverhältnisse in Russland unter Präsident Putin bildete ein autoritärer Nationalismus den ideologischen Unterbau.[4]

Diese inneren Verwerfungen standen in engem Zusammenhang zur außen- und sicherheitspolitischen Lage des postsowjetischen Russlands. Denn mit dem Ende der Blockkonfrontation wähnte sich der Westen als Sieger der Geschichte, angeführt von den USA als einzig verbliebene Supermacht. Diese Position wurde durch die schrittweise Erweiterung von NATO und EU nach Osten teils bis an die russische Grenze zementiert. Teil dieser Entwicklungen war auch eine Erosion der gegenseitigen Rüstungskontrolle und nuklearen Abrüstung. Schon im Jahr 2002 kündigten die USA den ABM-Vertrag, um ungehindert ein strategisches Raketenabwehrsystem entwickeln und installieren zu können – vorgeblich zur Abwehr möglicher iranischer Angriffe. Weitere Verträge wurden im Streit zwischen USA und Russland nach und nach ausgesetzt bzw. gebrochen.

Und es blieb nicht bei gekündigten Verträgen. Das Verhältnis zwischen EU/NATO auf der einen und Russland auf der anderen Seite wurde auch durch die Kriege der 1990er, 2000er und 2010er Jahre geformt. Auf der einen Seite stehen dabei die Kriege bzw. Interventionen von USA und NATO in Jugoslawien/Kosovo, Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien. Der Westen demonstrierte in diesen Kriegen seine Bereitschaft, die eigene Weltordnung gewaltsam durchzusetzen – im Zweifelsfall auch unter Bruch des geltenden Völkerrechts und unter Umgehung der UNO. Auf der anderen Seite stehen die Versuche Russlands, mit Gewalt die eigene territoriale Integrität, die angestrebte Rolle als globale Macht sowie die Kontrolle über die Nachbarschaft gegen pro-westliche Souveränitätsbestrebungen und den Zugriff der NATO durchzusetzen. Tschetschenien, Syrien und Georgien waren Kriegsschauplätze in diesem Kontext. Schließlich wurde die Ukraine zum zentralen Feld der Auseinandersetzung zwischen Russland und dem Westen, indem beide Seiten massiv versuchten Einfluss auf die politische Orientierung des Landes zu nehmen, ein Konflikt der schon 2014 in den noch begrenzten Krieg in der Ostukraine mündete.

Am vorläufigen Ende der beschriebenen Entwicklungen steht der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 und infolgedessen die nunmehr offen erklärte Gegnerschaft zwischen Russland und der EU/NATO. Wie der Blick zurück zeigt, wechselten die politischen Vorzeichen aber schon seit dem Beginn der 2000er Jahre von „gemeinsamer Sicherheit" zu erneuter Konfrontation. Das hing mit der untergeordneten Integration der postsowjetischen Staaten in den globalen Kapitalismus und den damit einhergehenden sozialen Verheerungen, mit der von der russischen Regierung als Bedrohung betrachteten Ausbreitung westlicher ökonomischer (EU) wie militärischer (NATO) Bündnissysteme nach Osten sowie mit dem Aufkommen eines revisionistischen Nationalismus in Russland zusammen. Für die Frage einer zukünftigen Sicherheitsarchitektur bedeutet das vor allem zwei Dinge: Erstens sollte sich der Aufbau von Vertrauen nicht nur auf die militärische Ebene beziehen. Auch ökonomische Aspekte und insbesondere die Gegensätze, die sich aus der Position der Staaten in der Weltwirtschaft ergeben, müssten im Verhältnis zwischen EU/NATO und Russland aktiv mit dem Ziel des Ausgleiches bearbeitet werden. Zweitens sind die Vereinbarungen der früheren Sicherheitsarchitektur nie über den Punkt der Rüstungskontrolle und -begrenzung hinausgekommen. Substantielle Schritte zur Abrüstung, die einen erneuten Rückgriff auf militärische Gewalt zumindest schrittweise weiter erschwert hätten, sind auf beiden Seiten ausgeblieben.

Elemente einer alternativen Sicherheitsarchitektur zwischen Europa und Russland

Aktuell sind politische Handlungsperspektiven auch in der gesellschaftlichen Linken zumeist unmittelbar auf den Krieg in der Ukraine gerichtet. Schnelle Lösungen sind dabei nicht zu erwarten. Für die weiterführende Frage nach einer langfristigen Friedensperspektive und einer alternativen Sicherheitsarchitektur in Europa können wir allerdings an vielen Stellen auf frühere Vorschläge und Debatten zurückgreifen. Diese Überlegungen stellen zwar kein Rezept zur Beendigung des aktuellen Krieges in der Ukraine dar. Sie eröffnen aber Alternativen zur aktuellen Eskalationslogik, ohne die kaum Hoffnung auf eine grundlegende Verbesserung der Situation besteht.

Haus Europa in Eschlkam. Quelle: Wikimedia Commons/ Waldschmidt.

Vertrauensbildende Maßnahmen

Am Anfang jeder Form der Verständigung gilt es ein Mindestmaß an Vertrauen in die gegenseitige Verlässlichkeit zu schaffen, auf dessen Grundlage weitergehende Verhandlungen erst aufgenommen werden können. Hier läge der Übergang von einem wie auch immer gestalteten Waffenstillstand im Ukrainekrieg hin zu weiterführenden Schritten. Frühere Vereinbarungen zwischen Russland und der Ukraine, wie das Getreideabkommen oder der Austausch von Gefangenen und von sterblichen Überresten getöteter Militärangehöriger wären Anknüpfungspunkte für diplomatische Gespräche, die potentiell unter Einbeziehung weiterer Akteur:innen (z.B. China) ausgeweitet werden könnten.[5] Die (Wieder-)Eröffnung von direkten Kommunikationskanälen zwischen Russland und der NATO sowie die Wiederbelebung bestehender Dialogforen insbesondere in der OSZE wären weitere Schritte in diese Richtung. Vertrauensbildung ist dabei ein langwieriger Prozess, der nicht nur auf militärische und sicherheitspolitische Bereiche beschränkt sein kann. Vielmehr fließen die gegenseitigen Erfahrungen auf verschiedenen politischen Feldern in das Bild der Glaubwürdigkeit des anderen ein. Angesichts des seit den 2000er Jahren stetig gewachsenen Misstrauens zwischen Russland und dem Westen wird es Jahre dauern, um ein Mindestmaß an Glaubwürdigkeit herzustellen. Eine wichtige Grundlage zur Vertrauensbildung zwischen den Staaten sollte dabei die Einhaltung des Völkerrechts sein, das beim Angriff auf die Ukraine, bei der russischen Annexion der Krim und Teilen der Ostukraine, aber auch im Kosovokrieg (1999) und im Irakkrieg (2003) gebrochen wurde.

Rüstungskontrolle und Transparenz

Zu den Kernbereichen der Vertrauensbildung gehören Maßnahmen, die Transparenz über Waffensysteme und militärische Kapazitäten herstellen. Diese dienen in erster Linie der Risikobegrenzung und damit der Stabilität des zwischenstaatlichen Verhältnisses. Detaillierte Vorschläge zur schrittweisen Wiederaufnahme eines gegenseitigen und freiwilligen Austausches von Informationen über Standorte und Truppenbewegungen, bis hin zur Festlegung von Regeln zum Umgang bei Begegnungen auf See und in der Luft, wurden von zivilgesellschaftlicher Seite erarbeitet und könnten wieder aufgegriffen werden.[6] Ein absehbarer Knackpunkt wird dabei die Frage der grenznahen Stationierung von Streitkräften und insbesondere von Mittelstreckenraketen sein, denn durch die Aufnahme Finnlands und vorher der baltischen Staaten in die NATO hat sich die Länge der direkten Grenze zwischen Russland und der NATO auf gut 2500 km verdoppelt. Auch die Kontrolle der Atomwaffenarsenale muss mit neuen Ansätzen wieder aufgenommen werden, zum Beispiel nach dem Muster der „verhaltensorientierten Rüstungskontrolle“.[7]

Gemeinsame Institutionen

Die bisher benannten Elemente könnten im Prinzip eine Wiederbelebung der früheren Sicherheitsarchitektur bedeuten, insbesondere der OSZE. Doch angesichts des offensichtlichen Scheiterns der OSZE wäre vielmehr ein grundlegender Diskussionsprozess notwendig, in dem ein neues gemeinsames Verständnis von

Sicherheit zwischen Russland und Europa erarbeitet und in entsprechenden Institutionen verankert werden würde.[8] Die Erweiterung und starke Aufwertung der NATO im Vorfeld und jetzt in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine muss dabei zunächst als Realität anerkannt werden, auch wenn sie einer solchen Verständigung mittelfristig im Weg steht. Insbesondere die Angst der osteuropäischen NATO-Mitglieder vor einer erneuten russischen Aggression und die damit zusammenhängende Forderung nach Sicherheitsgarantien gegenüber Russland darf auch aus linker Perspektive nicht abgetan werden. Es bleibt aber auch richtig, dass zwischenstaatliche Sicherheit durch Abschreckung und Aufrüstung immer prekär ist und gefährliche Wirkungen hat. Zu einem fortgeschrittenen Zeitpunkt sollte ein neuer Verhandlungsprozesses mit Russland deshalb als denkbare Perspektive die Auflösung der NATO als Bündnis gegen Russland zugunsten eines gemeinsamen Sicherheitssystems mit gegenseitigen Garantien beinhalten. Das ist nicht zuletzt eine wichtige Lehre aus den Entwicklungen der 1990er und 2000er Jahre, in denen auf eine unvollständige Entspannung neue Eskalation folgte.

Abrüstung

Ein positiver Frieden als Prozess und Zielsetzung linker Politik macht bei der Stabilisierung bestehender Verhältnisse nicht halt. Mit Rüstungskontrolle allein ist es daher nicht getan. Aus linker Perspektive muss eine europäische Sicherheitsarchitektur darüber hinaus den Abbau militärischer Kapazitäten mit dem langfristigen Ziel ihrer vollständigen Abschaffung beinhalten. Um die aktuelle Aufrüstungsspirale in einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur zu durchbrechen, braucht es einen Aushandlungsprozess, der von Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Transparenz über Regelungen zur Begrenzung von Waffensystemen und Stationierungen bis zur Ausmusterung von Waffen und der schrittweisen Verkleinerung militärischer Kontingente reicht. Verhandlungen über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte können an Vorschläge zur Überarbeitung und Erweiterung des KSE-Vertrages anknüpfen und unkonventionelle Formen der Kriegsführung (Cyberattacken, Unterstützung irregulärer bewaffneter Verbände, usw.) einschließen.[9]

Nach dem Ende des Ukrainekrieges und angesichts des finanziellen Ungleichgewichts ist eine massive konventionelle Übermacht der NATO gegenüber Russland aufgrund der dort erlittenen Verluste absehbar. Selbst wenn zunächst an dem Ziel festgehalten wird, die Verteidigungsfähigkeit gegen etwaige russische Angriffe aufrechtzuerhalten, sind damit auch einseitige Schritte zur Abrüstung auf dem Weg zur Entspannung denkbar. Auch ein Umbau europäischer Armeen nach dem Prinzip der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit“[10] (das allerdings aktualisiert werden müsste) wäre ein möglicher Zwischenschritt auf dem Weg zu umfassenderer Abrüstung. Neben konventionellen Waffen, deren Kontrolle und Begrenzung zur Entschärfung der Ost-West-Konfrontation wieder wichtiger werden muss, sollte die Abschaffung von Atomwaffen ein weiteres Feld der Abrüstungspolitik sein. Auch europäische Staaten haben hier Handlungsspielräume, etwa in Bezug auf die eigenen Arsenale in Frankreich und Großbritannien, die Stationierung US-amerikanischer Atomwaffen oder bezogen auf die Aufstellung von Raketenabwehrsystemen. Darüber hinaus besteht in diesem Feld auch die Chance zur Ergreifung einzelstaatlicher Initiativen wie z.B. eine deutsche Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages.

Friedliche Außenpolitik

Eine Politik, die auf Verständigung und Deeskalation setzt, muss nicht nur im militärischen Bereich grundlegende Änderungen vornehmen. Insgesamt muss die Außenpolitik dazu unter Verzicht auf Gewaltmittel neu ausgerichtet werden. Orientierungspunkte sind dabei linke Ansätze zur zivilen Konfliktbearbeitung und -prävention, die auf eine nicht-kriegerische Austragung von Konflikten mittels Verhandlung, Mediation, etc. setzen.[11] Aufgrund ihrer konfliktverschärfenden Wirkung sind parallel zu eigenen Abrüstungsbemühungen Rüstungsexporte im Sinne einer friedlichen Außenpolitik einzustellen. Schließlich gehört dazu eine konsequent auf Bewegungsfreiheit ausgerichtete Asyl- und Migrationspolitik, die Krieg und globale soziale Ungleichheit als wesentliche Fluchtursachen erkennt und bekämpft.[12] Insgesamt ist eine Neuausrichtung der Außenpolitik so als Teil einer neuen Sicherheitsarchitektur in Europa zu betrachten, denn sie hilft den Raum zu öffnen, in dem zwischenstaatliche Konflikte an ihren gesellschaftlichen Grundlagen bearbeitet und internationale Beziehungen befriedet werden können.

Die dargestellten Konzepte lassen sich in einer neuen Sicherheitsarchitektur verbinden, die eine Alternative zur andauernden Konfrontation unter dem Motto „Sicherheit vor Russland“ darstellt. Annäherung und Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Transparenz sind Einstiegspunkte auf Basis der Einsicht, dass Sicherheit langfristig nur gemeinsam mit früheren oder aktuellen Gegner:innen erreicht werden kann. Aus linker Perspektive ist es beim Nachdenken über eine Sicherheitsarchitektur aber wichtig, nicht bei der Stabilisierung eines potentiellen Nachkriegs-Status-quo stehen zu bleiben. Eine progressive Alternative sollte stattdessen als fortschreitender Prozess betrachtet

werden, der weitere Schritte der Abrüstung und einen grundlegenden Wandel der Außenpolitik beinhaltet und diese mit anderen Ansätzen zur gesellschaftlichen Transformation verknüpft.

Friedenspolitik heute – Vorangehen in schwierigem Gelände

Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine sind neue Dimensionen der Eskalation zwischen Russland und dem Westen erreicht, die vorher kaum vorstellbar schienen. Angesichts unvorhersehbarer Zukunftsaussichten liegt für manche die Versuchung nahe, zur vermeintlichen Stabilität früherer Verhältnisse der geteilten Einflusssphären zurückkehren zu wollen. Gerade aus Sicht der osteuropäischen und ukrainischen Linken kann diese Vergangenheit aber kein Modell für die Zukunft sein.[13] Das wird umso deutlicher, wenn die vielen Kriege weltweit mit in den Blick genommen werden, an denen Russland und Europa schon vorher beteiligt waren und immer noch sind. Eine neue Friedensordnung in Europa unter Einschluss Russlands muss stattdessen progressiv sein, das heißt sie muss Wege zur gesellschaftlichen Veränderung öffnen, indem sie Gewalt als Mittel der Konfliktbearbeitung, aber auch als Herrschaftsinstrument, ächtet und verdrängt.

Sich in die öffentliche Debatte mit Vorschlägen für progressive Alternative zur herrschenden Politik einzubringen, ist ein wichtiges Handlungsfeld linker Politik. Die Schwierigkeiten einer Politik mit „Staatsperspektive“ lassen es aber notwendig erscheinen, auch andere Wege zu suchen, um die Ziele linker Friedenspolitik zu erreichen. Ingar Solty spricht in diesem Zusammenhang von „transformatorischem Bewegungsinternationalismus“, der auf realen Verknüpfungen zwischen progressiven Bewegungen über Grenzen hinweg aufbaut. Die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) ist ein Beispiel für eine solche Bewegung. Ein anderes bemerkenswertes Beispiel sind die Aktivitäten der Transnational Social Strike Platform, die schon im Juli 2022 als Grundlage gemeinsamer Politik ein „Manifest für eine Transnationale Friedenspolitik“ aus ihrer Bewegungsperspektive erarbeitet hat.[14] Zu Beginn des Manifests heißt es: „Wir kommen aus unterschiedlichen Orten und Kontexten, aber als Subjekte, die hauptsächlich im europäischen Raum leben, erkennen wir die Notwendigkeit an, Europa zu einem Feld der Auseinandersetzung zu machen. Wir glauben, dass es an der Zeit ist, mutig genug zu sein, um eine transnationale Politik für ein besseres Leben zu denken und zu praktizieren, frei von Unterdrückung, Armut, Rassismus und Patriarchat.“ Diese und andere Ansätze transnationaler linker Friedenspolitik in Europa schaffen sowohl Hoffnung als auch praktische Handlungsmöglichkeiten, die unbedingt ausgebaut werden sollten.

Anmerkungen

1 Solty (2016): Exportweltmeister in Fluchtursachen, rosalux.de (Zugriff: 10.11.23).
2 Jokisch (2023): Konturen alternativer Sicherheitsarchitekturen in Europa, IMI-Analyse 18/2023 (10.11.23).
3 Cedillo (2023): Dieser Krieg endet nicht in der Ukraine, transversal.at (10.11.23).
4 Khazanov (2002): Russischer Nationalismus heute – zwischen Osten und Westen, eurozine.com (10.11.23).
5 Debiel (2022): Putins Krieg wird irgendwann enden – auf 5 Punkte sollten wir uns vorbereiten, focus.de (10.11.23).
6 Vieluf (2021): Vertrauen ist gut, Rüstungskontrolle ist besser, Wissenschaft & Frieden Dossier 92 (10.11.23).
7 Kühn (2023): Verhaltensorientierte Rüstungskontrolle, bundestag.de (10.11.23).
8 Wulf (2022): Escalation, De-escalation and Perhaps – Eventually – an End to the War?, toda.org (10.11.23).
9 Hartmann; Schmidt (2011): Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa – Wege in die Zukunft, hsfk.de (10.11.23).
10 Bahr; Lutz (Hg.) (1988): Gemeinsame Sicherheit Konventionelle Stabilität. Baden-Baden, 1988.
11 Van Aken (2018): Zivile Krisenprävention Links Denken. In: Solty (Hg.): Eine Welt Ohne Gewalt, rosalux.de (10.11.23).
12 Medico international; Pro Asyl; Brot für die Welt (2017): Flucht(ursachen)bekämpfung, medico.de (10.11.23).
13 Bilous (2022): Eastern Europe’s Tragedy. How the Spheres of Influence Policy Amplifies Reaction, commons.com.ua (10.11.23).
14 TSS Platform (2022): Manifest für eine Transnationale Friedenspolitik, transnational-strike.info (10.11.23).

Langfassung als
IMI-Studie 2023/03
„Eine europäische Sicherheitsarchitektur nach dem Ukrainekrieg? Friedenspolitische Alternativen“
online unter imi-online.de

Ukraine und der „Nahe Osten“

Die Entlarvung der „regelbasierte Ordnung“

von Bernhard Klaus

Die „Zeitenwende als Ausnahmezustand niedriger Intensität

Nur drei Tage nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 in seiner historischen Rede vor dem Bundestag eine Zeitenwende an. Sie läutete in Deutschland eine Art Ausnahmezustand niederer Intensität ein. Ein Beispiel hierfür auf juristischer Ebene ist das von der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ausgenommene Sondervermögen für die Bundeswehr. Eine derart umfangreiche Nettokreditaufnahme sah das Grundgesetz nur „im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen“, vor. Dass der russische Angriff auf die Ukraine bzw. die vermeintliche Unterfinanzierung der Bundeswehr als solche klassifiziert werden könnte, ist in mehrfacher Hinsicht zweifelhaft. Deshalb hatte Scholz schon in seiner Rede eine Verfassungsänderung angekündigt, die dann recht schnell und reibungslos vom Parlament abgesegnet wurde – obwohl es sich dabei um „ein verfassungsrechtliches Novum“ handelte (Hanno Kube).

Auch sonst lässt man seit der Ausrufung der Zeitenwende gerne mal fünfe gerade sein. Das gilt im juristischen bzw. exekutiven Bereich vor allem in den ersten Monaten z.B. für die weitgehende Tolerierung offener Rekrutierungsbemühungen für die ukrainische Armee und der offensichtlichen Diskriminierung russischer Staatsangehöriger bis hin zur Beschlagnahmung von Vermögenswerten (vermeintlicher) russischer Oligarchen und deren Angehörigen.

Juristisch nicht anfechtbar und im politischen Betrieb keineswegs neu, aber doch mit erstaunlicher Offenheit und Eindeutigkeit war die Abkehr mehrerer Regierungsparteien von eindeutigen Wahlversprechen und Festlegungen in deren Partei- und Wahlprogrammen. „Wir … wollen mit einer restriktiven Ausfuhrkontrolle europäische Rüstungsexporte an Diktaturen, menschenrechtsverachtende Regime und in Kriegsgebiete beenden“, hieß es etwa im Bundestagswahlprogramm der Grünen und weiter: „Für die Reduktion von europäischen Rüstungsexporten wollen wir eine gemeinsame restriktive Rüstungsexportkontrolle der EU mit einklagbaren strengen Regeln und Sanktionsmöglichkeiten“. Im „Zukunftsprogramm“ der SPD kündigte man gar eine „abrüstungspolitische Offensive“ an und versprach: „Für uns ist eine restriktive Rüstungsexportpolitik zentral“. Gut drei Monate nach der Vereidigung des Kabinetts am 8. Dezember 2021 wurden die Weichen in die exakt entgegengesetzte Richtung gestellt. Wie gesagt, justiziabel ist das nicht, stellt aber in dieser Offenheit doch wesentliche Grundannahmen des Parlamentarismus in Frage.

Besonders spürbar wurde jedoch ein diskursiver Ausnahmezustand im Zuge der Zeitenwende. In Windeseile wurde es zum kaum hinterfragbaren Allgemeinplatz, dass dieser Konflikt nur mit militärischer Gewalt zu „lösen“ sei und Waffen „Leben retten“. Wer sich anmaßte auch nur darauf hinzuweisen, dass Waffen v.a. Tod und Zerstörung bringen und hierzu hergestellt werden, sah sich schnell dem Verdacht ausgesetzt, dem erklärten Feind das Wort zu reden. Für den deutschen Kontext besonders eklatant war die Heroisierung und Würdigung ukrainischer Militäreinheiten, die zumindest in der Vergangenheit eine klar faschistische Prägung aufwiesen und die Hofierung des bekennenden Bandera-Anhängers und ehemaligen ukrainischen Botschafters in Berlin, Andrij Melnyk, als willkommener Gast und Stichwortgeber in Politik und Medien. Für hiesige Verhältnisse wurde die Kritik jüdischer Verbände und israelischer Vertreter damals ziemlich lange ignoriert, bis sie letztlich doch zu seiner Abberufung nach Kiew führte – von wo aus er aber weiter als Stichwortgeber fungiert. Ganz beiläufig wurden Begriffe wie „Vernichtungskrieg“, „Überfall“ und „Annexion“, die zuvor nahezu ausschließlich für das deutsche Handeln im Zweiten Weltkrieg Anwendung fanden, wenig reflektiert auf das russische Vorgehen angewandt und damit gewissermaßen auch entsorgt.

Verteidigung der „regelbasierten Ordnung“

Als zentrale diskursive Figur, um diesen Ausnahmezustand niedriger Intensität und die Infragestellung bisher geltender Normen zu rechtfertigen, fungiert die „Verteidigung der regelbasierten Ordnung“. Diese umfasst verschiedene Elemente und Narrative. Eines davon besteht in der damals vielfach aufgestellten Behauptung, dass Putin nun erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa eine Grenze durch Gewalt verschieben wolle. In Scholz‘ Zeitenwende-Rede formulierte dieser das etwas eleganter: „Er [Putin] zertrümmert die europäische Sicherheitsordnung, wie sie seit der Schlussakte von Helsinki fast ein halbes Jahrhundert Bestand hatte“. Richtiger ist das trotzdem nicht, wie z.B. die (unumstrittene) Existenz Kroatiens und die (umstrittene) Existenz des Staates Kosovo auf Anhieb veranschaulichen.

Eine weitere Spielart der Verteidigung der regelbasierten Ordnung besteht in der Erzählung, dass nun ein globales Bündnis der Demokratien einem mächtiger werdenden Bündnis der Autokratien gegenüberstehe und sich militärisch behaupten müsse. Die Substanz dieser vermutlich durchaus wirkmächtigen Erzählung – die gewisse Ähnlichkeiten zu Bushs „Achse des Guten“ aufweist – ist dünn. Schließlich gehören demnach auch die Türkei, Marokko und Saudi Arabien zum Bündnis der Demokratien, bei denen zweifelhaft ist, warum diese als demokratischer gelten sollten als Russland oder gar Südafrika. Besonders eklatant war beispielsweise auch der Widerspruch zwischen diesem Narrativ und der rasant ausgebauten Zusammenarbeit Deutschlands z.B. mit der PIS-Regierung in Polen während der ersten Monate des Krieges in der Ukraine.

Weitgehend unbestritten ist, dass der russische Einmarsch in die Ukraine ein eklatanter Bruch des Völkerrechts ist. Es ist beileibe nicht der erste. Zur „Verteidigung der regelbasierten Ordnung“ gehört jedoch in diesem Falle das weit verbreitete Narrativ, dass man Putin „damit nicht davonkommen lassen dürfe“, weil sonst der Bruch des Rechts zur Norm werde. „Im Kern geht es um die Frage, ob Macht das Recht brechen darf“, so Scholz in seiner Zeitenwende-Rede. Um diese Frage ging es nicht, als die Regierung Bush 2003 den Irak angriff und auch nicht, als er bereits zuvor vor den Augen der Weltöffentlichkeit die außergerichtliche Folter und Verschleppung von Terrorverdächtigen – nahezu ausschließlich arabischer Abstammung und muslimischen Glaubens – abgesegnet hatte.

Allerdings ist es ein grundsätzliches Missverständnis, unter dem, was mit der regelbasierten Ordnung gemeint ist, das Völkerrecht oder anderes Recht zu verstehen. Der Begriff fand zunächst Anwendung in der US-Außenpolitik, wurde in NATO-Strategiedokumenten und transatlantischen Thinktanks übernommen und hat es mittlerweile zunehmend in alltägliche außenpolitische Stellungnahmen von deutschen Regierungsverteter*innen und Kommentare geschafft. Zwar wird in offiziellen Dokumenten gerade in Deutschland oft ein Bezug zur Charta der UN hergestellt und das Völkerrecht vage als Teil der „regelbasierten Ordnung“ dargestellt. Wenn beide allerdings deckungsgleich wären, bräuchte es keinen neuen Begriff. Was die regelbasierte Ordnung neben und über das Völkerrecht hinaus umfasst, ist allerdings vage. Im entsprechenden Beitrag der deutschsprachigen Wikipedia heißt es aktuell entsprechend ganz treffend, es handle sich mehr um einen „politische[n] Begriff für Konzepte teils entgegengesetzter Auffassungen ohne klare Definition. […] Der Begriff wird politisch genutzt, um Staaten zur Einhaltung von Regeln aufzufordern, denen sie nicht zugestimmt haben und die daher für sie nicht bindend sind“. Der Wikipedia-Eintrag orientiert sich eng an einem Beitrag des Center for Security Studies (CSS) der ETH Zurich, in dem der Autor Boas Lieberherr schreibt, die regelbasierte Ordnung umfasse aus US-amerikanischer Sicht „auch die US-amerikanische globale Vormachtstellung einschließlich ihrer Militärbündnisse im Asien-Pazifik sowie Regeln und Normen, die sich mit der Zeit weiterentwickeln“. Indien verstehe den Begriffe als etwas, das sich erst noch herausbilden müsse – und meint damit sicher nicht die US-amerikanische Vormachtstellung.

Die (Un-)Ordnung im „Nahen Osten“

Während die deutsche Positionierung im Ukrainekrieg das – vermutlich nicht unerwünschte – Missverständnis stützen kann, mit der regelbasierten Weltordnung sei v.a. das Völkerrecht gemeint, so sieht die Sache im sog. „Nahen Osten“ deutlich komplizierter, sozusagen realistischer aus. Die engsten Verbündeten Deutschlands in dieser Region sind das NATO-Mitglied Türkei und Israel, dessen „Sicherheit“ erklärtermaßen „deutsche Staatsräson“ ist. Die Türkei hält mit Afrin Teile des syrischen Staatsgebietes besetzt und unterstützt islamistische Rebellen in der Region Idlib, wo das türkische Militär auch „Beobachtungsposten“ unterhält. Auch die USA unterhalten in Syrien zahlreiche (von bis zu 24 wird berichtet) Militärstützpunkte ohne Zustimmung der syrischen Regierung, oft nahe Ölfeldern, die von ihren Verbündeten kontrolliert werden. Israel führt seit Jahren immer wieder Luftschläge auf syrischem Gebiet aus, die vermutlich der iranisch unterstützten Hisbollah gelten, immer wieder aber auch syrische Soldaten und Zivilisten töten und Infrastruktur zerstören. Auch der Norden des benachbarten Irak ist immer wieder Ziel türkischer Luftangriffe und Militäroperationen.

Auch hier unterhalten die USA Stützpunkte gegen den erklärten Willen der amtierenden Regierung und des Parlaments. Und auch die Bundeswehr ist hier seit Jahren stationiert, um bewaffnete Gruppen auszubilden und zu unterstützen, die nicht der Regierung und der irakischen Armee unterstehen. Dieser Einsatz ist nicht nur völkerrechtlich hoch problematisch, sondern verstößt auch klar gegen das Grundgesetz, weil er nicht im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit erfolgt.

Israel hält Teile des Westjordanlandes besetzt und hat Ostjerusalem sowie umliegende Teile des Westjordanlandes annektiert. Der seit Beginn des Jahrtausends erfolgte Bau einer Sperranlage wurde mehrfach vom internationalen Gerichtshof für völkerrechtswidrig erklärt, v.a. weil er in Teilen auf dem Gebiet der Autonomiegebiete verläuft, die Grundlage des Staates Palästina sind bzw. sein sollen. 138 von 193 Staaten (darunter die NATO-Mitgliedsstaaten Island, Türkei, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Polen, Bulgarien, Rumänien und Montenegro sowie die Republik Kosovo, die demgegenüber „nur“ von 115 Staaten anerkannt ist) haben diesen bereits anerkannt. Klar gegen das Völkerrecht verstößt der israelische Siedlungsbau inmitten der palästinensischen Autonomiegebiete, der durch die israelische Militärpräsenz im gesamten Westjordanland ermöglicht und durchgesetzt wurde. Seit dem Abzug des israelischen Militärs aus Gaza gilt dieses Gebiet nicht mehr im klassischen Sinne als besetzt, aber auch keineswegs als souverän, da Israel die Land- und Seezugänge einschließlich des Luftraums sowie die Versorgung mit Strom und Trinkwasser kontrolliert. Weder Gaza noch das Westjordanland werden von der UN in ihrer Liste als Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung geführt.

Das Völkerrecht und die aktuelle Eskalation

Aus der komplizierten völkerrechtlichen Lage ergibt sich auch eine schwierige Bewertung der Rechte und Verpflichtungen im Krieg, wie der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages in einem Gutachten vom Juni 2021 schrieb: „Der Nahostkonflikt […] lässt sich mit den herkömmlichen Begrifflichkeiten des humanitären Völkerrechts nicht ohne weiteres fassen“. Freilich steht das Selbstverteidigungsrecht Israels außer Frage. Dasselbe würde z.B. auch für Syrien gelten, wenn es sich gegen die regelmäßigen Luftschläge aus Israel – und nun auch durch die USA – zur Wehr setzen würde. Ähnliches gilt für den Libanon, auch wenn sich bei diesen Angriffen wiederum Israel auf sein Selbstverteidigungsrecht berufen kann, wenn es von dort von der nicht-staatlichen Hisbollah-Miliz angegriffen wird. Über ein Selbstverteidigungsrecht der Palästinenser insgesamt, des Staates Palästina oder der Hamas als de-facto-Regierung im Gaza-Streifen wird hierzulande hingegen kaum diskutiert, obwohl in der Westbank regelmäßig israelische Militärs eindringen und Menschen verhaften oder töten und in Gaza immer wieder Luftangriffe durchgeführt werden. Im Prinzip ließe sich solch ein Selbstverteidigungsrecht moralisch wie völkerrechtlich durchaus argumentieren.

Ganz klar dem humanitären Völkerrecht widerspricht natürlich das Vorgehen der Hamas bei ihren Angriffen am 7. Oktober 2023, v.a., weil dabei offensichtlich nicht zwischen zivilen und militärischen Zielen unterschieden wurde. Die Begriffe „Massaker“ und „Terror“ scheinen hier durchaus angebracht, ein Exzess der Gewalt gegen völlig Unbeteiligte, teilweise sogar Aktivist*innen gegen die israelische Siedlungspolitik. Ob es sich um einen militärischen Angriff im völkerrechtlichen Sinne handelt, ist hingegen schon etwas zweifelhafter, kann aber angenommen werden. In jedem Fall müsste Israels Reaktion verhältnismäßig sein. Auch jeder einzelne Angriff, bei dem mit Verlusten von Menschenleben in der Zivilbevölkerung zu rechnen ist, muss in einem angemessenen Verhältnis zum erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen. Das ist – erklärtermaßen (!) – nicht der Fall. Am 10. Oktober 2023 verlautbarte der Armeesprecher der IDF, der Schwerpunkt der „Hundert Tonnen Bomben“ liege „auf Beschädigung, nicht auf Genauigkeit“. Der israelische Verteidigungsminister Gallant verkündete prominent und vermutlich wohl kalkuliert: „Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und wir handeln entsprechend“. Letzteres erfolgte gemeinsam mit der Ansage, man werde den Gaza-Streifen abriegeln: „Es wird keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff. Alles ist geschlossen.“ Das alles sind Kriegsverbrechen mit Ansage – selbstbewusst vorgetragen vor der sog. internationalen Gemeinschaft. Die Aufforderung an über eine Million Bewohner*innen im nördlichen Gazastreifen, diesen unter anhaltenden Luftangriffen und Blockade Richtung Süden zu räumen, stellt einen weiteren, ernsten Verstoß gegen das Völkerrecht dar. Zusammengenommen handelt es sich um Kriegsverbrechen, die vielem, was Russland und russische Truppen vorgeworfen wird, in nichts nachstehen – außer, dass Russland diese nicht in dieser Form offen angekündigt hat.

Die deutsche Reaktion

Bereits in den vergangenen Jahren haben die kontinuierlichen und tw. eklatanten Verstöße der israelischen Regierung gegen das Völkerrecht die Bundesregierung nicht davon abgehalten, Israels „Sicherheit“ zur „deutschen Staatsräson“ zu erklären. Im Wortlaut klingt das vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und

Anwohner*innen in den Ruinen des Viertels El-Remal in Gaza City am 9.10.2023. Quelle: Wikimedia Commons/ Wafa.

ihres Anteils an der Lage im „Nahen Osten“ erstmal durchaus nachvollziehbar, vielleicht sogar geboten. Die Art ihrer Proklamation allerdings hat etwas vordemokratisches. In der Praxis war und ist damit v.a. die uneingeschränkte Solidarität mit der und Kritiklosigkeit gegenüber der jeweiligen israelischen Regierung gemeint. Dass die Politik einer Regierung jedoch nicht unbedingt den Interessen und der Sicherheit ihrer Bürger dient, erscheint evident, auch hier mögen Russland und die Ukraine als Beispiele dienen. Allerdings hätte auch jedes andere Verständnis des abstrakten Begriffs der „Sicherheit“ Israels als deutsche Staatsräson bizarre Züge tragen können, z.B. wenn sich die Bundesregierung mit diesem Ziel in den vergangenen Jahren vehement und auch gegen die jeweilige israelische Regierung für die Zwei-Staaten-Lösung eingesetzt hätte.

So jedoch steht diese Staatsräson in einem eklatanten Widerspruch zum Völkerrecht. Sie steht auch in einem Widerspruch zum Narrativ des Bündnisses der Demokratien, denn Israel verletzt zumindest im Umgang mit Palästinenser*innen bereits seit Jahrzehnten systematisch Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit. An der demokratischen Gesinnung des Ministerpräsidenten und Legitimität der aktuellen Notstandsregierung sind Zweifel angebracht.

Eklatanter noch ist der Widerspruch zwischen Staatsräson und Völkerrecht in der aktuellen Eskalation. Aus Deutschland gab es keine Kritik an den völlig illegitimen, frühen israelische Luftangriffen auf syrische Flughäfen und Ziele im Libanon. Auf die angekündigten Kriegsverbrechen, die kollektive Bestrafung und Vertreibung einer ganzen Bevölkerungsgruppe wurden vonseiten der Bundesregierung damit reagiert, militärische Unterstützung zu leisten, anzukündigen und vorzubereiten. Ein erster Schritt bestand darin, der israelischen Armee jene bewaffnungsfähigen Aufklärungsdrohnen zur Verfügung zu stellen, die bislang von der Bundeswehr aus Israel hinaus genutzt wurden – zuletzt v.a. für Ausbildungszwecke. Es gab Solidaritätserklärungen und demonstrative Schulterschlüsse und – obwohl die Bundeswehr ja angeblich „blank“ ist und nur durch ein Sondervermögen „verteidigungsfähig“ gemacht werden kann – die Ankündigung, Munition und andere Rüstungsgüter zu liefern. Außerdem erfolgte, das UN-Mandat für die UNIFIL-Truppe arg strapazierend, eine Verstärkung der deutschen Truppenpräsenz vor den Küsten des Libanons und die Stationierung deutscher Spezialkräfte für Evakuierungsoperationen auf Zypern. All dies geschah ohne Beteiligung des Bundestags – dessen Zustimmung jedoch in seiner aktuellen Zusammensetzung wohl kein Problem dargestellt hätte.

Vermutlich war die Bundesregierung sogar erleichtert, aktuell nicht im UN-Sicherheitsrat vertreten zu sein, wo ihre Verbündeten alle Resolutionen gegen die Gaza-Blockade und für eine Waffenruhe verhindert haben. Eine Kritik hieran gab es nicht, im Gegenteil. Selbst innerhalb der EU versuchte die Bundesregierung eine entsprechende Formulierung zu verhindern. Zugespitzt könnte man auch sagen, dass die Bundesregierung versucht, ihre auf dem Holocaust basierende Staatsräson nun auf die ganze Europäische Union zu übertragen. „Es sei schwer zu vermitteln, dass die EU die russischen Bombardements und Blockaden in der Ukraine regelmäßig verurteilt, die israelischen Militäraktionen und die ‚totale Blockade‘ in Gaza jedoch nicht einmal

Ruinen des Viertels El-Remal in Gaza City am 9.10.2023. Quelle: Wikimedia Commons/ Wafa.

erwähnt“, zitierte aus diesem Anlass die taz einen Diplomaten. Auch andernorts werden die doppelten Standards durchaus wahrgenommen. Jordaniens König Abdullah II. sagte etwa laut New York Times: „Das Leben der Palästinenser ist weniger wichtig als das der Israelis. Unser Leben ist weniger wichtig als das Leben anderer. Die Anwendung des Völkerrechts ist fakultativ, und die Menschenrechte haben Grenzen. Sie machen halt an Grenzen, halt an Rassen und halt an Religionen“.

Die regelbasierte Ordnung im Widerspruch zum Völkerrecht

Das Zitat des – sicher nicht demokratischen und tendenziell pro-westlichen jordanischen Königs – offenbart einiges an Sprengkraft, was die regelbasierte Ordnung und v.a. ihre Legitimität hierzulande angeht. Die USA stehen aktuell vor der Entscheidung, wie sie ihre Munitionslieferungen aus bereits drastisch reduzierten Beständen zwischen der Ukraine und Israel aufteilen. Ähnliches gilt für Deutschland. Im einen Falle gilt die vermeintliche „Solidarität“ einem Land bzw. seiner Regierung, das sich auf seinem eigenen Staatsgebiet gegen einen tendenziell überlegenen militärischen Gegner verteidigt, im anderen Fall einer technologisch überlegenen, mehrfach traumatisierten Nation, die auf einem benachbarten, von ihr weitgehend kontrollierten Territorium die Zivilbevölkerung bombardiert und zugleich an der Flucht hindert. In beiden Fällen wird von der Bundesregierung umfangreiche militärische Unterstützung angeboten und werden Rufe nach einem Waffenstillstand abgeblockt. Es ist nicht so, dass die doppelten Standards neu wären. Sie offenbarten sich bereits in der Frühphase des Ukrainekrieges, als Deutschland, EU und NATO zugleich jene Staaten unterstützten, die bereits seit Jahren einen Angriffskrieg gegen den Jemen führten – unter Führung eines deutlich größeren und mächtigeren Nachbarstaates im Norden, der mit dem jüngsten Regierungswechsel in seinem kleineren, südlichen Nachbarstaat nicht einverstanden war. Doch der Jemenkrieg spielte in der deutschen Aufmerksamkeit kaum eine Rolle – auch hier sei noch einmal an das Zitat von König Abdullah II. erinnert. Mit Israel und Palästina ist das anders. Hier zeigt sich alltäglich in den Abendnachrichten, wie sich die Bundesregierung auf die Seite stellt, die mit „Macht das Recht brechen darf“ – und das schon jahrzehntelang tut. Die regelbasierte Ordnung – von der feministischen Außenpolitik ganz zu schweigen – offenbart sich als Anspruch, die Regeln selbst zu definieren und sich selbst nicht an diese halten zu müssen. Für ein Land wie Deutschland zeugt dies von einer gefährlichen Selbstüberschätzung und der latente Ausnahmezustand ist nur ein Symptom davon. Die Repräsentationskrise und der weitere Aufstieg einer extrem rechten Partei ein weiteres.Die Regierungsparteien hätten sich schwierige Diskussionen erspart, wenn sie ihre Wahlversprechen eingehalten und Waffenexporte in Kriegsgebiete generell ausgeschlossen hätten. Aber sie wollte ja schon lange nicht mehr die Außenpolitik „von der Seitenlinie aus kommentieren“, sondern aktiv mitmischen. Nun steht sie mitten im Getümmel – mit allen Konsequenzen und Widersprüchen, einschließlich einer wachsenden Entfremdung von der UN, dem Völkerrecht und dem, was gemeinhin als FDGO abgekürzt wird – und u.a. die Demonstrationsfreiheit auch für Andersdenkende und Minderheiten umfasst.

Impressum

Der Ausdruck wird herausgegeben von und bezogen über
Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203
72072 Tübingen
Telefon: 07071 – 49154
Fax: 07071 – 49159
imi@imi-online.de
www.imi-online.de
IMI.FB I_M_I @imi@mastodon.social

Redaktion:
Jacqueline Andres (Tübingen), Pablo Flock (Tübingen), Thomas Gruber (Fürth), Alexander Kleiß (Tübingen), Martin Kirsch (Hannover), Christoph Marischka (Tübingen), Ben Müller (Tübingen), Christopher Schwitanski (Köln), Andreas Seifert (Bonn), Nabil Sourani (Berlin), Sven Wachowiak (Straßburg), Jürgen Wagner (Tübingen).

Autoren und Autorinnen:
Jörg Becker, geboren 1946, befasst sich mit internationaler Politik und mit Medienpolitik. Als Politikwissenschaftler arbeitete er an den Universitäten Marburg und Innsbruck. Sein Buch „Medien im Krieg – Krieg in den Medien“ erscheint Ende 2023 in zweiter Auflage. **Renate Dillmann** ist Politikwissenschaftlerin, freie Journalistin und Lehrbeauftragte an der EVH Bochum. Sie ist Autorin des Buchs: China – ein Lehrstück (6., aktualisierte und ergänzte Neuauflage 2021, Verlag Die Buchmacherei Berlin). **Chris Hüppmeier** ist Aktivist bei der Gruppe Krieg & Frieden Kassel, Student, aktiv im Arbeitskreis Zivilklausel an der Uni Kassel und aktuell Praktikant bei der IMI. **Malte Lühmann** ist Politikwissenschaftler, IMI Beirat und in Kassel aktiv gegen Krieg und Rüstung. **Bernhard Klaus** ist freischwebender Autor. **Alieren Renkliöz** ist Journalist und schreibt für regionale und überregionale Zeitungen. Als Künstler tritt er mit politischer Lyrik auf. **Sabine Schiffer** promovierte zum Islambild in den Medien, leitet das von ihr gegründete Institut für Medienverantwortung in Berlin und hält an der Hochschule für Medien Kommunikation und Wirtschaft in FFM eine Professur für Journalismus und strategische Kommunikation. Sie forscht an der Schnittstelle von Vierter und Fünfter Gewalt und fordert ein Schulfach Medienbildung.

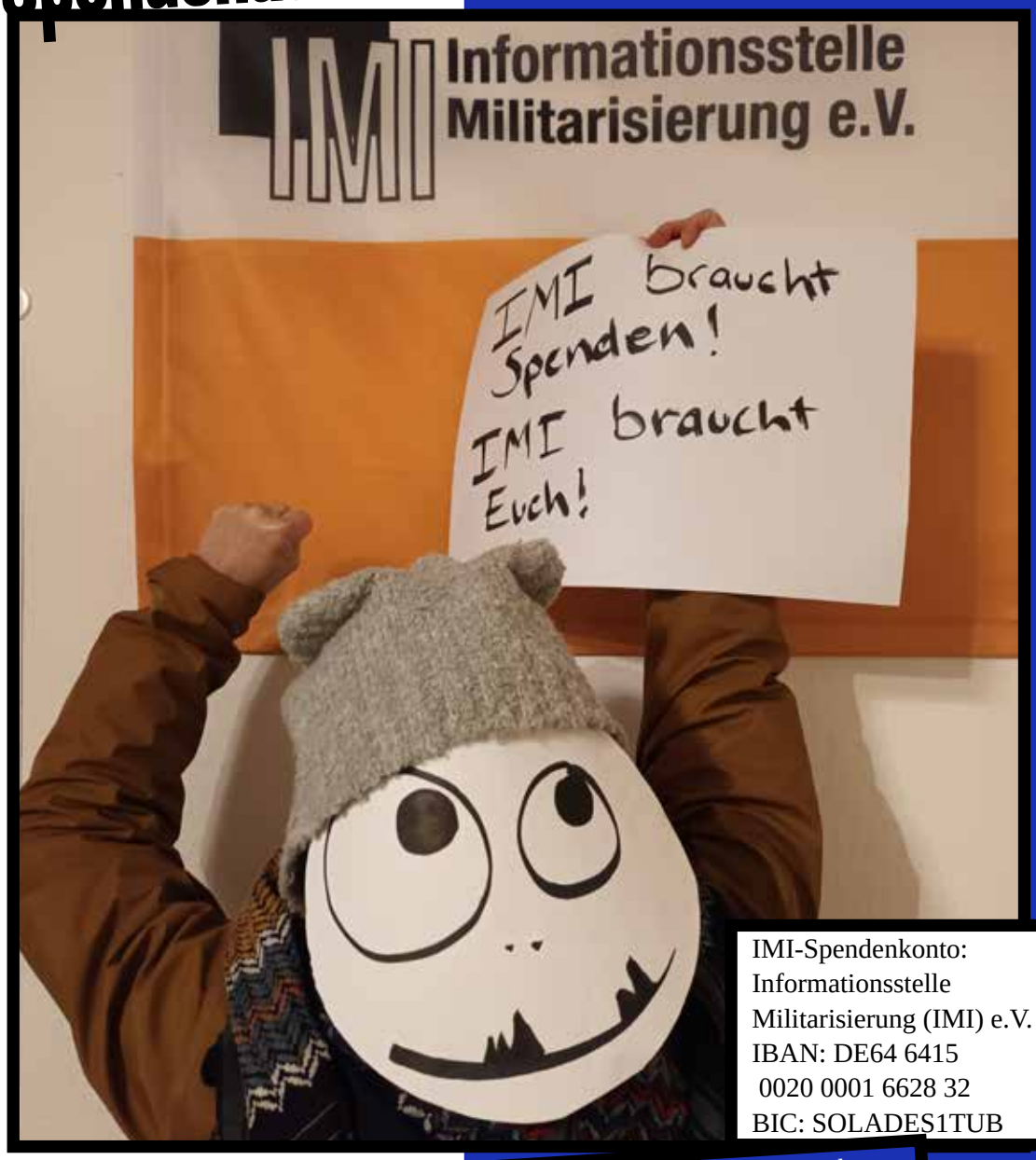
Bildnachweise wie angegeben außer:
Titelbild: Monika Natalia Mazur. S.3, 13, 14, 22, 24, 28, 31, 32 und 36: Monika Natalia Mazur. Sie hat an der Accademia di Belle Arti in Neapel studiert. Ihre Werke sind hier zu finden: www.instagram.com/mazurmoni, Rückseite: IMI.

Hinweise zu einzelnen Texten:
Der Beitrag von Jörg Becker „PR-Arbeit für die Ukraine“ erschien zuvor in einer kürzeren Fassung in der FR am 31.7.2023. Der Artikel „AfD - Keine Friedenspartei“ erschien zuerst in der Graswurzelrevolution (Nr. 483/2023). Der Artikel „Die Bundeswehr im Funkloch“ ist eine erweiterte und aktualisierte Fassung eines Beitrags, der zuerst bei Telepolis erschien. Der Artikel „Digitaler MIK? Politikgestaltende Netzwerke aus Wissenschaft, Militär und Digitalwirtschaft in den USA und Deutschland“ ist der erste von drei Teilen und bald als Studie auf unserer Homepage erhältlich. Er basiert auf einem Artikel, der in der Ausgabe Nr. 135 der „Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ vom September 2023 erschien.

Bezugsbedingungen:
IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den Ausdruck kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Deutschland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 60 € bzw. Förderabo ab 70 €. Ausland: Einzelpreis 4,50 € (zzgl. Porto). Im Jahresabo (4 Hefte) 70 € bzw. Förderabo ab 80 €.

Eigentumsvorbehalt:
Dieses Heft bleibt bis zur vollständigen Aushändigung Eigentum des Absenders. ‚Zur-Habe-Nahme‘ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Eigentumsvorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden.

Spendenaufruf



IMI-Spendenkonto:
Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V.
IBAN: DE64 6415
0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB

Wir empfehlen ganz aktuell die neu eingerrichtete und immer wieder aktualisierte **Sonderseite „Das Sondervermögen der Bundeswehr. Finanzen – Projekte – Kritik: Ein antimilitaristisches „living document““** von Martin Kirsch und Jürgen Wagner. Dank ihnen behalten wir den Überblick!